

# Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

## Plenarprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 12. Wahlperiode: 1987/88

11.05.1989 - Plenarprotokoll 41. Sitzung

## 41. Sitzung

am Donnerstag, dem 11. Mai 1989

### Inhalt

Eingabe gemäß § 70 der Geschäftsordnung . . . . .	2645	<b>Leitlinien für die Entwicklung des Einzelhandels in Bremen</b>	
Sonstiger Eingang . . . . .	2645	Antrag der Fraktion der SPD	
Abg. Urban (CDU) zur Geschäftsordnung . . . . .	2645	vom 8. Mai 1989	
		(Drucksache 12/527)	
<b>Solidarität mit Ausländern und Asylbewerbern</b>		<b>Leitlinien für die zukünftige Entwicklung des Einzelhandels in der Stadt Bremen bis zum Jahr 2000</b>	
Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN		Antrag der Fraktion der CDU	
vom 14. Februar 1989		vom 17. April 1989	
(Drucksache 12/452)		(Drucksache 12/510)	
<b>Fortsetzung der bremischen Ausländer- und Asylpolitik, Bekämpfung ausländerfeindlicher Tendenzen</b>		<b>Leitlinien für die zukünftige Entwicklung des Einzelhandels in der Stadt Bremen bis zum Jahr 2000</b>	
Antrag der Fraktion der SPD		Antrag der Fraktion der FDP	
vom 17. April 1989		vom 9. Mai 1989	
(Drucksache 12/509)		(Drucksache 12/532)	
<b>Deutsche Aussiedler, Ausländer, Asylbewerber</b>		Abg. Schmurr (SPD) . . . . .	2664
Antrag der Fraktion der CDU		Abg. Dr. Schrörs (CDU) . . . . .	2666
vom 19. April 1989		Abg. Ziegler (FDP) . . . . .	2667
(Drucksache 12/516)		Abg. Tiefenbach (DIE GRÜNEN) . . . . .	2669
<b>Beschleunigung der Asylverfahren</b>		Senator für Wirtschaft, Technologie und Außenhandel Beckmeyer . . . . .	2670
Antrag (Entschließung) der Fraktion der FDP		Abstimmung . . . . .	2671
vom 8. Mai 1989			
(Drucksache 12/525)		<b>Hungerstreik und Haftbedingungen</b>	
Abg. Tiefenbach (DIE GRÜNEN) . . . . .	2645	Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN	
Abg. Frau Noack (SPD) . . . . .	2647	vom 4. April 1989	
Abg. Dr. Pawlik (CDU) . . . . .	2651	(Drucksache 12/491)	
Abg. v. Nispen (FDP) . . . . .	2653	<b>Hungerstreik und Haftbedingungen</b>	
Bürgermeister Wedemeier, Präsident des Senats, Senator für kirchliche Angelegenheiten und für Arbeit . . . . .	2656	Antrag (Entschließung) der Fraktion der SPD	
Abg. Tiefenbach (DIE GRÜNEN) . . . . .	2660	vom 9. Mai 1989	
Abg. Dr. Pawlik (CDU) . . . . .	2661	(Drucksache 12/528)	
Abg. v. Nispen (FDP) . . . . .	2662		
Abstimmung . . . . .	2663		

### Gemeinsamkeit der Demokraten gegen den Terrorismus

Antrag der Fraktion der FDP vom 9. Mai 1989 (Drucksache 12/529)	
Abg. Frau Schumann (DIE GRÜNEN) .....	2672
Abg. Dr. Monnerjahn (SPD) .....	2674
Abg. v. Nispen (FDP) .....	2675
Abg. Teiser (CDU) .....	2677
Senator für Justiz und Verfassung und für Sport Kröning .....	2678
Abstimmung .....	2679

### Rentenreform

Große Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN vom 22. Februar 1989 (Drucksache 12/462)	
Senatsdirektor Weichsel .....	2679
Abg. Frehe (DIE GRÜNEN) .....	2680
Abg. Frau Pautzke (FDP) .....	2682
Abg. Wilhelmi (SPD) .....	2683
Abg. Kudella (CDU) .....	2685
Abg. Frehe (DIE GRÜNEN) .....	2688

### Mangelhafte Verkehrsinfrastruktur für das Niedervieland und angrenzende Bereiche

Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 4. April 1989 (Drucksache 12/490)	
Abg. Frau Uhl (SPD) zur Geschäftsordnung .	2689
Abg. Klein (CDU) zur Geschäftsordnung ...	2689

### Bericht über den Erwerb von Gewoba-Anteilen durch bremische Kreditinstitute

Mitteilung des Senats vom 21. März 1989 (Drucksache 12/484)	
Senator für Finanzen Grobecker .....	2689
Abg. Kudella (CDU) .....	2690
Abg. Frehe (DIE GRÜNEN) .....	2690
Abg. Klatt (SPD) .....	2691
Abg. Jäger (FDP) .....	2692

### Förderung der plattdeutschen Sprache

Antrag der Fraktion der FDP vom 4. April 1989 (Drucksache 12/498)	
Abg. Neujahr (FDP) .....	2693

Abg. Frau Bohling (CDU) .....	2694
Abg. Fluß (SPD) .....	2695
Abg. Frau Ahrens (DIE GRÜNEN) .....	2695
Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst Franke .....	2695
Senator für Finanzen Grobecker .....	2695
Abstimmung .....	2696

### Gesetz zur Änderung des Vergütungssteuergesetzes

Mitteilung des Senats vom 11. April 1989 (Drucksache 12/501)	
1. Lesung	
Senator für Finanzen Grobecker .....	2696
Abg. Erfurth (CDU) .....	2697
Abg. Jäger (FDP) .....	2698
Abg. Klatt (SPD) .....	2698
Abg. Frehe (DIE GRÜNEN) .....	2699
Abstimmung .....	2699

### Gesetz zur Änderung der Bremischen Kostenordnung

Antrag der Fraktion der CDU vom 17. April 1989 (Drucksache 12/511)	
1. Lesung	
Abg. Wilhelms (CDU) .....	2700
Abg. Klatt (SPD) .....	2701
Abg. Tiedemann (SPD) .....	2701
Abg. Wilhelms (CDU) .....	2702
Abstimmung .....	2702

### 31. Internationale Fachtagung Militärgeschichte in Bremerhaven während der Gedenkwoche an den Überfall der Deutschen Wehrmacht auf Polen vor 50 Jahren

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN vom 25. April 1989 (Drucksache 12/518)	
Abg. Sygusch (DIE GRÜNEN) .....	2702
Abg. Bergen (CDU) .....	2704
Abg. Jungclaus (FDP) .....	2705
Abg. Tiedemann (SPD) .....	2705
Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst Franke .....	2707
Abg. Sygusch (DIE GRÜNEN) zu einer Erklärung nach § 42 der Geschäftsordnung .....	2708

**Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über Zahlungen aus öffentlichen Kassen**

Mitteilung des Senats vom 25. April 1989  
(Drucksache 12/521)

1. Lesung ..... 2708

**Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Untersuchungsausschusses „Geiseldrama“** .....

2708

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Altermann, Borttscheller, Brückner,  
Frau Mehrkens, Metz, Ravens.

**Präsident Dr. Klink****Vizepräsident Frau Leinemann****Schriftführer Frau Lenz****Vizepräsident v. d. Schulenburg****Schriftführer Tepperwien**

---

Bürgermeister **Wedemeier** (SPD), Präsident des Senats,  
Senator für kirchliche Angelegenheiten und für Arbeit

Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst **Franke** (SPD)

Senator für Finanzen **Grobecker** (SPD)

Senator für Justiz und Verfassung und für Sport **Kröning** (SPD)

Senator für Wirtschaft, Technologie und Außenhandel **Beckmeyer** (SPD)

---

Staatsrat **Dr. Fuchs** (Senatskanzlei)

Senatsdirektor **Dr. Haller** (Senator für Wirtschaft, Technologie und Außenhandel)

Senatsdirektor **Dr. Heidorn** (Senator für Finanzen)

Senatsdirektor **Mayer-Schwinkendorf** (Senator für Justiz und Verfassung und für Sport)

Senatsdirektor **Osthaus** (Senator für das Bauwesen)

Senatsdirektor **Weichsel** (Senator für Arbeit)

Landesschulrat **Mews** (Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst)

---

Präsident des Rechnungshofs **Quantmeyer**

(A) Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung um 9.47 Uhr.

**Präsident Dr. Klink:** Die 41. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse. Folgende Gruppen sind anwesend: eine Gruppe Ausiedler aus dem Ostblock, zur Zeit beim Fremdsprachen-Institut López-Ebri, eine Klasse vom Schulzentrum Helsinkistraße, eine Klasse der St.-Johannis-Schule, eine Klasse der Humboldt-Schule in Bremerhaven und eine Klasse vom Schulzentrum Huckelriede.

Ich begrüße die Zuhörer in unserem Kreis.

(Beifall)

Die Eingänge bitte ich dem verteilten Umdruck zu entnehmen.

#### I. Eingabe gemäß § 70 der Geschäftsordnung

Schreiben der Deutschen Volksunion — Liste D — unter dem Betreff „Asylanten“ in Bremerhaven „Bürgerinitiative Leherheide-West“.

Die Eingabe kann bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.

#### II. Sonstiger Eingang

Schreiben der Senatorin für Bundesangelegenheiten, Frau Dr. Vera Rüdiger, mit einem Kurzbericht über die 599. Sitzung des Bundesrates, Freitag, dem 21. April 1989.

(B)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich möchte aus gegebener Veranlassung und in erwartungsvoller Hoffnung erneut auf den Paragraphen 43 der Geschäftsordnung hinweisen, der besagt, „die Redner sprechen in freiem Vortrag vom Rednerpult aus“, die Redner, heißt es da. Für einige Abgeordnete, die die Geschäftsordnung nicht gelesen haben!

Zur Geschäftsordnung, Herr Urban, bitte sehr!

Abg. **Urban** (CDU): Herr Präsident, die CDU-Fraktion bittet darum, den Tagesordnungspunkt 22, Einstellung Schwerbehinderter, heute auszusetzen. Wir haben mit den anderen Fraktionen gesprochen, sie wären wohl damit einverstanden. Für das Entgegenkommen möchte ich mich jetzt schon bedanken!

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, es ist der Antrag gestellt worden, den Punkt 22, Sonderprogramm zur Einstellung Schwerbehinderter, heute abzusetzen und auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu bringen. Es wird mir gesagt, wie dies auch gerade erklärt wurde, daß dies eine Absprache ist auch mit den Fraktionen.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Dann besteht darüber Einvernehmen, und ich setze ihn auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

(C)

(Einstimmig)

#### Solidarität mit Ausländern und Asylbewerbern

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN  
vom 14. Februar 1989  
(Drucksache 12/452)

Wir verbinden hiermit:

#### Fortsetzung der bremischen Ausländer- und Asylpolitik — Bekämpfung ausländerfeindlicher Tendenzen

Antrag der Fraktion der SPD  
vom 17. April 1989  
(Drucksache 12/509)

u n d

#### Deutsche Aussiedler, Ausländer, Asylbewerber

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 19. April 1989  
(Drucksache 12/516)

#### Beschleunigung der Asylverfahren

Antrag (Entschließung) der Fraktion der FDP  
vom 8. Mai 1989  
(Drucksache 12/525)

(D)

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Tiefenbach.

Abg. **Tiefenbach** (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die DVU wirbt in einem Flugblatt zur Europawahl mit der Überschrift: „Wird Deutschland türkisch? Wenn das so weitergeht, kommen noch Millionen Türken, und die Deutschen werden Fremde im eigenen Land. Dagegen hilft nur DVU.“

Gegen solchen Schwachsinn hilft nur Aspirin, möchte man sagen, aber Tatsache ist, daß eine ganze Reihe von Deutschen in der Tendenz so denkt, wenn sie auch vielleicht Übertreibungen der DVU nicht mitmacht, und es ist sehr häufig die Rede von den Grenzen der Belastbarkeit, die inzwischen erreicht wären, mehr Ausländer könnte dieses Land nicht aufnehmen.

Tatsächlich ist es aber so, daß die Zahl der Ausländer in der Bundesrepublik 1988 kaum höher ist als 1982, sie steigt zwar, steigt aber relativ langsam, wesentlich langsamer, als sie zum Beispiel in den sechziger Jahren gestiegen ist. Was die Grenze der Belastbarkeit betrifft, eine solche zu definierende Grenze der Belastbarkeit existiert nicht. Zur Zeit der Judenverfolgung in Deutschland wies die Schweiz jüdische Flüchtlinge aus Deutschland mit dem Argument ab, das Boot sei voll, mehr Leute könnten nicht

(A) herein. Damals war der Ausländeranteil in der Schweiz ein Prozent. Heute ist er 16 Prozent, in der Bundesrepublik beträgt er etwa sieben Prozent. Auch damals sprach man übrigens in bezug auf die jüdischen Flüchtlinge von Wirtschaftsflüchtlingen.

Erstaunlich ist auch, daß die gleichen, die sagen, gut 100 000 Asylbewerber, die in die Bundesrepublik kommen, würden die Grenze der Belastbarkeit übersteigen, nichts dagegen einzuwenden haben, daß ungefähr 300 000 bis 350 000 Aussiedler in das Land kommen. Es zeigt sich daran, daß die Grenze der Belastbarkeit keine absolute Grenze ist, sondern eine nach rein politischen Kriterien festgelegte Grenze. So trivial es klingt, aber von Grenze der Belastbarkeit und drohender Überfremdung wird immer dann gesprochen, wenn die Arbeitslosigkeit hoch ist. Werden dagegen Ausländer als Arbeitskräfte gesucht, dann werden sie mit offenen Armen begrüßt.

Meine Damen und Herren, die Frankfurter CDU versuchte, im Wahlkampf mit der Parole zu werben: Soll Daniel Cohn-Bendit unsere Heimat regieren? Es wurde also nicht etwa gesagt oder gefragt, sollen die GRÜNEN Frankfurt regieren, sondern der französische klingende Name des Juden Daniel Cohn-Bendit auf der einen Seite,

(Abg. J ä g e r [FDP]: Der klingt überhaupt nicht französisch! Wo klingt der französisch?)

(B) unsere Heimat auf der anderen Seite. Das ist genau das gleiche Schema, als wenn die DVU fragt: Wird Deutschland türkisch?

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Hier soll aus der Angst vor der sogenannten Überfremdung politisches Kapital geschlagen werden, statt daß man versucht, aufzuklären und diese Angst zu beseitigen. Die Strategie der CDU ist es dabei, den Fremdenhaß auf eine Gruppe von Fremden zu konzentrieren, im wesentlichen nämlich auf die Gruppe der Asylbewerber, ausgerechnet auf die Gruppe, die nicht nur zahlenmäßig die kleinste, sondern auch die hilfloseste Gruppe ist und mehr als alle anderen Gruppen von Fremden auf Hilfe in der Bundesrepublik angewiesen ist. Die Bundesregierung bewies Anfang April Entschlossenheit, indem sie nun auch die Visumpflicht für Jugendliche unter 16 Jahren eingeführt hat. Der Grund dafür ist, daß immer mehr sogenannte Kinderasylanten in die Bundesrepublik kamen, unbegleitete Kinder aus Kriegs- und Hungergebieten.

Ich glaube, meine Damen und Herren, daß Eltern schon sehr verzweifelt sein müssen, wenn sie als letzten Ausweg ihre Kinder allein in ein Flugzeug setzen und in ein fremdes Land schicken, wenn sie keine andere Möglichkeit mehr sehen für das Überleben ihrer Kinder.

(Vizepräsident v. d. Schulenburg  
übernimmt den Vorsitz.)

(C) Wenn Regierungssprecher Ost dies dann auf den einfachen Nenner bringt, Kinder sollten zu Adoptions- und Prostitutionszwecken eingeschleust werden, dann wird hier auf eine ausgesprochen zynische Art die tatsächliche Not dieser Familien ignoriert.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Natürlich ist es keine Lösung, das sehen wir genauso wie die CDU, Hunger und Krieg in der Welt dadurch beseitigen zu wollen, indem man alle Hungernden in die Bundesrepublik holt. Aber solange Entwicklungspolitik lediglich ein Feigenblatt ist und nicht im geringsten die immer stärker werdende Ausbeutung der dritten Welt durch die Industrieländer kompensieren kann — der Unterschied wird ja nicht kleiner, er wird ja immer größer, die Zahl der Hungernden nimmt ja immer weiter zu, trotz dieser angeblichen Anstrengungen bei der Entwicklungspolitik —, so lange können wir nicht einfach Kinder, die aus Hungergebieten hierherkommen, zurückschicken wie eine unbestellte Postsendung und so tun, als ginge uns deren weiteres Schicksal nichts an.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(D) Wir sind auch dafür, die Zahl der Flüchtlinge zu verringern, aber wir sind dafür, dies zu tun, indem man die Ursachen der Flucht beseitigt. Deutsche Firmen haben zum Beispiel mitgeholfen, die irakische Regierung mit chemischen Waffen auszustatten, und sie tragen so die Mitschuld daran, daß 70 000 Kurden vor diesen chemischen Waffen aus dem Irak in die Türkei fliehen mußten. Vorgänge wie diese müssen unseres Erachtens verhindert werden, und Regierungen, wie beispielsweise die des Iran, die Menschen zur Flucht zwingt durch Folter und Repressionen, müssen diplomatisch geächtet werden. All dies tut die Bundesregierung nicht; nachdem, um beim Beispiel Iran zu bleiben, nur ein ganz klein wenig Gras gewachsen ist über den Fall Rushdie, werden schon wieder Verhandlungen geführt, um die wirtschaftlichen Kontakte auszubauen, und schon wird wieder vorbereitet, auch die diplomatischen Kontakte zu normalisieren.

Die CDU bejammert in ihrem Antrag, die Bundesrepublik sei das einzige europäische Land mit Grundrechtsanspruch auf Asyl, aber, meine Damen und Herren, ich frage Sie, wo sollen wirklich Flüchtlinge hin, wenn sich nun auch noch die Bundesrepublik dem unzulänglichen Asylrecht der anderen Länder anpaßt! Es ist doch noch nicht allzulange her, daß Juden, die aus Deutschland fliehen mußten im Dritten Reich, wieder zurück mußten ins Nazi-Deutschland, weil kein anderes Land bereit war, die Flüchtlingsströme aufzunehmen. Ich denke auch, unsere historische Verpflichtung muß es sein, die anderen europäischen Länder zu drängen, deutsche Standards im Asylrecht einzuführen, nicht aber, unser Asylrecht zu ändern und auf den niedrigen Level anderer Länder herunterzufahren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(A) Wir fordern, daß, wie bisher auch, abgelehnte Asylbewerber, die humanitäre Gründe vorbringen können, nicht in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden! Es ist eine der größten Lügen, die die Bonner Koalition verbreitet, zu behaupten, aus der niedrigen Anerkennungsquote der Asylbewerber von unter zehn Prozent sei einfach zu schlußfolgern, die restlichen 90 Prozent seien Wirtschaftsflüchtlinge. Das ist Riesenquatsch!

Wir wissen genau, daß das Asylrecht nur dann greift, wenn der Asylbewerber individuelle politische Verfolgung nachweisen kann. Das heißt, jemand, der aus der Türkei kommt und nachweisen kann, daß er gefoltert worden ist, bekommt deswegen noch lange kein Asyl. Er muß nachweisen, daß er aus politischen Gründen gefoltert wurde. Jemand, der, wie ich vorhin in dem Beispiel gesagt habe, aus dem Irak fliehen mußte, vor dem Einsatz von Giftgas, bekommt deswegen noch kein Asyl, weil es sich nicht um eine individuelle Verfolgung handelt, sondern die ganze Volksgruppe der Kurden wurde damit bedroht, das ist nicht individuell. Palästinenser, die meinetwegen im Libanon-Krieg in den Lagern in Beirut bombardiert wurden und in der Bundesrepublik um Asyl nachgesucht haben, bekamen kein Asyl, weil natürlich auch Bürgerkrieg keine individuelle politische Verfolgung ist.

(B) Es ist doch nicht so, als ob alle diese Leute nicht wirklich Flüchtlinge wären, es ist doch vielmehr so, daß auch das deutsche Asylrecht so eng gefaßt ist, daß es nur einen kleinen Teil der Flüchtlinge wirklich umfaßt! Sogar die Genfer Flüchtlingskonvention, die viel weiter gefaßt ist als unser Asylrecht, verpflichtet die Bundesrepublik, solche Gruppen hier zu halten und nicht zurückzuschicken in diese Länder, wo sie herkommen.

Meine Damen und Herren, die DVU sagt, Ausländerbegrenzung, damit Deutschland deutsch bleibt! Die CDU wiederholt beschwörend immer wieder auch in dem Antrag, der jetzt vorliegt; Deutschland ist kein Einwanderungsland! Das ist meines Erachtens ein klassischer Fall von Realitätsverkenning.

Bereits in den sechziger Jahren wanderten Millionen sogenannter Gastarbeiter in die Bundesrepublik ein. Zur Zeit wandern jährlich Hunderttausende sogenannter Aussiedler, vor allem aus Polen, aus Rußland in die Bundesrepublik ein; und mit der Vollen- dung des EG-Binnenmarktes, mit dem Zusammen- wachsen der EG, speziell, wenn Länder wie Marokko und die Türkei in die EG kommen und die dort leben- den Menschen Freizügigkeit erhalten, mit dieser Entwicklung werden weitere große Wellen von Ein- wanderern in die Bundesrepublik kommen.

Es ist ein Fakt, daß die Bundesrepublik längst ein Einwanderungsland geworden ist. All dies wurde nicht nur von der CDU mitgetragen, sondern es wurde zu wesentlichen Teilen aktiv von CDU-Regierun- gen betrieben! Deswegen glaube ich auch, daß das von Ihnen trotzig vorgetragene „Deutschland ist kein Einwanderungsland“ die Wählerschichten, die

(C) Sie damit ansprechen wollen, nicht wirklich über- zeugt. Es klingt unglaubwürdig aus Ihrem Mund, und ich glaube deswegen, daß diese Propaganda effektiv weniger Ihnen als den entschiedeneren Ausländer- feinden auf der ganz rechten Seite des Parteienspek- trums nützt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Selbstverständlich ist Deutschland längst ein Einwanderungsland und wird es auch in Zukunft bleiben. Es ist übrigens mehr und mehr auch ein Auswanderungsland; selbst der Republikanerchef Schönhuber hat ja wie selbstverständlich einen Zweitwohnsitz in der warmen Türkei, wo er seinen hoffentlich baldigen Lebensabend verbringen will.

Meine Damen und Herren, durch die engen wirt- schaftlichen Beziehungen der Länder, auch durch die viel besseren Verkehrsverbindungen lösen sich die alten Nationalstaaten, in denen jedes Volk iso- liert für sich gelebt hat, allmählich auf, und Deutsch- land wird Gott sei Dank nie wieder so deutsch wer- den, wie es vor 100 Jahren einmal war!

(Beifall bei den GRÜNEN)

(D) Aufgabe der Politik kann es in dieser Situation nicht sein zu versuchen, diese positive Entwicklung zu ignorieren oder wieder rückgängig machen zu wollen. Aufgabe der Politik muß es sein, diesen Zu- stand anzuerkennen und auf dieser Grundlage opti- male Verhältnisse für diejenigen zu schaffen, die neu in ein Land kommen, als auch für die bisherigen Bewohner eines Landes. — Vielen Dank!

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident v. d. Schulenburg:** Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Noack.

Abg. Frau Noack (SPD): Herr Präsident, meine Da- men, meine Herren! In diesen Tagen wird das Grund- gesetz 40 Jahre alt, das hat der Präsident uns gestern auch schon vorgetragen. Es müßte uns zwar allen ge- läufig sein, aber ich erspare es uns trotzdem nicht, uns noch einmal vor Augen zu halten, auf welcher Basis wir Ausländerpolitik diskutieren. Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten aus dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.

Artikel 1: „Die Würde des Menschen ist unantast- bar.“

Artikel 2: „Jeder hat das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit.“

Artikel 3: „Niemand darf wegen seines Ge- schlechts, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Hei- mat, Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauung benachteiligt oder be- vorzugt werden.“

Artikel 6: „Die Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung.“

(A) Artikel 16, uns allen bekannt: „Politisch Verfolgte genießen das Asylrecht.“

Meine Damen und Herren, diese Passagen gehören zwar zu den Grundrechten, sie scheinen aber für eine bedeutende Zahl von Menschen in unserem Land nicht immer zu gelten, für die ausländischen Mitbürger und Mitbürgerinnen nämlich und für die ausländischen Flüchtlinge, die hier um Asyl nachsuchen.

Wir bekennen uns zu den Menschenrechten, aber das Recht auf Wohnen und Arbeit gestehen wir nicht jedermann zu, oder läßt es sich etwa mit Menschenwürde vereinbaren, daß Ausländer hier jahrelang in einer Rechtsunsicherheit leben müssen, die Lebensplanung unmöglich macht? Oder daß eine Frau, die von ihrem Mann verlassen wird, samt ihren Kindern von einem Tag auf den anderen das Aufenthaltsrecht verliert? Oder daß Asylsuchende trotz lange währender Verfahren einem Arbeitsverbot unterliegen, das sie daran hindert, sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen, ihnen gleichzeitig aber vorgeworfen wird, sie seien Schmarotzer, die dem Staat auf der Tasche liegen?

Läßt es sich mit dem Schutz von Ehe und Familie vereinbaren, daß Kinder, die noch nicht volljährig sind, nicht zu ihren Eltern ziehen dürfen, die hier arbeiten müssen, oder daß Paare, die geheiratet haben, die ersten Jahre ihrer Ehe getrennt leben müssen? Entspricht es dem Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, wenn Kinder bei Eintritt in die Schule erst einmal ihre Muttersprache ablegen müssen, wodurch Defizite entstehen, die Benachteiligungen in Ausbildungs- und Arbeitsleben nach sich ziehen?

(B) Ich frage die Damen und Herren von der CDU: Ist dies das Bewußtsein der Gleichheit aller Menschen, das die Politik trägt, das Sie in Ihren Antrag geschrieben haben? Ich vermag bei der CDU/CSU dieses Bewußtsein nicht zu entdecken, denn den steten Beschwörungsformeln von Asylmißbrauch oder Gefahr, daß wir ein Reserve-Asylland in der EG werden könnten, oder sogar der Gefahr der Überfremdung ist es zuzuschreiben, daß die Bundesbürger in den Ausländern immer noch Fremde und nicht Mitbürger sehen!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Nach diesen Reden ist es Ihnen natürlich nicht mehr gelungen, dem Bürger zu vermitteln, daß Aussiedler Deutsche sind. Und was macht man da? Man packt sie alle zusammen in einen Antrag, und das nennt sich dann auf neudeutsch „die drei A“, so einfach ist das!

(Beifall bei der SPD)

Dabei wurden noch im letzten November Oscar Lafontaines Äußerungen von Helmut Kohl als ekel-erregend beschimpft, weil er zu fragen gewagt hat, ob vielleicht Deutschstämmige der vierten und fünften Generation die Bundesrepublik wirklich noch als

die richtige Heimat ansehen könnten oder es vielleicht besser sei, ihre Lebensbedingungen in ihren jetzigen Heimatländern zu verbessern.

(C)

(Abg. J ä g e r [FDP]: Er hat von Deutschland gesprochen!)

Heute greifen Sie aber gern diesen Vorschlag auf, siehe Ihr Antrag, und der CDU im Bund scheinen überdies Zweifel über die Staatsangehörigkeit gekommen zu sein, denn sonst würden Sie nicht vorschlagen, die im Grundgesetz garantierte Freizügigkeit einzuschränken.

Damit es aber nicht zu hart wird, liegen Ihnen doch die Aussiedler dann besonders am Herzen, so Ihr Antrag, und ich will Ihnen ja das Herz nicht absprechen! Aber warum denn die einen mehr und die anderen weniger? Ich denke, allen drei Gruppen, Arbeitsemigranten, ausländischen Flüchtlingen und Aussiedlern, wäre mit Respekt und gerechter Behandlung mehr gedient als mit Herz!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Aber hier werden drei Klassen von Fremden gebildet, die man gegeneinander ausspielen kann, wie es gerade ins politische Konzept paßt.

Wir werden das nicht akzeptieren! Um allen drei Gruppen gerecht zu werden, werden wir wegen des unterschiedlichen Status, den sie haben, unterschiedliche Wege gehen müssen, keine Gruppe aber darf ausgegrenzt werden. Die Gleichheit darf nicht nur im Bewußtsein stehen, wie auf Ihrem Papier, sie muß Ziel unserer Verbesserung sein, die wir für unsere neuen Bürger in diesem Land, die zum Teil ja gar nicht so neu sind, erreichen wollen!

(D)

In einem werden wir aber keinen Unterschied machen zwischen den Gruppen, dann nämlich, wenn es darum geht, sie vor Diskriminierung in Schutz zu nehmen; die Diskriminierung erfahren Aussiedler ebenso wie Arbeitsemigranten und Asylbewerber! Ihre Sprachen, ihre Sitten, ihre Gebräuche und ihre sozialen Erfahrungen machen sie genauso zu Fremden wie die anderen und zum Objekt von Fremdenfeindlichkeit. Wir sind der Ansicht — ich entnehme das auch dem FDP-Antrag —, um Diskriminierung abzubauen müssen Ausländerrecht und Asylgesetzgebung dringend überarbeitet werden. Nur, wie das zu geschehen hat, da scheinen unsere Meinungen, vor allem auch wieder bei der CDU, grundlegend auseinanderzugehen.

Vor allem in drei Punkten müssen wir Verbesserungen erreichen: Die Zuflucht, die wir den Asylbewerbern gewähren, muß den humanitären und menschenrechtlichen Grundsätzen der Genfer Konvention angepaßt werden, zu denen sich auch die Bundesrepublik bekannt hat. Die Ausländer, die hier leben, brauchen Rechtssicherheit, und drittens müssen Integration und politische Mitwirkung erreicht werden.

(A) Als erstes zur Zuflucht: Es ist bezeichnend, daß die CDU-Fraktion in ihrem Antrag den Mißbrauch des Asylrechts in den Vordergrund gestellt hat, enttäuschend ist allerdings, daß auch die FDP das tut.

Meine Damen und Herren von der CDU, nicht diejenigen, die in die Bundesrepublik kommen, im Grunde hat Herr Tiefenbach das schon gesagt, weil sie verfolgt sind oder weil sie Not leiden oder sich vielleicht auch Illusionen darüber machen, was sie hier erwartet, bringen das Asyl in Mißkredit, wie es in Ihrem Antrag steht, sondern diejenigen, die den Mißbrauch immer wieder beschwören! Diejenigen, die unseren Bürgern weismachen wollen, eines unserer größten Probleme sei die Überschwemmung mit Ausländern, und so von den wirklichen Problemen, vor denen unser Land steht, abzulenken versuchen, bringen das Asylrecht in Mißkredit!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Leider haben sie damit Erfolg! Sie sind zwar hoffentlich auch nach ihren Begriffen weit über das Ziel hinausgeschossen, wie der Wahlerfolg der Republikaner zeigt, aber die traurige Wirklichkeit ist doch, daß das Gerede von der schier unlösbaren Ausländerproblematik Anklang gefunden hat; und zwar nimmt gerade bei denjenigen Wählern die Ausländerfeindlichkeit zu, die selbst nur wenig Chancen haben in unserer Gesellschaft. Sie haben den Sündenbock, den man ihnen angeboten hat, angenommen. Dabei ist die Panikmache völlig ungerechtfertigt, der Anteil der politischen Flüchtlinge an unserer Gesamtbevölkerung liegt unter ein Prozent.

(B) Unser Problem ist die Armut der Kommunen, für die die Sozialhilfekosten generell eine große Belastung sind. Für uns ist deswegen die Forderung nicht, die Zahl der Flüchtlinge zu reduzieren, sondern einen finanziellen Ausgleich mit dem Bund zu schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Wir meinen, daß es Aufgabe des Bundes ist, die Kommunen von den Kosten für Aussiedler und Asylbewerber zu entlasten. Die Armut der Kommunen darf nicht dazu führen, daß wir unsere humanitären Aufgaben nicht erfüllen können. Dies wäre in einer wohlhabenden Republik wie der Bundesrepublik wirklich absurd!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Jegliche Einschränkungen von Sozialhilfeleistungen lehnen wir deshalb ab, dagegen muß das inhumane Arbeitsverbot für Asylbewerber aufgehoben werden, dies würde nämlich die Kommunen entlasten!

Über die Wohnungen noch mehr zu sagen, werde ich mir ersparen, das hat Frau Steinhöfel in einer der letzten Debatten ja sehr ausführlich getan. Eine deutliche Verbesserung muß in der Abwicklung der Anerkennungsverfahren erreicht werden. Eine Be-

(C) schleunigung ist dort auch im Interesse der Betroffenen, die zur Klärung ihrer Situation beiträgt. Die Rechtsweggarantie darf dabei allerdings nicht angetastet werden. Beschleunigung heißt also nicht, wie das die CDU vorschlägt, eine Beschneidung des Rechtsweges, sondern bedeutet eine zügige Abwicklung der Verfahren.

Es sollte über eine Konzentration der Zuständigkeit beim Bundesamt für ausländische Flüchtlinge nachgedacht werden, und in jedem Fall ist dort eine substantielle Aufstockung des Personalbestands nötig. Eine Beschleunigung wäre auch herbeizuführen dadurch, daß man auf eigene Asylanträge von Familienangehörigen von Asylbewerbern und Bleibeberechtigten verzichtet.

Bremen hat sich seit langem um eine Praxis bemüht, die der Flüchtlingskonvention entspricht. Das sogenannte kleine Asyl oder die Duldung kurdischer Flüchtlinge ist ein Beispiel dafür. Wir werden die Praxis fortsetzen. Auf keinen Fall werden wir zulassen, daß das Grundgesetz im Artikel 16 geändert wird! Es kann mir auch niemand vermitteln, warum der Artikel 16 einer Harmonisierung des Asylrechts auf EG-Ebene entgegensteht.

(D) Hier sind Sie von der CDU auch nicht ganz redlich, wenn Sie in Ihrem Antrag suggerieren, das bundesdeutsche Asylrecht sei viel zu großzügig gefaßt und müsse dem anderer Länder angeglichen werden. Es ist zwar richtig, daß kein anderes Land die Rechtsweggarantie einräumt, alle EG-Mitgliedsstaaten aber sind der Genfer Flüchtlingskonvention verpflichtet, und diese bietet einen vergleichbaren Rechtsschutz wie der Artikel 16 des Grundgesetzes. Im übrigen ist festzuhalten, daß im allgemeinen in anderen europäischen Ländern das Asylrecht großzügiger gehandhabt wird als hier. Geben Sie also die Kampagne gegen unser Grundgesetz auf, ich sage das noch einmal!

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

Der innere und soziale Frieden, den Sie in Ihrem Antrag beschwören, ist nicht gestört durch den Strom der Asylbewerber, sondern durch die Schere, die zwischen Armen und Reichen in unserem Lande aufgetan ist, durch Frustration und Hoffnungslosigkeit der arbeitslosen Bevölkerung.

(Beifall bei der SPD)

Diese aber abzubauen ist der Bonner Regierung nicht gelungen, und schieben Sie das bitte nicht den politischen Flüchtlingen in die Schuhe!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zu zwei, die Rechtssicherheit! Auch hier haben wir mit der CDU weit auseinanderklaffende Ansichten. Ich kann mich wirklich dem anschließen, was Herr Tiefenbach über das De-facto-Einwandererland

(A) gesagt hat. Die SPD hat auf Bundesebene einen Gesetzentwurf in die Diskussion gebracht, der schon im Vorfeld von einschlägigen Organisationen, übrigens auch von der Ausländerbeauftragten Lieselotte Funke, recht positiv beurteilt worden ist. Er enthält unter anderem folgende wesentliche Punkte: eine unbegrenzte Aufenthaltserlaubnis nach fünf Jahren in der Bundesrepublik, ein Niederlassungsrecht nach acht Jahren, was Gleichstellung mit Deutschen erreicht mit allen Rechten und Pflichten, soweit sie die Staatsangehörigkeit nicht voraussetzen, eine zeitlich begrenzte Wiederkehrerlaubnis für Ausländer der zweiten Generation und für Ausländer, die länger als zehn Jahre hier gewohnt haben, und ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für Familienangehörige. Daneben wollen wir die Einbürgerung erleichtern durch verkürzte Wartezeiten und Wegfall der Kosten. Wir denken überdies sehr intensiv über die Möglichkeit der Doppelstaatsangehörigkeit nach, die Sie von der CDU ja ablehnen.

Zu meinem dritten Punkt, Integration und politische Mitwirkung! Wir halten die volle politische Mitwirkung von Ausländern für einen wesentlichen Bestandteil der Integration. Kommunales Wahlrecht für alle Ausländer ist der Weg dorthin. Sollte es sich herausstellen, daß das nur auf dem Umweg über das Wahlrecht auf EG-Ebene geht, werden wir diesen Weg beschreiten müssen.

(B) Politische Mitwirkung ist jedoch nur ein Teil der Integration, ein weiterer ist das, was wir hier in unseren zwei Städten für Ausländer zu tun haben. In unserem Antrag haben wir hierzu eine Reihe von Forderungen gestellt. Im Kern ist das folgendes: Beratungen und Ansprechpartner für alle Gruppen in den Stadtteilen, Verbesserung der Ausbildungs- und Bildungsangebote, besonders der sprachlichen Betreuung unter Einbeziehung der Muttersprachen, und Ausbau der Ausländerarbeit in sozialen Einrichtungen. Dies ist zwar sicher eine personelle Frage, Herr Tiefenbach, wie das in dem letzten Absatz Ihres Antrags steht, aber eigentlich noch mehr eine strukturelle Frage, und das ist einer der Gründe, warum wir uns nachher bei Ihrem Antrag enthalten werden.

In den sozialen Diensten zum Beispiel muß Ausländerarbeit als Konzept enthalten sein. Vorstellen könnte man sich ein Konzept, das zwei Komponenten hat: Zum einen braucht man gruppenspezifische Angebote, die vor allem die Beratung betreffen, zum anderen brauchen wir etwas, was eigentlich schon längst zentrales Element unserer Ausländerarbeit sein sollte, nämlich integrative Projekte im wörtlichen Sinne.

Darunter ist zu verstehen eine interkulturelle Gemeinwesenarbeit, die Ausländer und Deutsche zur gemeinschaftlichen Lösung von Problemen im Stadtteil, in der Straße, im Haus, in der Schule, im Kindergarten und so weiter motiviert und zusammenführt. Gemeinsame Aktivitäten in solchen Projekten können sowohl Kennenlernen und Verständnis fördern wie auch Selbsthilfe und politische Emanzipation. Ein gemeinsam gewonnenes Selbstbewußtsein,

Selbstsicherheit und Verständnis für die kulturellen Eigenarten der anderen sind die beste Voraussetzung für den Abbau von Barrieren. Hier täte sich auch eine Möglichkeit auf, sozialer Verbitterung entgegenzuwirken, die sich als Ventil so leicht Ausländerhaß und Rechtsradikalismus sucht. (C)

Nutzen wir also endlich die Chance, die sich uns bietet, seit wir in den fünfziger Jahren begonnen haben, Gastarbeiter anzuwerben! In einer immer kleiner werdenden Welt ist die multikulturelle Gesellschaft die Gesellschaft der Zukunft, Europa ist ein bestes Beispiel dafür. Hier und heute haben wir Gelegenheit, interkulturelles —

(Glocke)

ich bin sofort fertig! — Zusammenleben zu üben, und ich fände es traurig und beschämend, wenn uns das in der Bundesrepublik nicht gelänge.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Darf ich gerade schnell noch unser Antragsverhalten zu den Anträgen vortragen! Wie gesagt, der Antrag der GRÜNEN stimmt mit unseren Auffassungen ja in vielem überein, es gibt aber ein, zwei Punkte, darunter eben diesen letzten. Mit den 20 Sozialarbeitern, meinen wir, ist das Problem nicht gelöst, und enthalten uns eben deswegen bei dem Antrag der GRÜNEN der Stimme. Aus meiner Rede ist sicher vollkommen klageworden, daß wir den Antrag der CDU ablehnen werden. Zum Antrag der FDP: Wir sind nicht einverstanden damit, wie ich auch schon sagte, daß Sie auch den Asylmißbrauch nennen, der zwar auch differenziert, wird Herr van Nispen sicherlich sagen, zu verstehen ist, aber es ist inzwischen einfach so ein Schlagwort geworden, dem können wir nicht mehr zustimmen. (D)

Außerdem können wir schlecht zustimmen der Frage, ob die Verwaltungsverfahren Einzelrichtern übertragen werden. Wir sind der Auffassung, hier geht es um einen solch wichtigen Punkt bei der Entscheidung über Asylverfahren, daß das nicht einzelne, sondern Kollegialorgane regeln sollten. Im übrigen ist überhaupt nicht gesagt, daß da eine Beschleunigung eintritt. Wir wollen also dem FDP-Antrag in diesen Punkten nicht zustimmen, können aber oder möchten gern, weil es da um die Erhaltung des Artikels 16 Grundgesetz geht, den ersten drei Absätzen zustimmen, wobei wir darum bitten, in dem dritten Absatz — „Die Bremische Bürgerschaft ist der Überzeugung, daß in der Europäischen Gemeinschaft eine Harmonisierung des Asylrechts unumgänglich und langfristig ein europäisches Asylrecht zu schaffen ist.“ — eingesetzt wird: „auf der Basis der Genfer Flüchtlingskonvention“, denn wir meinen, daß es durchaus möglich wäre, diese Kriterien in so einer Diskussion zu reduzieren, und das wollen wir nicht. — Ich bedanke mich!

(Beifall bei der SPD)

(A) **Präsident Dr. Klink:** Frau Abgeordnete Noack, kann ich einmal den Antrag der FDP haben? Es gibt hier nur zwei Abschnitte, Sie haben von drei Abschnitten gesprochen.

(Abg. Frau Noack [SPD]: Die ersten drei Sätze sozusagen!)

Die ersten drei Sätze, die und den Rest abstimmen lassen?

(Abg. Frau Noack [SPD]: Ja, wir wollen dies extra abstimmen mit dieser Änderung!)

Ich bedanke mich sehr herzlich!

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Pawlik.

Abg. Dr. Pawlik (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Gegensatz zu den Anträgen von SPD und GRÜNEN haben wir, die CDU-Fraktion, in unserem Antrag ein weiteres Kapitel behandelt, wir haben es überschrieben: „Deutsche Aussiedler, Ausländer, Asylbewerber“. Aus guten Grund haben wir das getan, werden doch diese drei Gruppen häufig oberflächlich gleichgesetzt, obwohl aufgrund des Rechts sorgfältig zwischen ihnen zu differenzieren ist.

(B) Meine Damen und Herren, die Bundesrepublik Deutschland kann die Probleme der Armut in der Welt und der verweigerten Menschenrechte in vielen Ländern nicht mit einer großzügigen Asyl- und Einwanderungspolitik lösen. Unsere Hilfe gegen Hunger und Elend in der Welt muß an Ort und Stelle ansetzen und versuchen, daß den Menschen in ihrem Kultur- und Sprachkreis geholfen wird, daß ihnen dort ein menschenwürdiges Leben ermöglicht wird.

(Beifall bei der CDU)

Dennoch ist es eine Tatsache, daß immer mehr Menschen aus anderen Teilen der Welt Zuflucht in der Bundesrepublik suchen, und gerade das Zusammenleben von Menschen aus verschiedenen Kulturkreisen ist mit vielen Schwierigkeiten verbunden, ein Umstand, der mit wohlklingenden Resolutionen gegen Ausländerfeindlichkeit leider nicht zu beheben ist, sondern wohl in menschlichen Verhaltensmustern begründet ist. Überall stößt Fremdes, Unbekanntes auf ein gewisses Maß an Mißtrauen. Viele Mitbürger bei uns sind einfach besorgt, ob die hohe Zahl von Menschen, die zu uns kommen — Aussiedler, aber auch viele Asylbewerber —, angesichts der rund vier Millionen schon seit Jahren bei uns lebenden Menschen, Ausländern, für uns noch tragbar ist, denn die soziale und kulturelle Integrationskraft einer jeden Gesellschaft, auch der unsrigen, stößt an Grenzen.

Dabei kommt es nicht einmal, meine Damen und Herren, so sehr auf die objektive Belastung oder Be-

(C) lastbarkeit an, sondern auf das subjektive Empfinden darüber. Wir wollen drei Ziele verwirklichen, nämlich erstens, Aufnahme und Eingliederung der deutschen Aussiedler, zweitens, Integration der Ausländer, die hier schon lange leben, und drittens, Gewährleistung des Asylrechts für politisch Verfolgte und damit notwendig verbunden Verhinderung des Mißbrauchs des Asylrechts.

(Beifall bei der CDU)

Aussiedler, meine Damen und Herren, haben vielfach seit dem Zweiten Weltkrieg allein aufgrund ihrer Volkszugehörigkeit Nachteile in Kauf nehmen müssen, haben noch jahrelang, jahrzehntelang bis heute unter den Folgen der Verbrechen des NS-Regimes leiden müssen. Darum haben sie nicht nur einen rechtlichen, sondern auch einen moralischen Anspruch auf unsere Unterstützung, und zwar nicht nur vom Staat, sondern gerade von jedem einzelnen von uns.

(Beifall bei der CDU)

(D) Wird von Aussiedlern gesprochen, meine Damen und Herren, so hört man fast nur von Problemen und Belastungen, die sie für uns bedeuten. Abgesehen davon, daß es nach den Befunden der Sozialforschung sicher ist, daß Aussiedler viel besser zu integrieren sind und im Alltag viel weniger Probleme schaffen als Einwanderer aus ganz fremden Kulturen, wird völlig vergessen, daß gerade die Aussiedler eine Bereicherung für unsere Gesellschaft sind. Dies gilt unter demographischen Gesichtspunkten, es sind vor allem junge Menschen, die zu uns kommen, wie unter arbeitsmarktpolitischen und kulturellen Gesichtspunkten. Meine Damen und Herren, es ist geradezu erfrischend, mit welchem Mut, mit welchem Lebensmut, welcher positiven inneren Einstellung Aussiedler darangehen, ihre Zukunft zu gestalten. Das kann für uns satte und darum meist unzufriedene Bundesbürger durchaus Vorbild sein.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, daß Toleranz und Mitmenschlichkeit das Verhältnis zu unseren ausländischen Mitbürgern prägen müssen. Wir treten ganz entschieden allen entgegen, die Ausländerfeindlichkeit propagieren. Dazu gehört aber auch, meine Damen und Herren, daß wir denen eine Absage erteilen, die etwa in Sprechchören in West-Berlin tönen: „Amis raus aus West-Berlin!“

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir sind gegen Parolen wie „Ausländer raus“, aber auch gegen solche wie „Freie Flüchtlingsstadt Bremen“. Beide sind keine gangbaren Wege, sondern schüren nur Emotionen von der einen oder anderen Seite und machen eine sachlich begründete und gebotene Politik unmöglich.

(Beifall bei der CDU)

(A) Wir wenden uns gegen die Verwendung des Begriffs Ausländerfeindlichkeit als ideologisch-politisches Kampfwort nach dem Motto, wer im Bereich der Ausländerpolitik nicht das will, was wir befürworten, der ist ausländerfeindlich. Gerade eine solche Haltung, bezogen auf demokratische Parteien, zeugt doch von geistiger Intoleranz und vergiftet das Klima. So ist es blanke Polemik, zum Beispiel diejenigen als ausländerfeindlich abstempeln und ausgrenzen zu wollen, die einer sogenannten multikulturellen Gesellschaft auch nur skeptisch gegenüberstehen, und ich bekenne, daß ich zu diesen Skeptikern übrigens auch gehöre.

Latente Fremdenfeindlichkeit, meine Damen und Herren, wird dadurch gefördert, daß das Asylrecht in zunehmendem Maße mißbraucht wird und infolgedessen die Zahl der Asylbewerber in der Bundesrepublik stark gestiegen ist, nach Auffassung vieler zu stark. Wir unterstützen daher alle vernünftigen Vorhaben und Maßnahmen auf politischer Ebene, die geeignet sind, diesen Asylmißbrauch zu beenden. Diejenigen, die diese Maßnahmen ablehnen und bekämpfen wollen, sollten sich vor Augen führen, daß sie damit den hier lebenden Ausländern keinen Gefallen tun. Herr Tiefenbach, darum weise ich Ihre für meine Begriffe törichte Angriffe auf die CDU und die Bundesregierung zurück. Kritik an Herrn Cohn-Bendit hat nun wirklich nichts mit Fremdenfeindlichkeit zu tun.

(B) (Beifall bei der CDU — Abg. Tiefenbach [DIE GRÜNEN]: Das kommt auf die Art der Kritik an!)

Herr Cohn-Bendit ist ein deutscher Pariser Revoluzzer, den Frankreich ausgewiesen hat, das sollten Sie sich einmal vor Augen führen, und das hat mit Fremdenfeindlichkeit nicht das geringste zu tun!

(Beifall bei der CDU)

Heute, meine Damen und Herren, werden rund 92 Prozent der Asylbewerber nicht anerkannt. Der Umstand, daß nicht einmal jeder zehnte Ausländer zu Recht Asyl begehrt, führt doch vor allem in Anbetracht der immensen Kosten zu Unmut in der Bevölkerung. Darum ist es ein wichtiges Mittel gegen entstehende Ausländerfeindlichkeit, wenn die Mißbrauchsmöglichkeiten des weitreichenden deutschen Asylrechts abgebaut werden. Das, meine Damen und Herren, wird ganz entscheidend dazu beitragen, Verständnis und Aufnahmebereitschaft der einheimischen Bevölkerung gegenüber den wirklich berechtigten Asylbewerbern zu wecken und damit inhaltlich, nicht nur verbal, gegen Ausländerfeindlichkeit zu wirken.

(Beifall bei der CDU — Abg. Tiefenbach [DIE GRÜNEN]: Und was machen wir mit der Genfer Konvention?)

(C) Die Ziele unserer Asylpolitik sind, erstens, die Aufnahme politisch Verfolgter sicherzustellen, zweitens, den Zustrom nicht politisch verfolgter Asylbewerber wirksam zu begrenzen, drittens, die Asylverfahren zu beschleunigen, und viertens, den Aufenthalt abgelehnter Asylbewerber rasch und konsequent zu beenden, natürlich unter Beachtung der Genfer Flüchtlingskonvention, so daß etwa eine Abschiebung bei Gefolterten gar nicht erfolgt und gar nicht möglich ist, das kleine Asyl, das wissen Sie selbst auch ganz genau!

(Abg. Tiefenbach [DIE GRÜNEN]: Das passiert aber in allen CDU-regierten Bundesländern!)

Meine Damen und Herren, wir befürworten eine Harmonisierung des Asylrechts in der Europäischen Gemeinschaft, und soweit erforderlich, muß auch das Grundgesetz so geändert werden, daß das nationale deutsche Asylrecht an den EG-Standard angepaßt wird. Sonst, meine Damen und Herren, kann es geschehen, daß ein in England oder Frankreich abgelehnter Asylbewerber nochmals in der Bundesrepublik Asyl begehrt, umgekehrt geht es aber nicht. Bis zu einer solchen europäischen Lösung müssen die Asylverfahren beschleunigt und abgelehnte Asylbewerber rasch und konsequent in ihre Heimatländer zurückgeführt werden, eben soweit dies Genfer Konvention und Ausländerrecht zulassen.

(D) Hier, meine Damen und Herren, ist Bremen gefordert! Es hat leider, muß ich sagen, hier bis vor kurzem skandalöse Zustände gegeben. Ich muß Ihnen allen Kenntnis geben von einem Schreiben des Bremer Stadt- und Polizeiamtes vom 16. März 1989, gerichtet an das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf. In diesem Schreiben, Bremisches Stadt- und Polizeiamt an das Bundesamt, heißt es unter dem Betreff „Zustellung Ihrer Ablehnungsbescheide, Erlaß von Ausreiseverfügungen, Bezug: Ihre zahlreichen Anfragen“, wörtlich:

„Wir bedauern, einräumen zu müssen, daß in etwa 130 Asylverfahren Ihre Ablehnungsbescheide“ — also die des Bundesamtes — „wegen Personalmangels nicht zugestellt werden konnten. Gleichzeitig müssen wir Sie darüber unterrichten, daß nach augenblicklicher Beurteilung der Situation nicht abzusehen ist, ab wann eine regelmäßige und zügige Zustellung Ihrer Ablehnungsbescheide wieder vorgenommen werden kann.“

(Abg. Klein [CDU]: Unerhört!)

16. März 1989! Nun ist es richtig, meine Damen und Herren, daß ab Mai 6,5 zusätzliche Stellen bei der Ausländerbehörde eingerichtet worden sind, aber die schleppende und zögerliche Behandlung der 130 Asylverfahren, die in dem Schreiben des Stadt- und Polizeiamtes genannt werden, dürften doch den Bremer Steuerzahler schon Hunderttausende geko-

(A) stet haben. Außerdem wird es ja noch einige Zeit dauern, bis die neuen Stelleninhaber sich überhaupt eingearbeitet haben und eine wirkliche Entlastung bringen.

Meine Damen und Herren, am Arbeitsverbot, das ist unsere Auffassung, für Asylbewerber muß festgehalten werden, denn es darf keine noch größeren Anreize für Flüchtlinge geben, aus wirtschaftlichen Gründen in die Bundesrepublik zu kommen. Darum müssen Asylbewerber auch viel stärker zur gemeinnützigen Arbeit im Rahmen der Sozialhilfe herangezogen werden, und es muß auch daran gedacht werden, an die Stelle der Barauszahlung von Sozialhilfe die Ausgabe von Wertgutscheinen zu setzen.

(Abg. F r e h e [DIE GRÜNEN]: Furchtbar!)

Wir bekennen uns, meine Damen und Herren, dazu, daß politisch Verfolgte in der Bundesrepublik Deutschland Asyl finden, doch darf das Recht auf Asyl durch seinen Mißbrauch nicht länger in Mißkredit gebracht werden —

(Glocke)

das ist mein Zehn-Minuten-Zeichen, muß ich dazu sagen — zu Lasten der wirklich Verfolgten. Weiter steigende Zahlen von Asylbewerbern gefährden die Integrationsbemühungen für die auf Dauer hier lebenden Ausländer und unterlaufen die Begrenzung des Zuzugs von Ausländern. Im gemeinsamen Interesse aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen, Ausländern wie Deutschen, halten wir an der Begrenzung des Zuzugs von Nicht-EG-Ausländern fest. Eine Beschränkung, meine Damen und Herren, die ja übrigens auch die SPD-geführte Bundesregierung 1973 eingeführt hat!

(B)

Unsere Ziele der Ausländerpolitik sind, ich will es einmal schlagwortartig zusammenfassen:

Erstens: Die schon lange hier lebenden Ausländer sollen grundsätzlich ein gesichertes Aufenthaltsrecht bekommen.

Zweitens: Am Ende des Integrationsprozesses der schon lange hier lebenden Ausländer soll ihre Einbürgerung stehen.

Drittens: Ein Ausländer muß sich entscheiden, ob er Deutscher werden will oder seine bisherige Staatsangehörigkeit beibehalten möchte.

(Beifall bei der CDU — Abg. F l u ß [SPD]:  
Gilt das auch für von Habsburg?)

Eine Doppelstaatsangehörigkeit kommt für uns grundsätzlich nicht in Betracht.

(Beifall bei der CDU)

Viertens: Das Ausländerwahlrecht, meine Damen und Herren, wird von uns abgelehnt. Das gilt auch für die Beiräte. Wer in der Bundesrepublik Deutsch-

land wählen will, muß deutscher Staatsbürger sein. Schließlich ist das Wahlrecht kein Menschenrecht, sondern ein Staatsbürgerrecht.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die mangelnde Integration von Ausländern ist nicht darauf zurückzuführen, daß ihnen nicht das Wahlrecht gegeben worden ist, vielmehr hat sich gezeigt, daß Konzepte, die auf Assimilation und Integration setzen, ihr Ziel deshalb nicht erreichen, weil die Ausländer in der Bundesrepublik ihre nationale und kulturelle Identität möglichst ungeschmälert erhalten wollen.

(Abg. T i e f e n b a c h [DIE GRÜNEN] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

Aus diesem Grunde haben sie kaum Interesse an der Einbürgerung, die ihnen mit der Staatsangehörigkeit auch das Wahlrecht geben würde.

**Präsident Dr. Klink:** Eine Zwischenfrage, sind Sie bereit?

Abg. **Dr. Pawlik** (CDU): Ich habe keine Zeit, tut mir leid! Meine Damen und Herren, Wahlrecht ist kein Mittel der Integration, sondern das Wahlrecht setzt die Integration voraus, also Reihenfolge muß sein: Integration, Staatsangehörigkeit, Wahlrecht.

Ich komme zum Schluß, meine Damen und Herren! Wie fast immer in der Politik gibt es auch und gerade in der Ausländer- und Asylpolitik verschiedene Wege. Wenn wir, die CDU-Fraktion, die Auffassungen von SPD und insbesondere von den GRÜNEN ablehnen, so geschieht dies aus sachlichen Erwägungen, weil wir nämlich glauben, daß die von ihnen vorgeschlagenen Wege faktisch nicht geeignet sind, ein verständnisvolles Miteinander von Deutschen und Ausländern zu gewährleisten. Dies kann nur eine abwägende, differenzierende Politik, die Fehlentwicklungen entgegentritt, das heißt, insbesondere den Asylmißbrauch beendet, weil doch gerade der Mißbrauch des Asylrechts viel böses Blut macht. Meine Damen und Herren, dies sollten wir alle gerade im Interesse der hier lebenden Ausländer beachten, weil wir sonst das Gegenteil von dem erreichen, was wir eigentlich wollen, nämlich ein vernünftiges, freundschaftliches Verhältnis zwischen Deutschen und hier lebenden Ausländern.

(D)

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete van Nispen. Sagen Sie bitte, ob die FDP-Fraktion diese Ergänzung im dritten Satz übernehmen will oder nicht!

Abg. **v. Nispen** (FDP): Ich werde mich selbstverständlich dazu äußern, Herr Präsident!

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Den Neun-Uhr-Nachrichten von Radio Bremen Hansa-

(A) welle konnten wir entnehmen, daß wir uns heute mit Anträgen der SPD und der GRÜNEN zu befassen haben. Wir wissen mittlerweile, daß auch Anträge der CDU und der FDP auf dem Tisch liegen. Sie sehen, die selektive Wahrnehmungsfähigkeit ist keineswegs auf die Politik beschränkt!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Zur Sache selbst! Wir haben in den letzten Wochen und Monaten eine lebhaftige Diskussion zu dem heutigen Thema gehabt. Ursache dafür ist, daß eine latente Ausländerfeindlichkeit in unserem Land sich nicht zuletzt unter dem Eindruck von Wahlen und dumpfen Wahlparolen rechter Gruppierungen zu einer massiven Fremdenfeindlichkeit konkretisiert hat. Von dieser Fremdenfeindlichkeit, meine Damen und Herren, sind Aussiedler, Übersiedler aus der DDR, Ausländer im allgemeinen und Asylbewerber im besonderen gleichermaßen betroffen.

Bei der aus sozialer Verunsicherung, Ängsten verschiedener Art und Konkurrenzfurcht gespeisten Ablehnung wird nicht mehr in der gebotenen Weise zwischen den verschiedenen Gruppierungen differenziert. Die tatsächlichen, rechtlichen, insbesondere verfassungsrechtlichen, aber auch historischen Gründe werden ausgeblendet. Wir haben es, um es einmal schlagwortartig zu formulieren, mit einer Konfusion des Ausländerbegriffs zu tun. 600 000 Aussiedler, Übersiedler und Asylbewerber in den letzten zwei Jahren stellen diese Gesellschaft vor eine große politische Herausforderung, und, Herr Tiefenbach, da stimme ich Ihnen zu, das ist nicht primär ein ökonomisches Problem.

(B) Eines der wohlhabendsten Länder dieser Welt könnte — das ist auch meine persönliche Einschätzung — mit diesem Problem wohl fertigwerden, aber wir können doch nicht leugnen, daß es sehr wohl ein Problem des politischen Bewußtseins in unserem Lande ist. Wir müssen uns dem Problem konkret stellen, und ich finde, es hilft überhaupt nichts, wenn wir hier mit allgemeinen Beschwörungsformeln und gegenseitigen Schuldvorwürfen arbeiten,

(Beifall bei der FDP — Abg. J ä g e r [FDP]:  
So ist es!)

wenn wir, und das halte ich in der Tat für besonders verhängnisvoll, erleben müssen, daß von bestimmten politischen Gruppierungen in unserem Lande, vielleicht ist auch der eine oder andere in diesem Haus nicht frei davon, versucht wird, Aussiedler und Ausländer gegeneinander auszuspielen. Wir von der FDP verwahren uns mit Entschiedenheit dagegen!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir sind der Meinung, daß sowohl Aussiedler als auch Ausländer eine große —

(Abg. T i e f e n b a c h [DIE GRÜNEN]: Das müssen Sie an die CDU richten!)

ich sehe Sie an, ich sehe auch jeden anderen an — Bereicherung für dieses Land darstellen können unter ganz verschiedenen Aspekten, die hier schon angesprochen worden sind. Ich bin aber der Meinung, daß gleichwohl die Dinge nicht so ungesteuert weitergehen können, wie wir das in der letzten Zeit erlebt haben. Ich will aber noch einmal betonen, wir sind der Meinung, daß sowohl Aussiedler als auch Ausländer im allgemeinen, als auch Asylbewerber unserer materiellen und ideellen Solidarität bedürfen

(C)

(Beifall)

und eines klaren Reglements, eines vernünftigen, rechtlich fundierten Fair play!

Wir haben uns vor kurzem auf unserem Parteitag sehr ausführlich mit allen diesen Gruppierungen befaßt. Wir waren gleichwohl der Meinung, daß wir uns heute in der Debatte auf eine Gruppierung konzentrieren sollten, nämlich die Gruppe der Asylbewerber. Wir haben Anlaß, selbstkritisch darüber nachzudenken, ob wir mit den Asylbewerbern richtig umgehen, ob dieser Umgang mit ihnen dem Fair-play-Gebot entspricht. Denken Sie an das Problem des Arbeitsverbotes, denken Sie an das Problem der Lagerunterbringung! Wir müssen uns auch fragen, ob wir unsere Bürokratie, unsere Gesetze und unsere administrativen Regelungen so organisiert haben, daß sie noch vernünftig sind. Das ist unser, das ist mein Ansatz, und deswegen machen wir Ihnen den Vorschlag, hier einmal wegzukommen von der allgemeinen politischen Diskussion, von generellen Zielsetzungen.

(D)

Ich habe mit Genugtuung registriert, daß auch in den Anträgen von CDU und SPD die allgemeine Zielsetzung Beschleunigung des Asylverfahrens enthalten ist. Wir sind der Meinung, daß wir über dieses Stadium, auch unter dem Eindruck der aktuellen Diskussion, hinauskommen müssen. Deswegen machen wir Ihnen konstruktive Lösungsvorschläge. Frau Nock, ich kann eigentlich nicht so recht verstehen, wenn Sie einerseits sagen, es sei richtig, wir müßten das Asylverfahren beschleunigen, daß Sie sich dann andererseits diesen unseren sehr konkreten Vorstellungen, wie man das machen könnte, verweigern. Wir sind vor dem Hintergrund der generellen Meinung, daß eine Änderung des Grundgesetzes überhaupt nicht notwendig ist, der Auffassung, daß wir einer Gesamtreform des Ausländergesetzes und des Asylverfahrensgesetzes bedürfen.

(Beifall bei der FDP)

Sie wissen, meine Damen und Herren, daß seit dem 14. April die Vorschläge der Bonner Koalition zur Reform des Ausländergesetzes auf dem Tisch liegen. Ich werde gleich darauf noch im Zusammenhang mit den Anträgen der anderen Parteien eingehen. Wir müssen diesen Ansatz nach unserer Auffassung ergänzen um Regelungen zum Asylverfahrensgesetz, denn wir können nicht umhin festzustellen, daß die

- (A) Art und Weise, wie wir dieses ganze Verfahren organisiert haben, mitverantwortlich dafür ist, daß es Ressentiments in unserer Gesellschaft gegen die Asylbewerber gibt.

(Beifall bei der FDP)

Das auszublenden bedeutet meines Erachtens einen ganz klaren Realitätsverlust. Das schlimme daran ist ja nicht nur, daß allgemein die Akzeptanz für Asylbewerber reduziert wird, sondern daß insbesondere die davon betroffenen sind, denen wir nachher das politische Asyl konzederen müssen.

Was schlagen wir also nun vor? Wir schlagen zweierlei vor: Wir schlagen einmal vor, daß, wie das gegenwärtige Asylverfahrensgesetz es schon jetzt im Paragraphen 4 erlaubt, das Asylbewerberverfahren dezentralisiert wird. Es ist unseres Erachtens angesichts der großen Zahl ein geradezu grober Unfug, alle diese Verfahren oder fast alle Verfahren über die Zentrale des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf abzuwickeln. Wir sind der Meinung, daß man von der gesetzlichen Ermächtigung, Außenstellen in den Ländern zu schaffen, Gebrauch machen sollte. Wir stellen uns also vor, daß es auch in Bremen eine Außenstelle dieses Bundesamtes geben sollte.

- (B) Wir schlagen Ihnen weiterhin vor, daß die Doppelgleisigkeit des Verfahrens zwischen Ausländergesetz einerseits und Asylverfahrensgesetz andererseits beseitigt wird. Wir haben die Vorstellung, daß eine Außenstelle, die hier in Bremen geschaffen wird, abschließend und einheitlich zuständig sein soll für das gesamte Asylbewerberverfahren von der Antragstellung über die Anhörung, über die genaue Bearbeitung bis hin zur Letztentscheidung und auch, wenn es denn nicht anders geht, bis zur Abschiebung. Wir meinen, daß es für einen Rechtsstaat unerträglich ist, daß nach dem Asylverfahrensgesetz eine Bundesbehörde einem Asylbewerber sagt, deine Gründe können wir nicht anerkennen, du bist kein politisch Verfolgter im Sinne des Artikels 16, daß dann aber über Paragraph 14 Ausländergesetz — das sogenannte kleine Asyl, Sie kennen das, Herr Tiefenbach — eine Länderbehörde Entscheidungen trifft, die dem diametral entgegenstehen.

(Beifall bei der FDP)

Das, meine Damen und Herren, muß man auch unter allgemeinen rechtsstaatlichen Erwägungen noch einmal genau überlegen. Wir sind der Meinung, daß man das verhindern kann, wenn man das gesamte Verfahren in die Hände einer Behörde gibt.

Soweit zur Erläuterung unseres Antrags! Ich darf jetzt noch kurz ausführen, wie wir uns zu den übrigen Anträgen stellen. Den Antrag der GRÜNEN können wir nicht mitmachen, Herr Tiefenbach. Sie haben eine ganze Reihe von allgemeinen Ausführungen in Ihrem Antrag, die auch wir unterschreiben können. Wir sind aber anderer Auffassung, wenn Sie

- (C) eine Grundtendenz zum Ausdruck bringen, daß wir alle, die hierher kommen wollen, aufnehmen sollten.

Wir sind der Meinung, daß unser Beitrag zur Linderung der Not in dieser Welt darin bestehen sollte, den betroffenen Menschen in ihren Ländern zu helfen.

(Abg. T i e f e n b a c h [DIE GRÜNEN]: Das sind doch hohle Worte im Moment!)

Das schließt nicht aus, daß wir einen Teil auch hier im Lande durch die Gewährung des Asylverfahrens übernehmen, aber das muß dann nach Maßgabe der rechtlichen Bestimmungen gehen. Sie sprechen sich auch dagegen aus, daß Ausländergesetz und Asylverfahrensgesetz geändert werden. Wir sind, wie Sie aus unserem Antrag wissen, anderer Meinung.

Bei dem CDU-Antrag müssen wir feststellen, daß wir generelle Formulierungen und globale Zielsetzungen mit Ihnen teilen können, so wie sie zum Beispiel sich wiederfinden in der Einleitung, aber auch im Teil A. Die Teile B und C können wir nicht mitmachen. Bei der Frage der Notwendigkeit der Änderung des Grundgesetzes trennen uns Welten, das ist allgemein bekannt. Ich habe manchmal auch den Eindruck, meine Damen und Herren von der CDU, daß Sie nicht wissen oder noch nicht mitbekommen haben, was die Koalition eigentlich in Bonn beschlossen hat. Da steht in dem Papier „Zehn Eckwerte für ein neues Ausländergesetz“ klipp und klar, eine Doppelstaatsangehörigkeit wird hingenommen. Ich kann deswegen nicht verstehen, daß Sie hier einer Doppelstaatsangehörigkeit noch den Kampf ansagen.

(Abg. D r . P a w l i k [CDU]: Steht doch darin!)

Ich kann Ihnen das vorlesen, ich will das jetzt aber hier — —.

(Abg. K l e i n [CDU]: Zitieren Sie einmal!)

Das zitiere ich, ja, wenn es denn der Wahrheitsfindung oder der politischen Aufklärung dient, dann will ich das gern zitieren.

(Abg. D r . P a w l i k [CDU]: Ich habe es hier!)

Punkt vier der genannten zehn Eckwerte für ein neues Ausländerrecht: „Eine Doppelstaatsangehörigkeit wird hingenommen, wenn der Ausländer“ und so weiter, und dann kommt — —.

(Abg. F l u ß [SPD]: Die CDU meint doch nur Otto von Habsburg und solche Leute! — Abg. K l e i n [CDU]: Na, na, nichts! Zu Ende lesen!)

Natürlich sind in einem Kompromißpapier dann bestimmte Formulierungen auch aufgenommen,

(Abg. K l e i n [CDU]: Aber, Herr van Nispen!)

(C)

(D)

- (A) aber die grundlegende Aussage ist doch, und das entspricht ja auch der FDP-Position, das entspricht auch der Position von Frau Funcke, das wissen Sie, eine Doppelstaatsangehörigkeit wird hingenommen.

(Abg. Klein [CDU]: Gemeint sind Ausnahmen im Einzelfall! Sie sind doch sonst ein seriöser Mensch!)

Wir werden deswegen Ihren Antrag ablehnen. Bei der SPD sehen wir eine ganze Reihe inhaltlicher Übereinstimmungen. Wir werden uns gleichwohl, Frau Noack, bei Ihrem Antrag der Stimme enthalten, und zwar deswegen, weil Sie Ausländer- und Asylpolitik an mehreren Stellen Ihres Antrags gleichsetzen. Zunächst war ich der Meinung, daß das vielleicht ein sprachliches Mißverständnis sein könnte, aber Sie haben mir bestätigt, daß Sie in der Tat Ausländer im allgemeinen und Asylbewerber im besonderen insofern gleich behandeln wollen, als Sie beide gleichermaßen integrieren wollen.

Da sind wir allerdings anderer Auffassung. Wir stehen dazu, wie das zum Beispiel auch in diesen Eckwerten steht, eine alte FDP-Position, daß wir hier auf breiter Front die Einbürgerungsvoraussetzungen insbesondere für die lange hier lebenden Ausländer erleichtern, aber wir sind schon der Meinung, daß man einen Unterschied machen muß zwischen einem Asylbewerber und einem Ausländer. Bei dem Asylbewerber muß doch erst einmal überhaupt entschieden werden, ob er ein Recht hat, hier auf Dauer zu bleiben. Da kann man doch nicht, unbeschadet dessen, wie die Entscheidung ausgeht, davon reden, daß sie allesamt genauso wie Ausländer zu integrieren seien. Unser Abstimmungsverhalten ist damit klar. — Ich darf mich bedanken!

- (B)

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Wedemeier.

**Bürgermeister Wedemeier, Präsident des Senats, Senator für kirchliche Angelegenheiten und für Arbeit:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unsere Antwort auf die Ausländerfrage und die Frage nach dem Asylrecht wird mit darüber entscheiden, welchen Stellenwert die Menschlichkeit in unserer Gesellschaft künftig haben wird.

In Deutschland leben heute vier bis fünf Millionen Ausländer, einige Hunderttausend Aussiedler und Asylsuchende. Knapp 60 Prozent der Ausländer leben schon zehn Jahre und länger bei uns, fast 70 Prozent der ausländischen Kinder und Jugendlichen sind hier geboren. Bevölkerungsprognosen für die deutschen Städte gehen davon aus, daß in den nächsten vier Jahrzehnten die deutsche Wohnbevölkerung stark abnehmen wird. Arbeitskräfte, die die einheimische Bevölkerung nicht bereitstellen kann, werden also von außen zuwandern. Wir können davon ausgehen, daß bis zum Jahre 2000 der Auslän-

deranteil bei uns weiter steigt, auch als Folge des EG-Binnenmarktes 1992. Hinzu kommen Aussiedler und Asylsuchende in die Bundesrepublik, die heute noch den Hauptteil der Zuwanderer ausmachen. In diesem Jahr werden es rund 300 000 Aussiedler und Umsiedler aus der DDR sein und vielleicht 100 000 Asylbewerber. Die Zuwanderung anderer Gruppen ist heute noch sehr gering.

(C)

Sie alle werden bei uns zunächst keine guten Erfahrungen machen. Das war vor 30 Jahren noch anders. Damals waren uns die sogenannten Gastarbeiter trotz einer Million Arbeitsloser willkommen. Sie wurden Miterbauer des deutschen Wirtschaftswunders. Heute empfängt die Bundesrepublik die Neuankommlinge unter ungleich schwierigeren Bedingungen. Unser Land hat sich verändert in seiner Struktur und in seiner Seele.

Infolge der Massenarbeitslosigkeit hat sich Armut ausgebreitet. Vor allem in den Großstädten wächst die Zahl derer, die nicht zu den Gewinnern der modernen Industriegesellschaft zählen. Darin liegt eine Ursache für die Vorbehalte gegenüber Aussiedlern, Ausländern und Asylbewerbern, für viele Menschen auch in der Angst, den Wohlstand, der mühselig erworben wurde, wieder zu verlieren. Unzufriedenheit und Mißtrauen führen dazu, nach Sündenböcken zu suchen. Die Aggressionen richten sich in diesem Fall gegen die Ausländer mit der Illusion, ohne sie ginge es besser.

Die Spannungen verschärft hat die neue Wohnungsnot in den Ballungsgebieten. Nun hat die Bundesregierung im letzten Jahr beschlossen, speziell für Aussiedler ein Milliarden-Wohnungsbauprogramm aufzulegen, man muß dazu sagen, einen Großteil der Finanzierungen müssen Länder und Kommunen tragen. Dies aber wiederum, das Auflegen eines Sonderprogramms nur für Aussiedler, führt bei jenen Einheimischen, die seit Jahren trotz Anrechtsschein keine Sozialwohnung bekommen, zu wachsender Kritik und teilweise auch Wut. Sie fühlen sich vernachlässigt von den Ländern und Kommunen, denn auch wir haben den Wohnungsbau zurückgenommen, bevor uns die heutige Situation klar wurde.

(D)

Unzufriedenheit, Mißtrauen und Angst vor Verelendung führen zu Sozialneid und Ausländerhaß, und auf diese Stimmungen spekulieren die Rechtsradikalen, mögen sie sich Republikaner nennen, DVU oder NPD. Sie alle wollen auf Kosten der Minderheit der Ausländer politischen Einfluß, auch Macht gewinnen, und sie haben in letzter Zeit erschreckenden Erfolg. Die Ausländerfrage gewinnt dadurch eine politische Brisanz, die wir bislang nicht erkannt oder verdrängt haben. Sie könnte die Bundesrepublik erschüttern.

Nun halte ich es für zumindest oberflächlich, wenn man mit sicherer Position von multikulturellen Möglichkeiten schwärmt, denen aber, die mit den realen Folgeproblemen konfrontiert sind, keine Perspektive bietet. Ihnen wird nicht dadurch geholfen, daß man mit großen Worten ein Fernziel beschreibt, son-

- (A) dern durch konkrete Schritte, die ihnen in ihrer Existenzfrage helfen.

(Beifall bei der SPD und bei der FDP)

Ausländerpolitik darf sich deshalb nicht nur an die Ausländer richten, sie muß auch die Einheimischen einbeziehen, da es letztendlich auf das Zusammenleben ankommt. Das Ziel der politischen Maßnahmen muß es deshalb sein, negative Folgen der Einwanderung nicht entstehen zu lassen beziehungsweise wieder zu beseitigen, durch staatliche Wohnungsbauprogramme in Milliardenhöhe, die über alle bisherigen Pläne hinausgehen müssen, durch mehr Geld für jene Kommunen, die schon lange finanziell ausgeblutet sind und zusätzliche Immigrations- und Integrationskosten nicht aufbringen können, durch entsprechende Bundeszuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg, damit diese ihre Zahlungen an Erwerbslose nicht noch weiter kürzen muß, sondern ausweiten kann. Ich weiß, solche Programme kosten viel Geld, aber auch ich sehe nicht ein, daß ein Rüstungsvorhaben nach dem anderen förderungswürdig erscheint, Programme dagegen, die den Menschen dienen, nicht finanzierbar sein sollen.

(Beifall bei der SPD und bei der FDP)

- (B) Meine Damen und Herren, wir haben alle 1987 in Bremen und Bremerhaven vor der Bürgerschaftswahl erlebt, wie die Haushalte mit einer Flut ausländerfeindlicher Propaganda überschwemmt wurden, und wir müssen jetzt vor der Europawahl wieder mit solchen Aktionen rechnen. Wir wissen, daß unter den betroffenen Ausländern, vor allem bei den Kindern, die Angst gewachsen ist.

Daß die menschenfeindliche Propaganda dieser Rechtsradikalen, die mit Millionenaufwand betrieben werden kann, Wirkung zeigt, kann uns aber nicht überraschen. Ich bin froh, daß es viele gibt, die sich über eine solche Politik empören. Wir Deutsche müssen uns bewußt sein, daß wir selbst ein gemischtes Volk sind, das aus ganz unterschiedlichen Stämmen entstanden ist. Wir müssen uns bewußt sein, wie sehr unsere Geschichte durch Einwanderung von Minderheiten geprägt wurde, durch Holländer, Polen, Hugenotten und Waldenser, Sinti und Salzburger, auch durch Juden. Die Bayern sind ein ganz besonderes Volk von vermischten Stämmen.

(Beifall bei der SPD)

Diese Einwanderer und ihre Nachfahren haben unsere Kultur, unsere Wissenschaft und unsere Gesellschaft überhaupt außerordentlich bereichert. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß zwischen 1933 und 1945 mehr als 800 000 Deutsche politisches Asyl in anderen Ländern gefunden haben, Kommunisten, Sozialisten, Bürgerliche und Geistliche.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

(C) Wir Deutsche müssen uns bewußt sein, daß es andere Völker, Ausländer waren, die uns von Tyrannei und Wahn der Nazis befreit haben, die uns in der Bundesrepublik die Demokratie überhaupt erst ermöglicht haben.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Fremdenfeindlichkeit muß nicht mit rechtsradikalen Haltungen verknüpft sein, neben der Angst ist ihre Ursache hauptsächlich Unkenntnis. Wir finden deshalb Fremdenfeindlichkeit also nicht nur in sogenannten rechtsradikalen Kreisen, von den Bürgerlichen bis zur Arbeiterschaft ist dies zu finden. Wir müssen vor Ort, vor allem in den Gebieten, wo viele Ausländer leben, für mehr Aufklärung und Information sorgen.

Es gibt viele Aussagen und Urteile über Ausländer, die einfach falsch sind. So wird oft behauptet, die Ausländer lägen uns auf der Tasche. Das Gegenteil ist der Fall! Von 1955 bis 1973 hat die Bundesrepublik vierzehn Millionen Ausländer angeworben mit der Absicht, Geld zu sparen. Wir haben leistungsstarke, fleißige Arbeitskräfte erhalten, ohne einen Pfennig für ihre Ausbildung bezahlen zu müssen. Sie haben Steuern bezahlt, Beiträge zur Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung. Ohne die Beiträge der ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die zumeist in sehr jungen Jahren zu uns gekommen sind, stünde unsere Rentenversicherung heute auf noch wackligeren Füßen.

(Beifall bei der SPD)

Durch ihre besondere Altersstruktur, mehr junge, wenig ältere, nutzen die Ausländer bestimmte Leistungen, Altenbetreuung, Sozialstationen, weit weniger als Deutsche, denn die meisten Ausländer der ersten Generation kehren bei Erreichen des Rentenalters in ihre Heimat zurück. Auch die ständige Behauptung, die Kriminalität der Ausländer sei höher als die der Deutschen, ist falsch. Wenn man gerechte Maßstäbe anlegt, dann sind zum Beispiel die erwachsenen Türken im Alter von 21 bis 40 Jahren weniger belastet als die gleichaltrigen Deutschen.

Ausländer nehmen den Deutschen auch nicht die Wohnungen weg. Lange Jahre haben Ausländer den Wohnraum genutzt, den niemand haben wollte. Sie zogen in Altbauwohnungen ohne jeden Komfort, Wohnungen, die für viele Deutsche nicht attraktiv waren. Viele Altbauten wären schon längst abgerissen, hätte man sie nicht an Ausländer vermieten können, wenigstens vorübergehend bis zur lukrativen Modernisierung. Auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt haben Ausländer weit mehr Schwierigkeiten als Deutsche. Wenn zur Zeit preiswerte Wohnungen knapp sind, so trifft das die ausländische Bevölkerung ebenso hart wie große Teile der deutschen Bevölkerung.

(C)

(D)

- (A) Das Thema Arbeitsplätze und Ausländer ist nun besonders populär.

(Vizepräsident v. d. Schulenburg  
übernimmt den Vorsitz.)

Auch hier gibt es vieles klarzustellen. In vielen Arbeitsbereichen sind wir direkt auf die Ausländer angewiesen.

(Beifall bei der SPD)

Ausländer bedürfen zur Ausübung einer Beschäftigung der Arbeitserlaubnis. Diese wird oft befristet, kann auf bestimmte Betriebe, Berufsgruppen und Bezirke beschränkt werden. Da ein deutscher Arbeitnehmer Vorrang hat, das gibt es nämlich auch, den sogenannten Inländervorrang, werden Ausländer vor allem auf Arbeitsplätze mit schwerer körperlicher Arbeit, schlechten Arbeitsbedingungen und relativ niedrigem Lohn vermittelt.

Meine Damen und Herren, die Ausländer sind nicht Ursache, die Ausländer sind wie viele Deutsche Opfer der Arbeitslosigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Im übrigen schaffen Ausländer inzwischen auch Arbeitsplätze. Es gibt allein in Berlin 7000 Ausländer als Unternehmer. Die Bundesrepublik ist mit ihren sieben Prozent auch keineswegs ein Land mit einem besonders hohen Ausländeranteil. In Luxemburg leben 26 Prozent Ausländer, in der Schweiz 15 Prozent, in Belgien zehn Prozent, in Frankreich acht Prozent.

- (B) Eine besondere Feindseligkeit wird heute in der Bundesrepublik den Asylbewerbern entgegengebracht. Das Wort Asylrecht droht zu einem Negativwort in der Bundesrepublik zu verkommen. Man spricht von einer Asylantenflut, die einzudämmen sei, von Wirtschaftsflüchtlingen, die unser Asylrecht mißbrauchten. Wir dürfen aber die Probleme mit den sogenannten Wirtschaftsflüchtlingen nicht lösen, indem wir das Grundrecht auf politisches Asyl aushöhlen oder gar beseitigen.

(Beifall bei der SPD)

Notwendig ist, die Verfahren zur Anerkennung zu beschleunigen. Zur Zeit halten sich etwa 80 000 Asylberechtigte in der Bundesrepublik auf. Hinzu kommen 173 000 Asylbewerber, deren Verfahren noch nicht abgeschlossen sind, bei nahezu 60 Millionen Einwohnern. Darüber hinaus leben bei uns etwa 300 000 Flüchtlinge, die Hälfte Ostblock-Flüchtlinge, die keinen Asylantrag gestellt haben oder deren Asylantrag abgelehnt wurde, die aber aus humanitären oder politischen Gründen nicht in ein anderes Land abgeschoben werden.

Die bundesdeutsche Rechtsprechung hat die Grenzen für die Anerkennung der Asylbewerber sehr eng gesetzt, in meinen Augen beklemmend eng. Das

Bundesverwaltungsgericht hat 1986 festgestellt: Die Tatsache, daß ein Asylbewerber aus einem Land komme, in dem Menschenrechtsverletzungen wie Folter und Todesstrafe als „landesübliches allgemeines Phänomen“ gelten, sei kein Grund zur Anerkennung des Asylrechts. Nicht zur Anerkennung führt die staatliche Verfolgung ethnischer Minderheiten bis hin zum Völkermord. Nicht zur Anerkennung führt Verfolgung im Rahmen von Bürgerkriegen, zum Beispiel im Libanon. All diese Menschen werden aber zu Recht nicht aus der Bundesrepublik ausgewiesen. Sie sind De-facto-Flüchtlinge, auch wenn sie nicht den Schutz des Artikels 16 Grundgesetz genießen. Sie haben dennoch Anspruch auf unsere Hilfe.

(C)

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Für eine veränderte Rechtstellung der Asylbewerber haben wir konkrete Vorstellung. Die durch Gesetzgebung und Rechtsprechung bewirkte Einschränkung des Asylrechts mit der Folge, daß es heute weniger Schutz gewährt als die Genfer Flüchtlingskonvention, muß beseitigt werden. De-facto-Flüchtlinge, die bisher meist nur einen geduldeten Status haben, müssen ein gesichertes Aufenthaltsrecht erhalten. Die Leistungen des Bundessozialhilfegesetzes müssen auch für Asylbewerber erhalten bleiben, das heißt, wir lehnen Kürzungen oder andere Zahlungen als Bargeldzahlungen ab.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

(D)

Eine Harmonisierung des Asylrechts auf europäischer Ebene würde sich derzeit darauf beschränken, Asylbewerber abzuwehren. Notwendig ist dagegen eine europäische Flüchtlings- und Asylkonzeption, mit der die europäischen Staaten ihren humanitären Verpflichtungen zur Aufnahme von Flüchtlingen gerecht werden.

Meine Damen und Herren, die Ausländer sind längst ein fester Bestandteil unserer Gesellschaft geworden. Sie haben sich bei uns eingerichtet, viele wollen hierbleiben. Der Senat will, wie auch die Mehrheit in diesem Hause, daß die Ausländer, die schon längere Zeit hier leben, auch politisch mitwirken können. Die Möglichkeit für Ausländer in Bremen, sich an der Wahl der Beiräte zu beteiligen, ist auch für uns ein Schritt auf dem Weg zum kommunalen Wahlrecht für Ausländer. Für uns sind alle Ausländer, die längerfristig bei uns leben, nicht Fremde, sondern Mitmenschen und Mitbürger, die zumindest annähernd gleiche Möglichkeiten der demokratischen Mitwirkung haben sollen, wie das für uns selbstverständlich ist.

(Beifall bei der SPD)

Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und andere gesellschaftliche Gruppen betonen schon lange, daß eine soziale Integration für Menschen, die ihren Mittelpunkt in der Bundesrepublik haben, mittel- und langfristig ohne Teilhabe am poli-

(A) tischen Geschehen nicht denkbar ist. Ich meine, daß diese Einsicht und die Notwendigkeit der Teilhabe von Ausländerinnen und Ausländern am politischen Geschehen in anderen Staaten, in den Niederlanden, Dänemark, Neuseeland, Schweden, Irland, Norwegen, Sie, die Sie heute noch von der Opposition — Entschuldigung! —, von der CDU und insbesondere aber auch von der FDP, gegen das kommunale Wahlrecht sind, dazu bringen sollte —.

(Zurufe von der FDP: Wie bitte?)

Entschuldigen Sie bitte, ich nehme das zurück! Die FDP ist dafür, ich wende mich an die CDU, daß diese vielen Einschätzungen Sie dazu bringen sollten, dem kommunalen Wahlrecht zuzustimmen. Es muß hier mit dem kommunalen Wahlrecht in Bremen mit der Einführung des Wahlrechts für Beiräte ein Zeichen gesetzt werden. Wir wollen zeigen, daß wir Menschen, die bei uns leben, auch wirklich willkommen heißen.

(Beifall bei der SPD)

Sollten Sie mit der angeblichen Nichtzulässigkeit des Ausländerwahlrechts hinsichtlich des Grundgesetzes argumentieren, empfehle ich ein Gespräch mit dem früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Herrn Benda!

(B) (Abg. Klein [CDU]: Fangen Sie doch in Bremerhaven an, Herr Bürgermeister!)

Meine Damen und Herren, unumstritten ist, daß das gesamte Ausländerrecht dringend reformbedürftig ist. Es ist kompliziert und unübersichtlich. Es darf nicht, wie bisher, Ordnungs- oder gar Polizeirecht bleiben. Das Ausländerrecht muß Integrationsrecht werden. Nicht auf Abgrenzung, nicht auf Abwehr, sondern auf Integration müssen unsere politischen Bemühungen hinauslaufen. Hier sind einige Punkte angesprochen worden, die ich unterstreichen kann hinsichtlich der Kinder ausländischer Eltern.

Ich verweise auch darauf, daß in den USA jeder, der dort geboren ist, automatisch die amerikanische Staatsbürgerschaft hat. Hier können die USA ein Beispiel sein.

(Abg. Dr. Pawlik [CDU]: Das ist ein anderes Prinzip! — Abg. Jäger [FDP]: Das ist auch ein Einwanderungsland!)

Auch der Anspruch auf Einbürgerung muß erleichtert werden, es gibt dafür genug konkrete Vorschläge, insbesondere ist wichtig, daß die Einbürgerung künftig gebührenfrei wird, denn die augenblickliche Gebühr hat ja eher Abschreckungscharakter als den Charakter, sich dort zu bemühen.

(Beifall bei der SPD — Abg. Tiefenbach [DIE GRÜNEN]: Aber dann doch auch in Bremen!)

(C) Meine Damen und Herren, auch wir in Bremen, ich wollte jetzt auf einige Maßnahmen kommen, müssen natürlich unsere Maßnahmen verstärken, Maßnahmen, die ein solidarisches Zusammenleben mit den zugewanderten Mitbürgerinnen und Mitbürgern erleichtern. Erstens, der Senat plant, dem Beispiel anderer folgend, die Errichtung einer Zentralstelle, die sich um die Eingliederung zugezogener Mitbürgerinnen und Mitbürger bemüht. Diese Zentralstelle wird die Aufgabe haben, die ganz unterschiedlichen Probleme von Aussiedlern, Asylbewerbern und Ausländern aufzunehmen und Lösungen für die Eingliederung zu erarbeiten. Sie wird auch Ansprechpartner für Deutsche sein, die Probleme in diesem Zusammenhang haben.

Zweitens, wir haben in Bremen, zugegeben, wie im gesamten Bundesgebiet nach einer längeren Zeit von Wohnungsüberhängen Engpässe, und das gilt besonders für den sozialen Wohnungsbereich. Sie haben gestern darüber diskutiert, ich muß das hier nicht weiter ausführen, welche Maßnahmen hier in Zukunft ergriffen werden.

Drittens, was die Arbeitsmarktpolitik anbelangt, so liegen hier Verantwortung und entscheidende Kompetenzen eindeutig bei der Bundesregierung, auch bei der Bundesanstalt für Arbeit, gleichwohl wird der Senat seine Arbeitsmarktpolitik, seine offensive Arbeitsmarktpolitik, fortsetzen. Trotz der gravierenden Haushaltsprobleme müssen wir bereit sein, für die Zukunft der Arbeit für alle, die hier leben, zu investieren. Ich verweise auch auf den von der Bürgerschaft beschlossenen Nachtragshaushalt wegen der Konsequenzen der neunten AFG-Novelle, das erste und bisher einzige Landesparlament, das überhaupt Konsequenzen aus dieser Novelle gezogen hat!

(Beifall bei der SPD)

Das war ja schon bei dem 70-Millionen-DM-Programm zur Bekämpfung des Lehrstellenmangels so.

Ein großes Problem in der Versorgung sind die Kindergärten und Horte, ich weiß das! Kindergärten leisten einen wichtigen Beitrag zur Verständigung von einheimischen und zugewanderten Kindern. Um der Zunahme geburtenstarker Jahrgänge, dem veränderten Nachfrageverhalten allerdings auch, um der wachsenden Zahl von Aussiedlerkindern Rechnung zu tragen, wird der Senat bis 1991 rund 1000 zusätzliche Plätze in Kindergärten, Horten und Eltern-Kind-Gruppen schaffen.

(Beifall bei der SPD)

(D) Meine Damen und Herren, die Ausländerfrage ist auch eine deutsche Frage, eine Inländerfrage. Wie wir mit Minderheiten umgehen, ist Gradmesser unserer Humanität. Das Grundgesetz, dessen vierzigsten Geburtstag wir in diesen Tagen feiern, beginnt mit dem Satz — Frau Noack hat ihn zitiert —: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“! Heinrich

(A) Albertz hat am Montag im Rathaus in einer Veranstaltung hervorgehoben, daß es heißt „die Würde des Menschen“, nicht etwa einschränkend die Würde des Deutschen!

Wir wissen alle, daß Menschlichkeit nicht teilbar ist. Wer sich um die Fernsten nicht kümmert, der kümmert sich auch nicht um die Nächsten. Wem das Schicksal der Flüchtlinge gleichgültig ist, dem sind auch die Notleidenden aus der deutschen Nachbarschaft gleichgültig. Keine Partei hat die Menschlichkeit gepachtet. Ich halte es deshalb für besonders wichtig, daß die demokratischen Parteien, auch wenn es politische Differenzen gibt, in den Kernantworten auf die anstehenden Probleme nach Gemeinsamkeiten suchen.

(Beifall bei der SPD)

Denn es genügt nicht, so notwendig dies auch ist, die Ausländer rechtlich zu schützen. Den Reformen von oben muß die Solidarität von unten entsprechen.

(Beifall bei der SPD)

Zum Recht muß die Toleranz kommen, der Respekt vor dem Menschen. Respekt und Toleranz kann man aber nicht verordnen. Man muß diese Tugenden vorleben, muß zu ihnen erziehen, muß sie ermöglichen und fördern. Wir alle, meine Damen und Herren, sind aufgefordert, verantwortlich zu handeln und zu leben!

(B)

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident v. d. Schulenburg:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Tiefenbach.

**Abg. Tiefenbach (DIE GRÜNEN):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister Wedemeier, ich kann ohne Zweifel großen Teilen von dem, was Sie hier vorgetragen haben, durchaus zustimmen. Die Differenz geht hier sicherlich nicht in erster Linie zwischen SPD und GRÜNEN, sondern, ich glaube, sie geht zwischen SPD und GRÜNEN auf der einen Seite und CDU und weiter rechts stehenden Parteien auf der anderen Seite. Ich möchte aber doch, trotz der Zustimmung, insbesondere zu den Teilen Asyl, zwei kleine Anmerkungen zu dem machen, was zum Beispiel die Gebührenfreiheit betrifft bei Einbürgerung.

Ich finde gut, daß das in Bremen jetzt passieren soll; ich bin überrascht. Wir hatten eine Kleine Anfrage dazu vor einem halben Jahr gestellt. Damals antwortete uns der Senat, das wäre eine Maßnahme, die gar keinen Sinn hätte. Die Höhe der Gebühren hätte keinen Einfluß auf die Zahl der Einbürgerungen. Gut, hier hat es einen Lernprozeß gegeben, uns kommt es auf die Sache an.

Ich bin froh darüber, auch was das Wahlrecht für Ausländer betrifft. Ich bin froh, daß auch Sie der Meinung sind, daß ein Kommunalwahlrecht für Ausländer notwendig ist. Es stellt sich allerdings schon

die Frage, warum hier in Bremen doch sehr halbherzig darangegangen wird. Ich will jetzt nicht im Detail darauf eingehen. Wir werden auf der nächsten Sitzung ausführlich über das Beirätewahlrecht diskutieren. Aber bei Ihrer Argumentation stellt sich schon die Frage, warum nicht für die Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven beispielsweise das Kommunalwahlrecht dann auch eingeführt wird,

(C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

denn Sie haben selbst gesagt, dieses Beirätewahlrecht sei ein erster kleiner Schritt hin zum kommunalen Wahlrecht. Er ist gut, aber unzulänglich.

Ich möchte noch einmal kurz auf unser Verhältnis zu den Aussiedlern eingehen. Es sollte nicht der Eindruck entstehen, als ob wir hier Asylbewerber gegen Aussiedler ausspielen wollten. Das ist nicht der Fall. Unsere Haltung zu den Aussiedlern unterscheidet sich eigentlich kaum von dem, was Sie hier vorgetragen haben, Herr Dr. Pawlik,

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

wenn Sie sagen, es sei positiv, aus demographischen Gründen zum Beispiel, daß durch Aussiedler der Rückgang der hier lebenden Bevölkerung zum Teil ausgeglichen werde, es sei positiv, daß eine Vermischung mit anderen Kulturen stattfinde, haben Sie gesagt. Sie haben von einer Bereicherung für die Wirtschaft gesprochen. Das kann ich alles unterschreiben, es erinnert mich sehr stark an die Argumentation, die wir sonst immer in bezug auf die Ausländer vorgetragen haben, und ich verstehe eigentlich nicht, daß Sie einseitig diese Vorteile nur bei den Aussiedlern sehen. Ich sehe sie da auch, aber ich sehe sie genauso gut bei dem Zuzug von Ausländern.

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Zur Frage der hier geduldeten, abgelehnten Asylbewerber! Es erscheint erst einmal tatsächlich als eine große Ungerechtigkeit: Da stellt jemand einen Asylantrag, der wird abgelehnt, also ist es juristisch nicht gerechtfertigt, daß er hierbleibt, trotzdem werden diese Asylsuchenden in großer Zahl hier geduldet.

Herr Bürgermeister Wedemeier hat schon gesagt, die Hälfte dieser Leute, die deswegen hier geduldet würden, seien abgelehnte Asylbewerber aus dem Ostblock. Daß die hier sind, geht unmittelbar auf die Politik der CDU-Innenminister zurück, die bis vor einigen Jahren grundsätzlich immer gesagt haben, wenn jemand aus dem Ostblock komme und hier einen Asylantrag stelle, dann solle er hierbleiben, egal ob er abgelehnt werde oder nicht. Das betrifft die Hälfte dieser Asylsuchenden.

Dann haben Sie gesagt, Herr Dr. Pawlik, ja, wenn jemand gefoltert worden sei und der Asylantrag trotzdem abgelehnt werde, dann sei doch klar, daß er nicht abgeschoben werden solle in sein Folterland.

(A) So habe ich Sie zumindest hier verstanden. Damit geben Sie schon einmal zu, daß das Asylrecht in dieser Form offensichtlich unzulänglich ist, daß Leute, die wegen Folter hierherkommen, nicht unter das Asylrecht fallen.

Faktisch ist es aber eben nicht so, daß es eine Selbstverständlichkeit ist, daß solche abgelehnten Asylbewerber hier geduldet werden. Um ein Beispiel zu nennen: die Volksgruppe der Kurden beispielsweise, die meines Erachtens im Moment die am stärksten bedrohte Volksgruppe ist. Wenn man ein bißchen aufmerksam die Zeitung liest, sieht man, was sich im Irak abspielt. Die abgelehnten Asylbewerber dieser Volksgruppe werden nur im Land Bremen geduldet, Asylbewerber, die von Bremen in andere Bundesländer weitergegeben werden, werden von diesen anderen Bundesländern nach wie vor abgeschoben. Also das, was Sie hier als eine Selbstverständlichkeit dargestellt haben, entspricht in keiner Weise der Praxis der anderen CDU-regierten Bundesländer.

Ein letztes Wort noch einmal zum Wahlrecht: Ich bin darauf, wie gesagt, jetzt nicht ausdrücklich eingegangen, weil wir das auf der nächsten Sitzung länger diskutieren werden, aber ich denke, die Position der CDU zum Wahlrecht für Ausländer wird zunehmend kompliziert und unhaltbar. Sie haben sich auch hier wieder ausdrücklich gegen ein Kommunalwahlrecht für Ausländer ausgesprochen. Das widerspricht schon in gewisser Weise Ihrem eigenen Antrag, in dem Sie sich sehr verschlüsselt dann doch dafür aussprechen, daß zumindest den EG-Ausländern ein Kommunalwahlrecht nach und nach zugestanden werden sollte.

(B) Ihre zentrale Argumentation gegen das Kommunalwahlrecht war immer eine juristische. Sie haben immer mit dem Grundgesetz argumentiert, und das gilt natürlich genauso für EG-Ausländer als auch für nicht EG-Ausländer. Diese Argumentation ist gar nicht mehr haltbar. Auch vom Inhaltlichen scheint es mir ganz problematisch, die größte Gruppe der hier lebenden Ausländer, die türkischen Ausländer, vom Wahlrecht auszuschließen, obwohl sie sehr lange hier leben —

(Glocke)

ja, ich komme zum Ende! —, und statt dessen nur EG-Ausländern das Wahlrecht zugestehen! Es ist nicht ganz erklärbar, warum beispielsweise Griechen wählen sollen, Türken aber nicht wählen sollen; warum irgendwann einmal Spanier wählen sollen, Marokkaner nicht wählen sollen. Das ist, glaube ich, schwer nachvollziehbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Pawlik.

**Abg. Dr. Pawlik (CDU):** Es ist kaum möglich, meine Damen und Herren, Herr Präsident, jetzt auf die

(C) Dinge, die angesprochen worden sind, im einzelnen einzugehen, dennoch, einige Punkte möchte ich aufgreifen:

Das erste, Aussiedler: Ich habe nicht gesagt, daß Aussiedler deswegen in einer besonderen Position seien, weil wir hier eine Vermischung mit Menschen aus anderen Kulturen positiv zu bewerten haben, genau das Gegenteil ist der Fall! Bei den Aussiedlern handelt es sich um Deutsche, und sie kommen aus unserem Kulturkreis.

(Abg. **Tiefenbach** [DIE GRÜNEN]: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Das müßten Sie sich einmal vor Augen führen, und Sie merken es, wenn Sie mit den Menschen sprechen, und ich kann Ihren Ausführungen nur folgendes entnehmen, daß Sie sich mit Aussiedlern bisher vielleicht zuwenig befaßt haben und mehr mit Asylanten.

Meine Damen und Herren, der zweite Punkt, Wahlrecht! Sie haben es angesprochen, Herr Tiefenbach, es wird hier in Bremen eine gewisse Augenscheu betrieben. Das Beiratswahlrecht ist ja nicht einmal ein kommunales Wahlrecht.

(Bürgermeister **Wedemeyer**: Das sagen Sie aber!)

(D) Das sagen Sie selbst nicht! Sie selbst sagen ausdrücklich, es sei kein kommunales Wahlrecht, sondern nur das Wahlrecht zu Verwaltungsausschüssen, auf einer wesentlich niedrigeren Stufe als das kommunale Wahlrecht. Damit reden Sie sich ja gerade heraus, und ich kann Herrn Tiefenbach nur voll beipflichten, warum führt denn die Bremerhavener SPD, die es könnte, das für die Stadtverordnetenversammlung nicht ein?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP — Abg. **Frau Grotheer-Hüneke** [SPD]: Stützen Sie das denn?)

Meine Damen und Herren, es ist eine völlig andere Angelegenheit, wenn im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft mit einer europäischen Verfassung ein gemeinsames Wahlrecht eingeführt wird. Das ist eine Sache, die wir im Rahmen der europäischen Einigung begrüßen und befürworten, aber das kann nur das Ziel, nicht die Voraussetzung sein.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, und ein Weiteres! Ich sagte in meinen ersten Ausführungen bereits, das Wahlrecht sei kein Mittel der Integration, sondern die Folge der Integration. Es muß erst die Integration geschehen, die Menschen werden deutsche Staatsbürger, und dann haben sie das Wahlrecht, denn Wahlrecht ist ein Staatsbürgerrecht und kein Menschenrecht!

(A) Grundgesetz, damit da kein falscher Eindruck entsteht, Grundgesetzänderung, meine Damen und Herren, oder -ergänzung müßte man besser sagen, wie sie von uns erwogen wird, bedeutet überhaupt nicht die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl.

(Beifall bei der CDU)

Dazu stehen wir voll und ganz, daß es dabei bleibt. Wer uns in die Schuhe schieben will, wir wollten das Asylrecht als Grundrecht abschaffen, der verfälscht unsere Aussagen!

Meine Damen und Herren, bei der FDP muß ich noch einmal zu Herrn van Nispen kommen mit der Doppelstaatsangehörigkeit. Herr van Nispen, ich habe für die CDU-Fraktion gesagt, dazu stehen wir, daß eine Doppelstaatsangehörigkeit für uns grundsätzlich nicht in Betracht komme, und Sie sind Jurist genauso wie ich, „grundsätzlich“ bedeutet, daß es eben bestimmte Ausnahmen gibt, und so steht es in dem Koalitionspapier.

Sie haben, was eigentlich Ihrer sonstigen Handhabung nicht entspricht, den entsprechenden Passus nicht wörtlich zitiert. Da heißt es nämlich: „Eine Doppelstaatsangehörigkeit wird hingenommen, wenn der Ausländer aus objektiven Gründen seine bisherige Staatsangehörigkeit nicht oder nur unter schikanösen, besonders schwierigen Bedingungen aufgeben kann.“

(B) (Abg. v. Nispen [FDP]: Weiter! — Bürgermeister Wedemeier: Keine zweite Halbwahrheit!)

Dann wird das auf einer Seite aufgeschlüsselt, welches diese Punkte sind, wann nämlich schikanöse Bedingungen vorliegen.

Das haben wir doch zum Teil im Ostblock, wenn es sich meintwegen um rumänische Staatsangehörige handelt, die aus ihrem Land hinausgejagt werden und man sie zum Teil als Staatenlose behandelt, aber auf der anderen Seite, wenn es dann hart auf hart geht, es auf einmal heißt, sie seien noch rumänische Staatsangehörige.

(Glocke)

Dann müssen sie Tausende bezahlen, wenn überhaupt eine Entlassung erlaubt wird.

(Beifall bei der CDU)

Diese Fälle sind gemeint, meine Damen und Herren, und da ist Ihr FDP-Sprecher mit von der Partie gewesen.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete van Nispen.

(C) Abg. v. Nispen (FDP): Herr Präsident, um gleich mit dem letzten anzufangen: Ich werde hier jetzt nicht noch die weiteren Passagen vorlesen.

(Abg. Dr. Pawlik [CDU]: Das würde zu lange dauern!)

Es würde auch höchstwahrscheinlich von der Öffentlichkeit nicht weiter verstanden werden. Ich möchte nur noch einmal zu Frau Noack sagen, Ihren Ergänzungsantrag, Frau Noack, übernehmen wir, ich hatte gemeint, das vorhin schon deutlich gemacht zu haben.

Sie haben die Formulierung „Mißbrauch“ des Asylrechts kritisiert. Wir hatten formuliert: „der Mißbrauch des politischen Asyls aus ökonomischen Gründen bei steigenden Asylbewerberzahlen“. Man kann jetzt natürlich noch lange über diesen Begriff Mißbrauch nachdenken, aber man kann sicherlich den Fakt nicht bestreiten, daß es zwischen bestimmten Ländern und unserem Land ein massives Wohlstandsgefälle gibt, das Menschen veranlaßt, aus ökonomischen Gründen in unser Land zu kommen.

Nunmehr werden die Menschen aus primär juristischen Gründen auf die Schiene gedrängt, politisches Asyl zu beantragen. Dafür ist aber dieses Grundrecht nach Artikel 16 nicht geschaffen worden,

(Abg. Jäger [FDP]: Auch nicht für Schlepperorganisationen!)

(D) sondern dafür, daß jemand aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen verfolgt wird. Diesen Sachverhalt umschreiben wir mit Mißbrauch des politischen Asyls aus ökonomischen Gründen. Man hätte auch formulieren können Inanspruchnahme. Wir haben ja dazu eine Lösung aufgezeigt. Ich finde, wir sollten hier nicht in gegenseitige Polemik ausarten.

Herr Bürgermeister, zum Kommunalwahlrecht für Ausländer! Sie haben sich in gewisser Weise schon korrigiert. Die FDP hat da zum Wahlrecht ganz klar Position bezogen.

(Abg. Isola [SPD]: Welche?)

Herr Isola, Sie sollten das nun eigentlich aus der Innendeputation wissen, offenbar waren Sie nicht dabei! Dann sage ich es noch einmal, damit Sie es auch mitbekommen: Wir haben uns klipp und klar für das Wahlrecht der Ausländer auf Beiratsebene ausgesprochen. Haben Sie den Gesetzentwurf nicht gelesen?

(Beifall bei der FDP — Zuruf des Abg. Isola [SPD] — Glocke)

Wenn Sie jetzt sagen, das sei eigentlich gar kein Kommunalwahlrecht, dann sage ich Ihnen: Lesen Sie einmal die Programmatik der FDP auf Bundesebene! Vor kurzem hat sich die FDP klar ausgesprochen für ein Kommunalwahlrecht für EG-Ausländer, und ich

(A) sage Ihnen, wer sich hier hinstellt und sagt, Kommunalwahlrecht für Ausländer auch in der Umsetzung — ich komme sofort zum Schluß, Herr Präsident — der Vorstellungen der EG, der muß natürlich den Mitbürgern in dieser Stadt und in diesem Land auch sagen, welche rechtlichen und verfassungsrechtlichen Schwierigkeiten das mit sich bringen wird, wenn man einmal die Beiratsebene verlassen will!

Möglicherweise müssen Sie nämlich die Bremische Landesverfassung ändern, möglicherweise müssen Sie auch, wenn Sie vermeiden wollen, daß Sie elf widersprüchliche Entscheidungen in den Bundesländern, in unserem föderalen Staat, bekommen, das Grundgesetz ändern. Ich finde, das gehört auch zur politischen Ehrlichkeit, daß man sich nicht einfach hier hinstellt und allgemeine Deklamationen abgibt, sondern daß man dem Bürger auch sagt, vor welchen Problemen wir dann stehen! Wir bekennen uns dazu, aber wir sagen auch, wir haben da massive, in der Verfassung begründete Probleme, und die wollen wir lösen!

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung.

(B) Ich rufe zuerst den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN mit der Drucksachen-Nummer 12/452 auf.

Wer dem Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN, Drucksache 12/452, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür DIE GRÜNEN)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU und FDP)

Stimmenthaltungen?

(SPD)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nunmehr lasse ich über den Antrag der Fraktion der SPD mit der Drucksachen-Nummer 12/509 abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion der SPD mit der Drucksachen-Nummer 12/509 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und DIE GRÜNEN)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU)

Stimmenthaltungen?

(FDP)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt diesem Antrag zu.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 12/516.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 12/516 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, DIE GRÜNEN und FDP)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, dieser Antrag wird abgelehnt.

Nunmehr lasse ich über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP mit der Drucksachen-Nummer 12/525 abstimmen. Hier ist beantragt worden, daß im letzten Absatz der Ziffer 1 eingefügt werden soll: „auf der Basis der Genfer Flüchtlingskonvention zu schaffen ist“. Dies ist vom Antragsteller übernommen, so daß eine Änderung nicht zu erfolgen brauchte.

Wer den ersten drei Absätzen der Ziffer 1 des Antrags der FDP seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, DIE GRÜNEN und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU)

Stimmenthaltungen?

Diese drei Absätze der Ziffer 1 sind damit angenommen mit der Ergänzung, die der Antragsteller übernommen hat.

Wer dem Rest des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und DIE GRÜNEN)

Stimmenthaltungen?

Der Rest des Antrags ist abgelehnt. Damit hat der Antrag, Drucksache 12/525, von der FDP-Fraktion Annahme gefunden im Parlament in der Form der drei ersten Absätze der Ziffer 1, der Rest ist abgelehnt.

Damit wäre dieser Komplex erledigt.

(C)

(D)

**(A) Leitlinien für die Entwicklung des Einzelhandels in Bremen**

Antrag der Fraktion der SPD  
vom 8. Mai 1989  
(Drucksache 12/527)

Wir verbinden hiermit:

**Leitlinien für die zukünftige Entwicklung des Einzelhandels in der Stadt Bremen bis zum Jahr 2000**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 17. April 1989  
(Drucksache 12/510)

**Leitlinien für die zukünftige Entwicklung des Einzelhandels der Stadt Bremen bis zum Jahr 2000**

Antrag der Fraktion der FDP  
vom 9. Mai 1989  
(Drucksache 12/532)

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erster hat das Wort der Abgeordnete Schmurr.

Abg. **Schmurr** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit Jahren verzeichnen wir im Einzelhandel einen geradezu riesigen Umstrukturierungs- und Rationalisierungsprozeß. Der Einzelhandel hat durch neuartige Verkaufs- und Angebotsmethoden auf die größere Mobilität der Verbraucher reagiert, man spricht vom sogenannten Kofferraum-Einkauf. Konkret hat eine Untersuchung in Bremen ergeben, daß 75 Prozent der Haushalte ihren großen Vorratsbedarf in Verbrauchermärkten decken. So sind in allen Städten, vor allen Dingen aber im Umland der Städte, riesige Verbrauchermärkte und Einkaufszentren entstanden.

**(B)** Auch Bremen ist von dieser Entwicklung, wie wir wissen, nicht verschont geblieben. Zu Lasten der Innenstadt und der Nebenzentren entstanden insbesondere im Umland riesige Märkte. Ich erwähne hier nur die Firma Dodenhof, die mittlerweile sogar einen eigenen Autobahnanschluß bekommen hat, damit die Käuferströme verkehrlich reguliert werden können. Trotz gleicher Einwohnerzahlen in Bremen ist im Umland die doppelte Geschäftsflächenzahl im Vergleich zu Bremen entstanden, eine Entwicklung, die uns sehr zu denken geben sollte! Auf der Strecke geblieben sind die sogenannten Tante-Emma-Läden. Von 1500 Läden in Bremen vor 30 Jahren sind noch ganze 200 übriggeblieben, wie wir kürzlich in der Zeitung lesen konnten, wodurch natürlich ein großes Problem für die Nahversorgung und für die Versorgung der weniger mobilen, insbesondere unserer älteren Mitbürger entstanden ist.

Die Parlamente und Regierungen haben nun nicht tatenlos zugesehen, sondern haben mit unzulänglichen Mitteln, nämlich mit dem Bundesbaugesetz, versucht, diese Entwicklung zu steuern, und ich glaube, daß sie insgesamt gesehen damit nicht sehr erfolgreich gewesen sind. Auch hier in Bremen hat

es diverse Bemühungen gegeben. Ich erinnere an den einstimmigen Beschluß dieses Parlaments vom März 1976, als es drei gleichlautende Anträge der Fraktionen der SPD, CDU und FDP gegeben hat! Ein Vierteljahr später hat der Senat Leitlinien zur Behandlung großflächiger Einzelhandelseinrichtungen erlassen, und 1977 wurde dann der Versuch gemacht, mit dem Umland zu einem gemeinsamen Handeln zu kommen.

Die Bemühungen hier in Bremen hatten durchaus Erfolg, wie ich finde. Manche Fehlentwicklung wurde verhindert, andere Entwicklungen wie Weserpark sind politisch gewollt, zum Teil als Abwehr gegen die Dinge, die sich im Umland von Bremen getan haben.

Trotz des Sterbens der kleinen Läden hat die Geschäftsfläche, wie in der Einzelhandelskonzeption von 1976 prognostiziert, in Bremen zugenommen, jährlich etwa um rund 20 000 Quadratmeter, das heißt von 1975 bis 1985 um insgesamt 255 000 Quadratmeter. Aber trotz dieses Zuwachses, meine Damen und Herren, haben wir in Bremen, und das zeigen die Leitlinien sehr deutlich auf, eine sehr negative Entwicklung. Wir verzeichnen Umsatzverluste, Arbeitsplatzverluste und insbesondere Kaufkraftverluste an das Umland und einen starken Abfall zur Bundesentwicklung.

Besonders gravierend ist für Bremen die mangelnde Einzelhandelszentralität, das ist die Kennziffer für den Umsatz pro Einwohner im Verhältnis zu seiner Kaufkraft. Diese betrug in Bremen in 1986 117,5, und zwar mit fallender Tendenz, in Delmenhorst immerhin schon 119,9, in Bremerhaven 127,7, in Hannover 140 und in Oldenburg, wo sich ja einiges getan hat in den letzten Jahren, stolze 148,4. Wir haben ja in Bremen das große Problem zu verzeichnen, daß es der Kaufkraft egal ist, wo sie abgeschöpft wird, ob hier in Bremen oder im Umland, und der Verbraucher legt auch ein sehr schizophres Verhalten an den Tag: Auf der einen Seite kauft er billig ein in Läden mit sehr karger Ausstattung, und auf der anderen Seite wünscht er den Erlebniseinkauf, den er insbesondere hier in der Innenstadt finden möchte und oft, das muß man sehr offen sagen, nicht findet.

Die Frage ist, meine Damen und Herren: Soll diese Negativentwicklung so weitergehen, wollen wir weiter einen Verlust der oberzentralen Funktion Bremens hinnehmen? Die Leitlinien sagen dazu eindeutig nein, und auch die privaten und öffentlichen Investitionen, insbesondere hier in der Innenstadt, weisen darauf hin, daß man sich mit der Entwicklung nicht zufriedengibt. So hat denn auch der Einzelhandel im letzten Jahr eine durchaus positive Entwicklung zu verzeichnen.

Die Leitlinien setzen auf Zuwachs, und zwar möchte man in dem Umfang, wie in den letzten Jahren geschehen, die Geschäftsflächen ausweiten, also 20 000 Quadratmeter pro Jahr, wobei ich hier in Klammern anmerken möchte, daß es in Hamburg pro

**(C)****(D)**

(A) Jahr zehnmal soviel sind, obwohl die Stadt nur dreimal so groß ist wie Bremen. Außerdem sind in den Leitlinien eine Reihe von begrüßenswerten Maßnahmen vorgeschlagen. Ich weise darauf hin, daß es sich zunächst nur um Leitlinien handelt, die der Wirtschaftsdeputation vorgelegt worden sind.

Hier ein Wort zum FDP-Antrag, meine Damen und Herren! Über die Leitlinien wird seit Januar hier in Bremen diskutiert, in der Wirtschaftsdeputation, in den Kammern, in den Wirtschaftsförderungsausschüssen. Wir lassen uns hier nicht verarschen, daß wir sie nicht zur Kenntnis nehmen, insofern lehnen wir den FDP-Antrag ab!

Aber aus diesen Leitlinien, meine Damen und Herren, muß noch ein Konzept entwickelt werden. Im SPD-Antrag und in dem davon abbeschriebenen CDU-Antrag gibt es dazu eine Reihe von Anregungen. Nun, meine Damen und Herren, es gibt in diesen Leitlinien eine Zahl, nämlich einen erwünschten Geschäftsflächenzuwachs von 338 000 Quadratmetern, das ist natürlich oberflächlich betrachtet eine Totschlägerzahl, das ist durchaus zuzugeben. Wir haben deshalb in Ziffer 2 unseres Antrags, der bereits in den Wirtschaftsförderungsausschüssen beschlossen wurde, eine Reihe von Fragen gestellt. Insbesondere haben wir gefordert, daß Standorte benannt werden hier in der Innenstadt und in den Nebenzentren, wo denn nun diese weiteren Geschäftsflächen entstehen sollen.

(B) Wir sind der Meinung, daß diese Zahlen dann auch mit den Beiräten abgestimmt werden müssen. Vor allen Dingen sind wir der Auffassung, daß die genannten Ziele auf ihre Realisierbarkeit hin überprüft werden müssen. Es gibt also, meine Damen und Herren, ein vorsichtiges Ja der SPD-Fraktion zu diesen Leitlinien, allerdings muß eine Reihe von Voraussetzungen geschaffen werden. Wir sind der Auffassung, daß die Kaufkraft in Bremen bleiben sollte und möglichst zusätzliche hinzukommen soll. Die Bedingung ist allerdings, daß die Stadt bei dieser Entwicklung nicht kaputtgemacht werden darf, die Lebensqualität muß erhalten bleiben. Das Stichwort heißt Verkehrsprobleme.

Vorgestern haben wir in der Stadtbürgerschaft ja sehr heftig darüber diskutiert. Ich bin mit Herrn Senator Kunick einer Auffassung, wir werden nicht zu einer autogerechten Stadt kommen. Aber wir sollten uns auch nicht der Illusion hingeben, daß es die ÖPNV-gerechte Stadt gibt, sondern wir werden sicherlich zu Kompromissen kommen, über die wir noch sehr heftig diskutieren werden. Aber, meine Damen und Herren, wir müssen uns eben entscheiden, ob wir mit dem Pkw sozusagen in die Verkaufsläden und Kaufhäuser fahren wollen, mit all den damit verbundenen Unannehmlichkeiten, oder ob wir eine Stadt wollen mit Aufenthaltsqualität ohne Autoabgase und ohne Autolärm!

(Beifall bei der SPD)

Ich bin mir nicht sicher, wir werden sicherlich zur Zeit nicht beschließen, daß die Innenstadt gesperrt wird, so wie es Frankfurt vorhat. Aber wir sollten, bevor es zum Kollaps kommt, entsprechende Maßnahmen ergreifen, damit dieser nicht eintritt. Herr Kunick hat in der Stadtbürgerschaft verschiedene Lösungen angedeutet: Schaffung eines Ringes von Park-and-ride-Plätzen und Hochgaragen um die Innenstadt herum und ein attraktiver ÖPNV, und wir müssen in dem Zusammenhang, wie ich finde, auch über die Unterpflaster-Straßenbahn von der St.-Jürgen-Straße bis „Bamberger“ wieder erneut nachdenken. Vielleicht erleben wir es ja noch, ich sage das einmal sehr provozierend, daß wir in der Innenstadt Garagen schließen, „Katharina“ und „Mitte“, um dafür dringend benötigte I-a-Lagen zu schaffen. Aber ich glaube, daß zur Zeit die Diskussion darüber nicht spruchreif ist, wir erleben das ja in Frankfurt.

(Abg. Klein [CDU]: Sie haben wohl Alpträume, Herr Kollege!)

Die Innenstadt sollte aber nicht nur durch entsprechende Verkehrsmaßnahmen attraktiv gemacht werden, sondern die Stichworte lauten Hebung des Ambiente durch mehr Qualität im Angebot, kein Hochklappen der Bürgersteige nach 19 Uhr, also die Frage: Wie bekommen wir abends Leben in die Innenstadt, ohne die Ladenschlußzeiten zu verändern? Wir müssen das Martiniquartier weiterentwickeln. Es muß eine Verbindung zum Teerhof geschaffen werden durch eine Fußgängerbrücke über die Weser, und vor allen Dingen muß die Faulenstraße weiterentwickelt werden.

Wir müssen aber auch ein Konzept entwickeln für die Nebenzentren, was im übrigen nicht nur eine staatliche Aufgabe ist. Ich glaube, daß das Überleben des kleinteiligen Einzelhandels nur in der Kooperation mit anderen liegt. Die Stichworte lauten hier Werbegemeinschaften, Einkaufszentren des Fach-einzelhandels und so weiter.

Ich bitte zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des CDU-Antrags um getrennte Abstimmung der Ziffer 1 und Abstimmung über den Rest. Der Ziffer 1 werden wir natürlich nicht zustimmen, wie Sie sich vorstellen können.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir sollten bis Ende dieses Jahres über all diese Fragen, die ich hier gestellt habe, Genaueres wissen und dann zu Entscheidungen kommen. Dazu gehören dann auch Entscheidungen zu den Verkehrsproblemen aller Himmelsrichtungen dieser Stadt, das heißt also im Osten, im Süden, im Westen und im Norden. Das wird uns noch sehr beschäftigen. Eine Untersuchung der „Wirtschaftswoche“ hat ja kürzlich ergeben, daß sich die Bremer in ihrer Stadt wohlfühlen. Entscheiden wir so, daß dies so bleibt! — Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Schrörs.

(C)

(D)

(A) Abg. **Dr. Schrörs** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Anlaß für diese Debatte ist die Vorlage eines Entwurfs von Leitlinien für die zukünftige Entwicklung des Einzelhandels in der Stadt Bremen bis zum Jahr 2000. Nach der vollmundigen Erklärung von Herrn Senator Beckmeyer: „Wir wollen den Einzelhandel auf Trab bringen“, sehen wir uns doch einmal kurz gemeinsam an, wie sich die Lage durch jahrzehntelange sozialdemokratische Regierung hier in Bremen im Bereich des Einzelhandels entwickelt hat!

In einem durchgeführten Vergleich der bisherigen Entwicklung des stadt Bremischen Einzelhandels mit vergleichbaren Großstädten ergibt sich durchweg eine ungünstigere Entwicklung. Dafür werden die bremische Wachstumsschwäche, der Einwohnerverlust, der Verlust an Zentralität als ursächlich angesehen. Ausdruck findet diese Entwicklung in den Zahlen von Umsatz, Beschäftigten, Geschäftsflächenproduktivität und Zentralität.

Zu den einzelnen Punkten! Umsatz: Der Einzelhandelsumsatz stieg in Bremen zwischen 1967 und 1984 real nur um 20 Prozent. Das ist ein Drittel des Zuwachses im Bundesgebiet. Von 1978 bis 1984 gab es real sogar einen Rückgang um acht Prozent. Neben der Wachstumsschwäche hat vor allem ein erheblicher Zentralitätsverlust zu dieser Entwicklung beigetragen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist ein Teil angeblich erfolgreicher SPD-Politik!

(B) Beschäftigte: Zwischen 1968 und 1985 gingen 4500 beziehungsweise 16 Prozent der Arbeitsplätze verloren. Dieser Rückgang wäre noch stärker ausgefallen, wenn nicht zugleich der Anteil der Teilzeitbeschäftigten von 19 Prozent 1968 auf heute etwa 35 Prozent angestiegen wäre. Damit ergibt sich auf Basis von umgerechneten Vollzeitarbeitsplätzen in Bremen ein Beschäftigungsrückgang von 23 Prozent, das ist dreimal soviel wie im Bundesgebiet. Dies ist die angeblich so erfolgreiche Bremer Wirtschaftspolitik!

Der Zuwachs an Geschäftsfläche im Einzelhandel hat sich in der Folgezeit von 1985 verlangsamt, deutlich auf 19 300 Quadratmeter jährlich, so daß nur ein durchschnittlicher jährlicher Zuwachs von 28 500 Quadratmetern erreicht wurde. Bundesweit sind wesentlich mehr Geschäftsflächen entstanden. Auch hier hat sich der bremische Anteil deutlich verringert: angeblich erfolgreiche SPD-Politik!

Produktivität: Die Bremer Geschäftsflächenproduktivität lag 1984 bei rund 3500 DM, die vergleichbarer Großstädte bei 4300 DM. Auch dies ein Zeichen erfolgreicher SPD-Politik?

Zentralität: Mit Bremen vergleichbare Städte wie Hannover und Nürnberg liegen im Bereich der Zentralität zehn bis 20 Prozentpunkte über dem Wert von Bremen. Auch hier ein Ausdruck erfolgreicher SPD-Politik?

(C) Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies ist eine Bankrotterklärung des Senats im Bereich des Einzelhandels!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Leitlinien für die Entwicklung des Einzelhandels sollen eine verlässliche Entscheidungshilfe sein. Die Unternehmen sollen durch die Vorlage eines solchen Datenkranzes ermutigt werden, die von ihnen, nämlich den Unternehmen, eingeleiteten positiven Schritte zur Steigerung der Attraktivität konsequent fortzuführen. Insofern reichen auch die Absichtserklärungen des Senats in den Leitlinien bei weitem nicht aus. Ich will im einzelnen unseren Antrag hier nicht verlesen. Im übrigen, Herr Kollege Schmurr, wenn Sie sagen, daß wir den Antrag von Ihnen abgeschrieben hätten, dann müßten Sie ja auch die Nummer eins unseres Antrags übernehmen!

(Beifall bei der CDU — Abg. Gassdorf [CDU]; Richtig!)

Da Sie unseren Antrag genauer gelesen haben, und deswegen wollen Sie ihm ja auch zustimmen, haben Sie festgestellt, daß einige Punkte darin sind, die in Ihrem Antrag nicht enthalten sind.

(Abg. Schmurr [SPD]; Ein Punkt!)

(D) Ich komme gleich noch darauf!

Nun zu unserem Antrag! Wir fordern, daß die Einzelhandelsleitlinien zu überarbeiten sind. Sie sind in vielen Bereichen zu konkretisieren und zu ergänzen. Es bedarf einer Aktualisierung der Prognose des zusätzlichen Bedarfs an Geschäftsflächen. Wir fordern eine Differenzierung des zusätzlichen Geschäftsflächenbedarfs nach periodischen und aperiodischen Einzelhandelsbereichen sowie nach großflächigen und herkömmlichen Vertriebsformen.

(Zuruf)

Fast das gleiche, aber nicht das gleiche! Wir erwarten die Aufstellung von Rahmeneckdaten für den zusätzlichen Geschäftsflächenbedarf in Stadtbereichen und die Angabe möglicher neuer Standorte. Wir fordern die Überprüfung der aufgestellten Ziele hinsichtlich ihrer Realisierbarkeit. Darüber hinaus fordern wir ein Bündel flankierender Maßnahmen. Der Bremer Innenstadt fehlen weiterhin Einkaufsatmosphäre und Erlebniswert.

(Beifall bei der CDU)

Es fehlen bis heute eine vorausschauende Stadtplanung, die Einrichtung einer großzügigen Fußgängerzone mit einer sinnvoll angegliederten Ordnung des ruhenden Verkehrs und der zugleich erforderlichen Zuwegungen. Es sind I-a-Geschäftslagen nicht in so

(A) großem Umfang bereitgestellt worden, daß es nur zu einer vergleichbar moderaten Mietpreisentwicklung gekommen ist. Nur durch vorausschauende Planungen kann eine Vielzahl von Fach- und Spezialgeschäften gehalten werden, die zum großen Teil den Erlebniswert und die Einkaufsatmosphäre ausmacht. Bremens Innenstadtbild wird weitgehend von Filialbetrieben geprägt, dies beeinträchtigt die Individualität des Einkaufsgeschehens.

(Abg. Dittbrenner [SPD]: Das ist Sache der Stadt, nicht? — Vizepräsident v. d. Schulenburg übernimmt den Vorsitz.)

Ja, es ist Aufgabe der Stadt, mehr I-a-Lagen zu schaffen, und das ist versäumt worden, Herr Dittbrenner!

(Abg. Dittbrenner [SPD]: Sagen Sie doch einmal etwas zur Großen Hundestraße! Sagen Sie einmal etwas zu Herrn Karstadt!)

Ein weiterer entscheidender Ansatz ist die Marketingpolitik. Für die Gesamtheit der kooperativen Maßnahmen und Aktionen zur Stärkung der Standortqualität der Innenstädte stehen nach englischem Vorbild die Begriffe Stadtmarketing und Citymarkt-Management. In Großbritannien wurde die Idee des modernen Stadtmarketing geboren und erfolgreich praktiziert. Zahlreiche Beispiele aus kleinen, mittleren und großen Städten in der Bundesrepublik belegen indessen, daß das Konzept auch bei uns erfolgreich sein kann. Stadtmarketing ist nichts anderes als eine Strategie zur Produktdifferenzierung durch Qualitätssteigerung und/oder verbesserte Ausstattung mit dem Ziel, in den subjektiven Vorstellungen der Bewohner und potentiellen Besucher die Wertigkeit der Stadt anzureichern.

Stadtmarketing ist deshalb darauf gerichtet, der City durch Profilierung und Individualisierung den Charakter von Einzigartigkeit und Unverwechselbarkeit zu verschaffen. Hat eine Stadt dieses Konzept, so wird sie nicht versuchen, die Aktionen anderer Städte zu kopieren. Deshalb ist es auch keineswegs schädlich, wenn alle Kommunen eines Raumes gleichzeitig ein effizientes Stadtmarketing betreiben. Die positiven Effekte würden sich nicht gegenseitig aufheben, der Besucheraustausch zwischen den Kommunen würde größer.

Die Attraktivitätspotentiale stecken in der jeweiligen Ausprägung der Angebote in den Bereichen Arbeiten und Wohnen, Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, Kunst und Unterhaltung, Bildung, Kommunikation sowie Freizeiterleben. Wir fordern die Einleitung einer gezielten Stadtmarketingpolitik mit Image und Aufenthaltsqualität verbessernden Inhalten!

(Beifall bei der CDU)

Wir fordern die Vorlage eines Konzepts, welches auch aufzeigt, in welchen Bereichen neue Bebau-

ungspläne aufgestellt werden sollen, und wir fordern die Aufnahme von Verhandlungen im Planungsrat der Gemeinsamen Landesplanung und mit den Umlandgemeinden!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Handelskammer erklärt in ihrer Stellungnahme: „Sie stellen aber“ — nämlich die Leitlinien oder der Entwurf der Leitlinien — „in ihrer Gesamtheit noch kein Konzept dar, welches die Konkurrenzfähigkeit Bremens gegenüber den Städten im Umland merklich erhöhen könnte.“

Wenn nicht endlich mit den vollmundigen Erklärungen des Senats Schluß gemacht wird und statt dessen lieber gehandelt wird, drohen weitere nachhaltige Konsequenzen durch eine Verschärfung des Verdrängungswettbewerbs, unkontrollierbar zunehmende weitere Verkehrsprobleme und dadurch ein weiterer Niedergang gerade der Betriebe, die in der Stadt imagebildend wirken sollen.

Abschließend zu unserem Abstimmungsverhalten! Zum FDP-Antrag habe ich dem, was Herr Schmurr gesagt hat, nichts hinzuzufügen. Wir werden diesen Antrag auch ablehnen.

(Abg. Schmurr [SPD]: Was, unseren Antrag ablehnen?)

Nein, den FDP-Antrag!

Zu dem Antrag der SPD: Wir haben eine schreibmaschinengeschriebene Neufassung vorliegen. Es ist eine Änderung des ursprünglichen SPD-Antrags. Überschrift: „Achtung, geänderte Fassung!“

(Abg. Dittbrenner [SPD]: Damit man es merkt! — Glocke)

Ich komme sofort zum Ende! Die geänderte Fassung unterscheidet sich lediglich dadurch, daß der Begriff „SPD-Fraktion“ gegen den Begriff „Bürgerschaft (Landtag)“ ausgetauscht ist.

(Abg. Frau Uhl [SPD]: Richtig!)

Die Tatsache, daß auf der zweiten Seite des Änderungsantrags erneut der Begriff „SPD-Fraktion“ stehengeblieben ist und erst nachträglich übertuscht und durch „Bürgerschaft (Landtag)“ ersetzt wurde, zeigt, welches Selbstverständnis diese SPD-Fraktion besitzt. Aber das nur nebenbei! Wir werden dem Antrag der SPD nicht zustimmen, weil wir der Auffassung sind, daß unser Antrag umfassender, genauer und damit besser ist.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident v. d. Schulenburg:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Ziegler.

Abg. Ziegler (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Kollegen von CDU und SPD, ich

(C)

(D)

(A) behaupte, Sie wissen überhaupt nicht, was Sie hier zur Kenntnis nehmen sollen,

(Abg. Klein [CDU]: Nicht so selbstgerecht, Herr Kollege! — Abg. Frau Uhl [SPD]: Das ist aber hart!)

auch wenn meine beiden Vorredner nun in aller Breite versucht haben, Ihnen den Inhalt der Leitlinien darzubringen mit vielen Zahlen versehen, behaupte ich, das ersetzt noch lange keine Senatsmitteilung.

(Beifall bei der FDP — Abg. Gassdorf [CDU]: Aber jetzt kommt es!)

Die Leitlinien, über die hier diskutiert werden soll, sind, und das ist zutreffend bemerkt worden, in der Deputation besprochen worden, diskutiert worden.

(Abg. Dr. Schrörs [CDU]: Nein, der Entwurf ist diskutiert worden!)

Ja, noch nicht einmal das Endergebnis liegt vor!

(Abg. Klein [CDU]: Das ist ja nicht nötig! Sie wollen ja das Ergebnis beeinflussen! — Abg. Dr. Schrörs [CDU]: Deswegen steht ja auf dem Antrag auch Entwurf! — Abg. Klein [CDU]: Deswegen ist es ein Entwurf!)

(B)

Herr Klein und Herr Dr. Schrörs, ich komme darauf noch zu sprechen!

Der Entwurf, um das zu präzisieren, ist in der Deputation vorgelegt und besprochen worden. Aber dieses Themenpaket ist weder im Senat bisher behandelt worden, noch gibt es, ich wiederhole mich, bis heute eine Senatsmitteilung. SPD und CDU fordern hier also zur Kenntnisnahme auf, was offiziell noch nicht existent ist. In diesem Zusammenhang weise ich natürlich den Kraftausdruck meines Kollegen Schmurr, den er über unseren Antrag geäußert hat, zurück, es zeigt uns nur, daß wir wohl offensichtlich mit unserem Antrag ins Schwarze getroffen haben.

(Beifall bei der FDP)

Zum Inhalt der Leitlinien! Diese Leitlinien teilen sich in zwei Bereiche: Zum einen ist es die erschreckende Bestandsaufnahme der Vergangenheit — hier kann ich nur dem zustimmen, was die CDU Ihnen eben vorgetragen hat —, es ist ein erschreckendes Ergebnis, was hier aufgezeigt worden ist, und dokumentiert die Untätigkeit der vergangenen Jahre. Dies ist nun auch nachlesbar geworden.

Im Teil zwei allerdings wird versucht, Ihnen eine Zukunftsvision, eine Projektion vorzulegen, aufzuzeigen, die im Endstadium im Jahre 2000 zu 1 300 neuen Arbeitsplätzen im Einzelhandel führen soll und zu einem Geschäftsflächenwachstum, welches per anno zwischen 21 000 und 33 000 Quadratmeter

liegen soll. Die Stellungnahme der Verbände zu diesen Leitlinien war überwiegend positiv, diese sind auch von uns überwiegend positiv beurteilt worden. Das haben wir in der Deputation entsprechend zum Ausdruck gebracht. Aber, und das ist der Knackpunkt, es fehlen vielfach noch die inhaltlichen Konkretisierungen, die inhaltlichen Ausfüllungen, wie die Leitlinien nun umgesetzt werden sollen, was nun eigentlich passieren soll. Das heißt, die Schulaufgaben, die aus diesen Leitlinien resultieren, müssen noch gemacht werden.

(Beifall bei der FDP)

Nun zum Inhalt der Anträge von CDU und SPD, die — Herr Schmurr hat schon darauf hingewiesen — fast hätten fotokopiert sein können, denn die Unterschiede sind marginal! Sie fordern im Endeffekt das, was die Deputation in ihrer, ich glaube, März-Sitzung bereits beschlossen hat. Ich darf zitieren aus den Beschlüßvorlagen der Deputation, worin unter anderem steht, ich zitiere sinngemäß, Herr Präsident:

Ein Innenstadtkonzept muß selbstverständlich städtebauliche und verkehrsinfrastrukturelle Maßnahmen berücksichtigen. Vegesack ist explizit angesprochen, die Attraktivitätssteigerung dieses Zentralbereichs ist gefordert. Es ist beschlossen worden, daß Bebauungspläne und Überplanungen geschehen müssen und dergleichen mehr. Auch der Planungsrat der Gemeinsamen Landesplanung ist angesprochen worden.

Nun frage ich mich: Was sollen denn diese beiden Anträge hier, wenn die Arbeitsaufträge an die entsprechenden Senatsressorts, es sind ja mehrere davon betroffen, bereits erteilt worden sind?

(Beifall bei der FDP)

Wie notwendig das ist, hat die Ansiedlung des neuen Spielwarenmarktes Toys R Us sehr klar gezeigt. Das heißt, wir sind durchaus in zeitlicher Bedrängnis. Aber diese Anträge, die unserer Ansicht nach Schauanträge sind und uns hier dringend benötigte Zeit stehlen, lehnen wir ab!

(Beifall bei der FDP)

Ich bin sehr gespannt, was Senator Beckmeyer gleich sagen wird, wie er diese beiden Anträge kommentieren wird.

(Abg. Welke [FDP]: Den SPD-Antrag muß er ja gut finden!)

Ich stimme Ihnen zu, Herr Welke, ich danke für den Zwischenruf! Aber er kann eigentlich nur unserem Antrag zustimmen, denn wir wollen, daß, wenn hier etwas zur Kenntnis genommen wird, es erst vorgelegt werden muß in Form einer Senatsvorlage. Die gibt es noch nicht.

Zu unserem Antrag: Die Bürgerschaft fordert auf, die Beschlüsse der Deputation zügig umzusetzen,

(C)

(D)

(A) und wenn dann ein Gesamtkonzept vorliegt, in das diese Forderungen, die wir in der Deputation beschlossen haben, eingeflossen sind, dann, bitte schön, möchten wir in diesem Haus darüber diskutieren, und dann werden wir auch detailliert Stellung nehmen! — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident v. d. Schulenburg:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Tiefenbach.

Abg. **Tiefenbach** (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch wenn der Antrag der FDP in den ersten beiden Absätzen unbestreitbar viel Wahres enthält, werden wir alle drei Anträge ablehnen, weil alle drei Anträge darauf hinauslaufen, Verbesserungen an den vorliegenden Leitlinien, die wir vom Grundansatz so nicht richtig finden, zu fordern.

Das will ich erläutern. Wir hatten in den vergangenen Jahren in Bremen von 1968 bis 1979 eine sehr starke Erweiterung der Geschäftsflächen um 34 000 Quadratmeter pro Jahr. Dann ging das etwas zurück auf durchschnittlich 18 000 Quadratmeter. Jetzt soll wieder hochgedreht werden auf zirka 21 000 Quadratmeter pro Jahr Zuwachs. In der Innenstadt sah das so aus, daß in den letzten Jahren die Geschäftsflächen nicht mehr gewachsen, sondern sogar etwas zurückgegangen sind. Jetzt sollen 70 000 Quadratmeter Geschäftsfläche hinzukommen, also eine Erweiterung der Geschäftsflächen in der Innenstadt um ein knappes Viertel.

(B) Wir halten das für eine Fehlentwicklung. Es wurde hier sowohl von Herrn Schmurr als auch von Herrn Schrörs kritisiert: Die Innenstadt habe keinen Erlebniswert, sagte Herr Dr. Schrörs; Herr Schmurr sagte, abends sei kein Leben in der Innenstadt. Vollkommen richtig! Wir sind auch unzufrieden mit der Situation der Innenstadt, aber wir sind nicht der Meinung, daß sich da etwas verbessern wird, wenn man nun noch weitere Geschäfte ansiedelt. Zu glauben, sie hätte plötzlich Erlebniswert oder Einzigartigkeit, wenn man besonders exquisite Läden herhole, das scheint mir ein gewisser Ausdruck von Phantasielosigkeit zu sein! Unserer Meinung nach müßte die Innenstadt wieder Kommunikations- und Kulturzentrum werden. Es müßten auch mehr Wohnungen da sein, aber nicht mehr Geschäfte.

Ich möchte doch noch einmal etwas grundsätzlicher auf dieses Thema eingehen, auch wenn ich mir vielleicht den Vorwurf einer gewissen Naivität dabei einhandle. Aber ist es wirklich ein Problem in Bremen, daß wir hier zu wenig Einkaufsfläche hätten? Ich denke, die Versorgung der Bevölkerung mit allen möglichen und unmöglichen Waren ist eigentlich mehr als sichergestellt, so ziemlich jeder Gegenstand kann in den verschiedensten Ausfertigungen in Bremen gekauft werden. Man kann auch nicht davon ausgehen, daß wegen eines Wachstums der Bevölkerung mehr Geschäfte angesiedelt werden müß-

(C) ten, im Gegenteil, die Leitlinien gehen von einem Rückgang der Bevölkerung auf 463 000 aus.

Ich denke, man kann auch nicht davon ausgehen, daß in Zukunft so viel mehr konsumiert werden wird. Wir haben eine anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, ich sehe eigentlich nicht realistisch bei Fortführung der jetzigen Politik, wie die zurückgehen soll. Es gibt bei den Arbeitenden eine gewisse Umorientierung, was die Bedürfnisstruktur anbelangt, Freizeit, Urlaub und so weiter bekommen mehr Bedeutung, auch die Gewerkschaften fordern verstärkt Arbeitszeitverkürzung statt Erhöhung der Löhne.

Wenn diese Entwicklung dauerhaft ist, was ich hoffe, und wir schätzen dies auch positiv ein, dann lassen sich ganz andere Schlußfolgerungen für eine Stadtentwicklung daraus ziehen als ein weiteres Aufdrehen bei den Geschäftsflächen. Deswegen geben die Leitlinien ja auch als wirkliches Ziel nicht etwa die bessere Versorgung der Bremer Bevölkerung an, sondern als Ziel wird eindeutig die Stärkung der Wirtschaftskraft der Stadt, indem man zusätzliche Käufer aus dem Umland wieder nach Bremen ziehen soll, genannt.

(D) Jetzt beschreibt die Handelskammer in ihrer Stellungnahme zu den Leitlinien sehr deutlich, warum in letzter Zeit weniger Leute aus dem Umland in Bremen einkaufen. Sie sagt, Gemeinden im Umland wie Achim, Syke und so weiter haben jetzt selbst etwas attraktivere Innenstädte. Die haben Einkaufszonen eingerichtet, die Bevölkerung dieser Städte kann also sehr gut auch da einkaufen. Die Frage stellt sich jetzt, wie man das bewertet. Aus der Perspektive eines Bremer Kaufmanns ist das natürlich eindeutig negativ zu bewerten, das sehe ich auch.

Der Kaufmann wird versuchen, diese abgegangenen Käufer wieder nach Bremen zurückzulocken, das ist sein gutes Recht, das ist verständlich. Aber ich bin der Meinung, die Politik einer Landesregierung kann diese Kaufmannsperspektive nicht einfach schlicht übernehmen und sich zum Akquisitionshelfen für die Wirtschaft machen, denn sobald man etwas übergeordnete Blickwinkel einmal einschaltet dabei, dann stellt sich das als eine sehr kurzfristige Politik heraus.

Wenn man beispielsweise als übergeordneten Gesichtspunkt einmal die Perspektive des Verkehrspolitikers einnimmt, dann ist es doch uneingeschränkt positiv, wenn Leute möglichst viel da einkaufen, wo sie auch wohnen, denn das bedeutet weniger Verkehr, bedeutet weniger Straßen, weniger Staus mit all den negativen Folgen, die der Verkehr mit sich bringt. Ich will jetzt gar nicht bestreiten, daß natürlich eine Stadt wie Bremen immer eine gewisse oberzentrale Bedeutung behalten wird. Es wird immer für die Einwohner kleinerer Gemeinden attraktiver sein, einmal in eine größere Stadt zu fahren, um da einzukaufen, wie wir ja auch gern einmal nach Hamburg fahren, wenn wir einen richtigen Stadtbummel machen wollen.

(Heiterkeit)

(A) Die oberzentrale Bedeutung Bremens oder der Zentralitätsfaktor beträgt zur Zeit 117 Prozent, und der wird natürlich immer etwas über 100 Prozent bleiben. Dagegen haben wir auch gar nichts, aber jetzt, wie in den Leitlinien argumentiert wird, vorzugehen und zu sagen, in Hannover liegt er aber bei 122 Prozent, das müssen wir auch erreichen, also setzen wir jetzt alles Mögliche daran, die Käufer aus den kleinen Gemeinden im Umland wieder nach Bremen zu ziehen, das ist eine Politik, die ich für ziemlich kurzsichtig halte.

Wir können auf dem Titelblatt des aktuellen „Bremen-Magazins“ sehen, wie der Verkehrssenator, Herr Kunick, sich mit glücklichem Lächeln aus einer Reihe von Modellautos unter Mißachtung eines Alfa Romeo, eines Mercedes gerade den Nahverkehrsbus herausgreift. Er will damit betonen, wie er den Nahverkehr jetzt fördern will, und er verspricht dann im Inneren des Magazins auch einen Rückgang beim Autoverkehr. Er zielt ab auf eine autofreie Innenstadt. Da glaube ich allerdings, Herr Schmurr, hier muß man sich entscheiden!

Es scheint mir in der Tat ziemlich unwahrscheinlich, daß Käufer aus Delmenhorst mit dem Rad oder aus Syke mit der Straßenbahn nach Bremen kommen zum Einkaufen. Ich glaube auch eigentlich nicht, daß die Kunden aus Achim den bei Karstadt gekauften Fernseher dann zum Bahnhof tragen werden, um mit dem Zug zurückzufahren.

(B) (Abg. G a s s d o r f [CDU]: Das ist ja auch kein Nahverkehr mehr!)

Eben! Wenn man öffentlichen Nahverkehr will, dann muß man sich meines Erachtens für Einkaufen in der Nähe des Wohnortes aussprechen, aber wenn man Leute nach Bremen ziehen will, dann hat das nach meiner Meinung unweigerlich mehr Autoverkehr zur Folge.

(Abg. K l e i n [CDU]: Sie sagen es!)

Dementsprechend sind die Richtlinien ja auch relativ eindeutig. Es werden da zwar gewisse Maßnahmen für Radfahrer und Fußgänger gefordert, aber gleichzeitig steht darin eindeutig: Neubau von Parkhäusern, Parkleitsystem, verbesserte Führung des Individualverkehrs. Die Handelskammer kritisiert in ihrer Stellungnahme auch, meines Erachtens durchaus mit einer gewissen Logik, daß der Verkehrsfrage zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Hier sagt die Handelskammer, ich zitiere das einmal:

„Der durch die vorgesehene Kapazitätserweiterung angestrebte Mehrumsatz kann seiner Natur nach im wesentlichen nur mit Pkw-Kunden erzielt werden. Schließlich soll die Innenstadt in erster Linie Kaufkraftbindung aus der Region zurückgewinnen. Ganz überwiegend ist dieser Bereich aus der Region nur mit dem Pkw zu erreichen.“

Ich finde, man muß sich hier wirklich entscheiden, ob man für mehr öffentlichen Nahverkehr ist oder

(C) für mehr Pkw-Verkehr. Es scheint mir unmöglich zu sein, das Ziel, Kunden aus dem Umland nach Bremen zu ziehen, zu kombinieren mit einer Forderung nach weniger Pkw-Verkehr und mehr öffentlichen Nahverkehr, solange es nicht eine Revolution im Nahverkehrssystem gibt, wovon ich aber im Moment nichts merke. Vielleicht kann man sich bei der Stadt Lübeck ein paar Anregungen holen, aber in Bremen sehe ich da überhaupt keine Anstrengungen bislang.

Ich bin der Meinung, wenn man für eine Verminderung des Verkehrs und für die autofreie Innenstadt ist, dann sollte man ein Einzelhandelskonzept entwickeln, das — im Gegensatz zum jetzt vorliegenden — das Einkaufen im Nahbereich, möglichst nah bei der eigenen Wohnung, fördert und dementsprechend in diesen Bereichen mehr Geschäftsflächen vorsieht, anstatt eine weitere Zentralisierung zu fordern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident v. d. Schulenburg:** Als nächster hat das Wort Herr Senator Beckmeyer.

**Senator für Wirtschaft, Technologie und Außenhandel Beckmeyer:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich darf davon ausgehen, daß die an der Thematik interessierten Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft sich über die ausführliche Beratung der vom Senator für Wirtschaft, Technologie und Außenhandel gemeinsam mit dem Stadtentwicklungsressort in der Deputation am 15. Februar vorgelegten Leitlinien bis zum Jahre 2000 informiert haben. Die Wirtschaftsförderungsausschüsse haben sich mit der Thematik erneut am 5. April dieses Jahres befaßt und auch der Bereitstellung von Planungsmitteln zugestimmt.

(D) Entsprechend den bisherigen Beratungsergebnissen findet zur Zeit eine weitere Überarbeitung der Leitlinien in dem Sinne statt, daß erstens die Flächenprognose der aktuellen Entwicklung angepaßt wird, zweitens die Obergrenzen für die Verteilung des im Zeitraum von 1989 bis 2000 noch erforderlichen Geschäftsfächenzuwachses auf Stadtbereiche bestimmt werden und daß mögliche neue Standorte für Geschäftsfächen vor allem in der Innenstadt und in Vegesack benannt werden, daß quantitative Aussagen über die Aufstellung nach großflächigen und herkömmlichen Vertriebsformen in die Leitlinien eingearbeitet werden.

Zur Zeit gehe ich davon aus, daß sich die Bürgerschaft bereits in ihrer nächsten Sitzung mit der dem bisherigen Beratungsergebnis entsprechenden Neufassung der Leitlinien befassen kann. Wir werden also, was senatsseitig zu leisten ist, auf den Weg bringen, so daß nach unserer Auffassung und nach meiner Auffassung die Bürgerschaft sich in der nächsten Juni-Sitzung damit beschäftigen kann. Ich will deshalb heute einer dann in diesem Haus zu führenden inhaltlichen Diskussion nicht weiter vorgreifen, sondern mich auf einige wenige Feststellungen zum In-

(A) halt der Leitlinien sowie zu den Ergebnissen aus der bisherigen Diskussion beschränken.

Zunächst möchte ich betonen, daß die Leitlinien in ihrem Kern eine Konkretisierung des Wirtschaftsstrukturpolitischen Aktionsprogramms für den Einzelhandel der Stadt Bremen darstellen. Die Zielsetzung des Wirtschaftsstrukturpolitischen Aktionsprogramms, wonach wir versuchen, zur Erreichung unserer auch arbeitsmarktpolitischen Ziele auf möglichst vielen Feldern Anschluß an die wirtschaftliche Entwicklung im Bundesgebiet zu finden, wiederzugewinnen, hat selbstverständlich auch konkrete Auswirkungen auf den Bereich des Einzelhandels. Die Leitlinien enthalten deshalb die Zielsetzung, daß der Umsatz im stadtbremischen Einzelhandel im Zeitraum 1985 bis 2000 um real 25 Prozent ansteigt, auch die Beschäftigtenzahl in diesem Zeitraum um 1 300 auf 21 500 Vollzeitbeschäftigte beziehungsweise um 2 300 auf 26 900 Beschäftigte inklusive der Teilzeitbeschäftigten ansteigen soll.

Ich kann nur hoffen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß es uns gelingt, mit dem Erreichen dieser Ziele einer Entwicklung Einhalt zu gebieten, nach der etwa die Zahl der Beschäftigten im stadtbremischen Einzelhandel im Zeitraum 1968 bis 1985 um 23 Prozent beziehungsweise 6 000 Vollzeitarbeitsplätze zurückgegangen war. Es ist klar, daß wir zur Ermöglichung einer solchen Entwicklung dem stadtbremischen Einzelhandel auch räumliche Expansionsmöglichkeiten anbieten müssen.

(B) Insofern, Herr Tiefenbach, das Studieren dieser Einzelhandelsleitlinien ist Voraussetzung für eine sachgemäße Debatte. Es wird dort eindeutig abgeleitet, statistisch bewiesen, daß inzwischen in der Bundesrepublik bundesweit je Quadratmeter zunehmend weniger Ware umgeschlagen wird. Das hat Ursachen! Der Kunde will komfortabler, erlebnisreicher einkaufen. Man braucht zur Präsentation von Waren mehr Fläche. Die Leitlinien nennen in diesem Zusammenhang eine Ziffer von 338 000 Quadratmetern Geschäftsfläche. Die Diskussion der vergangenen Monate, meine Damen und Herren, ist von vielen leider einseitig unter dem Blickwinkel dieser Zahl geführt worden, wobei insofern auch große Mißverständnisse aufgetreten sind.

Ich will deshalb in diesem Zusammenhang noch einmal klarstellen, daß es sich um einen von der Natur der Sache her durchaus notwendigen Entwicklungsrahmen für einen Zeitraum von 16 Jahren handelt, also 338 000 Quadratmeter mehr Geschäftsfläche in 16 Jahren, um das auch noch einmal deutlich zu machen! Da es sich bei dieser Größenordnung um den räumlichen Entwicklungsrahmen für den gesamten stadtbremischen Einzelhandel handelt, geht es dabei durchaus nicht nur um großflächige Einzelhandelseinrichtungen.

In der aktualisierten Fassung der Leitlinien wird hierauf sehr deutlich hingewiesen werden. Insofern, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist aus der Diskussion der vergangenen Monate in der Deputa-

tion, in der Öffentlichkeit, im Wirtschaftsförderungsausschuß deutlich auch der Tatbestand hervorgetreten, daß man die mit den Leitlinien vorgelegte Konzeption für den Wirtschaftszweig Einzelhandel nicht isoliert von wichtigen weiteren Politikbereichen dieser Stadt sehen kann.

Ich nenne in diesem Zusammenhang vor allem auch die Stichworte, welche schon hier in der Debatte gefallen sind: Verkehrskonzeption und Innenstadtkonzeption. Sicherlich wäre es zu begrüßen, wenn für alle diese Bereiche bereits fertige Konzepte vorgestellt werden könnten. Daß dies nicht der Fall ist, darf allerdings auch nicht dazu führen, daß ein bereits vorliegendes, in sich beurteilungsfähiges Teilkonzept verworfen wird, wobei im vorliegenden Fall darauf hinzuweisen ist, daß die Einzelhandelsleitlinie ihrerseits eine wichtige Orientierungsgröße für die Entwicklung zum Beispiel des Verkehrskonzepts darstellt.

Insofern, meine sehr verehrten Damen und Herren, glaube ich, daß wir mit der beabsichtigten Vorlage einer Mitteilung des Senats unter aktualisiertem Stand 1989, Aufteilung auf klein- und großflächige Einzelhandelseinrichtungen, Obergrenzenverteilung auf die Stadtteile und so weiter, dann auch die laufenden Anstrengungen zur Erstellung einer Verkehrskonzeption bis zum Ende dieses Jahres unterstützen können.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch einen Dank sagen,

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

und zwar für die vielen konstruktiven Diskussionsbeiträge der vergangenen Monate aus den Kammern, aus dem politischen Raum! Ich glaube, daß wir alle gemeinsam diese aufnehmen werden und zu einer auch für die Stadtgemeinde Bremen tragfähigen, notwendigen Entwicklung im bremischen Einzelhandel kommen werden. — Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zuerst über den Antrag der Fraktion der SPD mit der Drucksachen-Nummer 12/527 — Neufassung — abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion der SPD mit der Drucksachen-Nummer 12/527 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, DIE GRÜNEN und FDP)

(C)

(D)

## (A) Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, dieser Antrag ist angenommen.

Nunmehr lasse ich über den Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 12/510 abstimmen. Hier ist beantragt worden, die Ziffer 1 gesondert abstimmen zu lassen und danach den Rest, das sind also die Ziffern 2 bis 4.

Wer der Ziffer 1 des Antrags der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 12/510 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, DIE GRÜNEN und FDP)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, Ziffer 1 ist abgelehnt.

Dann lasse ich über den Rest des Antrags abstimmen. Wer den Ziffern 2 bis 4 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und Teile der SPD)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen DIE GRÜNEN und FDP)

Stimmenthaltungen?

## (B) Dann sind die Ziffern 2 bis 4 angenommen, wobei ich davon ausgehe, daß wir es richtig numerieren werden, wir können nicht mit Ziffer 2 anfangen.

(Abg. Schurr [SPD]: Sollen wir einen Antrag stellen, Herr Präsident?)

Nein, wir sind flexibel, das machen wir so!

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der FDP mit der Drucksachen-Nummer 12/532. Wer dem Antrag der Fraktion der FDP mit der Drucksachen-Nummer 12/532 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und DIE GRÜNEN)

Stimmenthaltungen?

Dieser Antrag ist abgelehnt, klar abgelehnt, deutlich!

**Hungerstreik und Haftbedingungen**

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN  
vom 4. April 1989  
(Drucksache 12/491)

Wir verbinden hiermit:

**Hungerstreik und Haftbedingungen**

(C)

Antrag (Entschließung) der Fraktion der SPD  
vom 9. Mai 1989  
(Drucksache 12/528)

**Gemeinsamkeit der Demokraten gegen den Terrorismus**

Antrag der Fraktion der FDP  
vom 9. Mai 1989  
(Drucksache 12/529)

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Schumann.

Abg. Frau **Schumann** (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unser Antrag zum Hungerstreik und den Haftbedingungen der RAF-Gefangenen vollzieht parlamentarisch nach, was Bürgerrechtsgruppen seit langem tun, nämlich eine Verbesserung der Haftbedingungen aus Gründen der Humanität und der politischen Vernunft zu fordern. Die GRÜNEN stehen dabei in einem breiten Bündnis mit ÖTV-Richtern, dem Arbeitskreis sozialdemokratischer Juristen, der Humanistischen Union, dem Komitee für Grundrechte und Demokratie, Internationaler Liga für Menschenrechte, Jusos, Republikanischer Anwaltsverein und einer Vielzahl von Einzelpersonlichkeiten wie Heinrich Albertz, Dorothee Sölle und Mitgliedern der Familie von Braunnühl.

(D)

Die vorübergehende Aussetzung des Hungerstreiks von Christa Eckes und Karl-Heinz Dellwo sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Zeit nach wie vor drängt und die Situation sich jederzeit wieder zuspitzen kann. Rolf Heißler und Gabriele Rollnick sind heute den zweiundsiebzigsten Tag im Hungerstreik. Humanität und politische Vernunft gebieten es, den drohenden Hungertod durch eine Zusammenlegung der Gefangenen abzuwenden und damit die unübersehbaren Folgen, die der Tod eines oder einer Gefangenen nach sich ziehen könnte. Die Vorbereitung einer tragfähigen Konfliktlösung muß vorangetrieben werden. Dazu beizutragen bitten wir den Senat.

Wir sind uns wohl bewußt, daß hier die Rolle Bremens keine zentrale sein kann, aber zu glauben, wir seien nicht betroffen, weil in Bremen keine RAF-Gefangenen einsitzen, ist falsch. Die Konsequenzen einer Eskalation werden uns alle betreffen. An dem Schaden, den eine starre und unbewegliche Politik hier anrichten kann, werden wir alle zu tragen haben, gerade auch ein Bundesland wie Bremen, das sich einer liberalen Rechts- und Innenpolitik verpflichtet sieht.

Wir erwarten vom Senat, daß er offensiv für eine Zusammenlegung der Gefangenen eintritt, notfalls allein erst einmal in den sozialdemokratisch geführten Ländern, und daß er den Versuch unternimmt, die sture und rechthaberische Haltung einiger CDU-Länder und der Bundesregierung aufzubrechen. Hier

(A) sind im übrigen auch Sie, meine Damen und Herren von FDP und CDU, aufgerufen, bei Ihren Parteifreunden in Bund und Ländern mehr Flexibilität einzufordern.

Die RAF-Gefangenen haben zum ersten Mal Signale ausgesandt, die den Wunsch nach Gesprächen, nach Teilnahme am gesellschaftlichen Diskurs, nach kritischer Selbstverständigung andeuten. Wir sollten diese Signale ernst nehmen und der Gesprächsbereitschaft einen Raum verschaffen. Voraussetzung dafür ist eine Kommunikation ermöglichende Zusammenlegung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist hier nicht der Ort, um über Gruppengrößen zu streiten. Till Meyer, ehemaliges Mitglied der Bewegung 2. Juni und gefängnis erfahren, warnt vor zu kleinen Gruppen. Mit der Größe der Gruppe nimmt der Gruppendruck ab, die Meinungen werden vielfältiger, der Spielraum für freien Meinungsaustausch und damit selbstkritische Auseinandersetzungen wächst. Wer ernsthaft einen Prozeß der Differenzierung und Herauslösung aus der unseligen Politik des Terrorismus in Gang setzen möchte, darf den Gefangenen nicht durch unmenschliche Isolation jede Chance verbauen, sich den eigenen politischen Irrtümern zu stellen. Wer mit dem Rücken zur Wand steht, wird seine Sichtweise nicht ändern, sondern verhärtet.

(B) Die italienische Erfahrung mit den Roten Brigaden lehrt, daß kommunikativer Austausch drinnen und nach draußen weit mehr zur Beendigung des Terrorismus beigetragen hat als die von ungewöhnlicher Rachsucht und Gnadenlosigkeit geprägte Reaktion auf den Terrorismus in diesem Land. Die starrsinnige Unversöhnlichkeit der deutschen Reaktion von Justiz und Politik hat — sozusagen spiegelbildlich zur terroristischen Verbohrtheit — im Gegenteil die Spirale der Gewalt höhergeschraubt und damit erst die Rekrutierungsbasis für weiteren Terrorismus geschaffen.

Diese Einsicht teilt der Verfassungsschutz längst mit ehemaligen Terroristen. „Herr Rebmann“, so sagte einer von ihnen im „Spiegel“, „hat sich um den Fortbestand der RAF verdient gemacht. Ihm verdankt sie fast alle Neuzugänge, ohne ihn wäre die Existenz der Gruppe ernsthaft gefährdet.“ Wer sich dieser Erkenntnis verschließt, muß sich ernsthaft fragen lassen, ob ihm an einer Lösung des Terrorismusproblems wirklich liegt.

Die Rede von der Nichterpreßbarkeit des Staates ist dumm.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie offenbart eine eindimensionale, auf machtpolitische Kategorien verengte Logik, die für wirkliche Problemlösungen untauglich ist. Dieses für männliche Politik typisch krude Denken zeigt sich in seiner Selbstgerechtigkeit und Borniertheit unfähig

und auch unwillig, sich überhaupt in fremdes Fühlen (C) und Denken hineinzusetzen,

(Abg. G a s s d o r f [CDU]: Das soll man sich alles anhören!)

denn verstehendes Nachvollziehen des anderen und auch gegnerischen Standpunkts wird in diesem Denken fatalerweise als Schwäche gedeutet, deutsche Prinzipienreiterei hingegen als Stärke. Diesem Staat aber mangelt es gar nicht an Stärke, sondern an Souveränität, und zwar ganz entschieden! Die aber beißt sich nicht zuletzt auch daran, wie der Staat mit seinen schärfsten Gegnern umgeht.

Dieser Staat hat die RAF-Gefangenen Sonderhaftbedingungen unterworfen, die, so unterschiedlich sie derzeit im einzelnen auch sein mögen, jeder Rechtsgrundlage entbehren und dem Strafvollzugsgesetz hohnsprechen. Die wenigen Gefangenen, die in Kleinstgruppen bis zu drei Personen zusammengeschlossen sind, zumeist in Hochsicherheitstrakten, haben fast keine Kontaktmöglichkeiten zu den übrigen Gefangenen ihrer Vollzugsanstalt. Andere befinden sich seit Jahren in Einzelhaft. Da, wo Kontaktmöglichkeiten bestehen oder gar sogenannter Normalvollzug angeordnet wurde, erschweren enorme Sicherheitsvorkehrungen die Wahrnehmung von Kontakten. Alles wird überwacht, nicht nur minutiös der Briefverkehr, sondern jedes Gespräch mit Besuchern wird mitgehört und protokolliert, die Zellen werden alle paar Tage durchsucht und gefilzt, Mitgefängene ausgehört. (D)

Meine Damen und Herren, wer von uns würde sich wohl zumuten, nach jedem Kontakt zu anderen Gefangenen oder zu Besuchern sich nackt auszuziehen und bis in die intimsten Körperregionen hinein untersuchen zu lassen? Wer würde seinen Besuchern oder Mithäftlingen ähnliche Prozeduren zumuten wollen? Dies ist ein hoher Preis für menschliches Kontaktbedürfnis!

Hier von Selbstisolation zu reden, ist daher unredlich. Erst wo auf solche übertriebenen und schikanösen Sicherheitsmaßnahmen und die gezielte Bepitzelung durch Mitgefängene verzichtet wird, kann von Normalvollzug die Rede sein.

Wir wollen weder Privilegien noch einen Sonderstatus für die RAF-Gefangenen. Im Gegenteil, wir wollen, daß auf sie ebenso wie auf andere Gefangene das Strafvollzugsgesetz Anwendung findet. Ähnlich wie der Arbeitskreis sozialdemokratischer Juristen erklären die OTV-Richter, daß eine Haftunterbringung in größeren Gruppen rechtlich zulässig und zur Vermeidung einer Eskalation politisch sinnvoll sei. Gruppenvollzug stelle keine Privilegierung dar, sondern sei im Strafvollzugsgesetz ausdrücklich vorgesehen. Eine Zusammenlegung würde dem gesetzlichen Resozialisierungsgebot entsprechen, so sagen sie. Humanistische Union, Komitee für Grundrechte und andere fordern, ich zitiere, „für alle Gefangenen, also nicht nur für die RAF-Gefangenen, Haftbedingungen, die mit den Grundrechten und dem noch

(A) immer unerfüllten Strafvollzugsgesetz übereinstimmen.“

Resozialisierung kann nicht bedeuten, Gefangene mit Zwangsmitteln zum Grundgesetz zu bekehren, aber man gibt ihr eine Chance, wenn die Gefangenen der RAF sich miteinander auseinandersetzen können. Klaus Jünschke hat den Absprung geschafft, und wir sollten ernst nehmen, wenn er sagt, ich zitiere: „Ich sehe in der Isolationshaft nicht die Ursache für meine Trennung von der RAF, sondern im Gegenteil den Hauptgrund dafür, daß diese Trennung erst so spät erfolgte.“

Meine Damen und Herren, im Interesse von Humanität und politischer Vernunft bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

Zu unserem Abstimmungsverhalten! Wir werden den FDP-Antrag ablehnen, er trägt nichts zur Problemlösung bei und offenbart einen enttäuschenden Mangel an Liberalität. Den SPD-Antrag können wir mittragen, obwohl wir bedauern, daß hier der Senat aus der politischen Pflicht genommen wurde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Monnerjahn.

(B) **Abg. Dr. Monnerjahn (SPD):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Behandlung des Themas Hungerstreik und Haftbedingungen bedarf zweifellos einer besonderen Zurückhaltung, Sensibilität und eines besonderen Fingerspitzengefühls. Die Tatsache, daß in Bremen kein Gefangener aus dem RAF-Bereich eine Strafe verbüßt, mithin der bremische Strafvollzug nicht unmittelbar von der Problematik betroffen ist, legt uns Bremern darüber hinaus eine besondere Zurückhaltung bei der Behandlung dieser Thematik auf.

Ich meine, wir müssen uns davor hüten, aus der distanzierten Position des nicht unmittelbar Betroffenen an andere Bundesländer möglicherweise ungebetene gute Ratschläge zu erteilen. Die SPD-Fraktion hat sich deshalb entschlossen, Ihnen zur Beratung und Beschlußfassung nur einen kurzen Antrag vorzulegen, in dem wir unsere grundsätzliche Position zur Thematik festgeschrieben haben. Wir verkennen dabei selbstverständlich nicht, daß Hungerstreik und Haftbedingungen der RAF-Gefangenen ein Teil der gesellschaftlichen Realität der Bundesrepublik sind, der sich jede politische Partei stellen muß.

Gestatten Sie mir, die Position der SPD-Fraktion kurz zusammenfassend darzustellen! Für die RAF-Häftlinge gelten, wie für alle anderen Strafgefangenen auch, die Grundsätze des Strafvollzugsgesetzes. Das bedeutet, daß es einen Sonderstatus oder Sonderrechte für politisch motivierte Gewalttäter nicht gibt und nicht geben kann. Einen privilegierten Sonderstatus für diese Gruppe halten wir weder für richtig noch für wünschenswert, und zwar weder bei der

Anwendung der Strafgesetze noch bei der Durchführung des Strafvollzugs.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Ziel des Strafvollzugs ist ausschließlich die Resozialisierung des Täters. Der Gefangene soll befähigt werden, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen. Dieses Strafvollzugsziel gilt auch uneingeschränkt für die Gefangenen aus dem RAF-Bereich. Die Haftbedingungen sind deshalb grundsätzlich so zu gestalten, daß auch diesen Gefangenen ermöglicht wird, sich auf das künftige Leben in Freiheit vorzubereiten.

Paragraph 141 des Strafvollzugsgesetzes bestimmt bekanntlich, daß die Vollzugsanstalten eine, wörtlich, „auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Gefangenen abgestimmte Behandlung“ zu gewährleisten haben. Paragraph 143 Strafvollzugsgesetz schreibt hierzu ausdrücklich vor, daß die Gefangenen in überschaubare Betreuungs- und Behandlungsgruppen zusammengefaßt werden können. Diese Bestimmungen liegen dem Vorschlag der sozialdemokratisch regierten Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Berlin und Schleswig-Holstein zugrunde, dem Vorschlag, dem sich auch die übrigen drei nicht unmittelbar sozialdemokratisch regierten Länder und sogar zwei CDU-Länder in der Tendenz angeschlossen haben, zugrunde.

Der Vorschlag sieht vor, die RAF-Häftlinge in den Normalvollzug zu überführen, soweit das noch nicht geschehen ist, und sie in kleineren, überschaubaren Gruppen zusammenzufassen. Nordrhein-Westfalen hat bereits seit längerem von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, die RAF-Strafgefangenen in den Normalvollzug zu integrieren. Die Richtigkeit und Angemessenheit dieser Vollzugspraxis wird signifikant dadurch bestätigt, daß die RAF-Aussteigerquote gerade in Nordrhein-Westfalen am höchsten liegt.

(D)

Meine Damen und Herren, der Rechtsstaat zeichnet sich dadurch aus, daß er jedes politische Handeln innerhalb des gesetzlichen Rahmens den Prinzipien der Verhältnismäßigkeit und der Güterabwägung unterstellt.

(Beifall bei der SPD)

Diesen Prinzipien entspricht das von den SPD-regierten Ländern unterbreitete Angebot, die Gefangenen aus dem RAF-Bereich in mehreren Gruppen zusammenzulegen. Dieses Angebot rechtfertigt sich auch aus den Erfahrungen, die beispielsweise die italienische Justiz mit dem Vollzug an den Mitgliedern der sogenannten Roten Brigaden gemacht hat.

Schließlich meine Damen und Herren, tragen wir alle, soweit wir können, die Verantwortung, dabei mitzuwirken, daß sich jener schreckliche Kreis — Opfer von Menschenleben durch Gewalt, staatliche Reaktion und neue Gewalt — nicht wieder schließt.

(A) Es ist deshalb unser aller Aufgabe, so nüchtern und abgewogen wie möglich auf die Herausforderungen zu reagieren. Wir sollten jede Chance nutzen, unter Beachtung rechtsstaatlicher Grundsätze und des Prinzips der Verhältnismäßigkeit zur Deeskalation beizutragen. Es gilt dabei, die Gefahr für die Zerstörung sowohl des eigenen Lebens der Häftlinge als auch insbesondere des fremden Lebens durch eine neue Gewalteskalation zu verringern.

Meine Damen und Herren, die Anwendung dieser Grundsätze bedeutet keinesfalls einen Kniefall vor den Terroristen oder etwa die Akzeptanz von Ultimaten, sie bedeutet lediglich die Durchsetzung des Prinzips der Gleichbehandlung aller Gefangenen im Rahmen eines humanen und liberalen Strafvollzugs,

(Beifall bei der SPD)

allerdings unter strikter Beachtung von Bestimmungen des Strafvollzugsgesetzes, soweit nicht ohnehin unabwendbare sicherheitsrelevante Umstände im Einzelfall dem entgegenstehen.

Nun zu den Anträgen! Dem vorliegenden Antrag der FDP können wir zustimmen. Der Antrag ist praktisch inhaltlich identisch mit der von allen Fraktionen des nordrhein-westfälischen Landtages in der Vorwoche eingebrachten und verabschiedeten Entschließung. Wir unterstützen die in diesem Antrag dargelegte Position unserer politischen Freunde in Nordrhein-Westfalen, wobei, das möchte ich auch hier sagen, wir bei der einen oder anderen Formulierung selbstverständlich den Kompromißcharakter dieser Entschließung nicht übersehen dürfen.

(B)

(Abg. J ä g e r [FDP]: Wir auch nicht!)

Den von der Fraktion DIE GRÜNEN eingebrachten Antrag vermögen wir in der vorgelegten Form nicht zu unterstützen. Er nimmt im Ergebnis die Forderung der RAF-Gefangenen auf Zusammenlegung in Großgruppen auf.

(Abg. Frau S c h u m a n n [DIE GRÜNEN]:  
Das steht nicht darin!)

Eine solche Zusammenlegung ist nach unserer Auffassung weder rechtlich zulässig noch politisch akzeptabel, insbesondere jedoch als Einräumung eines einmaligen Sonderrechts nicht mit dem Gleichbehandlungsgrundsatz zu vereinbaren.

(Beifall bei der SPD und bei der FDP)

Deswegen können wir diesen Antrag nicht unterstützen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete van Nispen.

Abg. v. Nispen (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich stimme den einleitenden

Worten des Kollegen Monnerjahn zu. Wir haben es mit einem außerordentlich schwierigen und sensiblen Thema zu tun. Wir sind alle, die wir in der Bundesrepublik politische Verantwortung tragen, gut beraten, allergrößte Zurückhaltung zu üben; in Bremen allzumal, nicht nur, weil hier zum Glück keine entsprechenden Straftäter einsitzen und somit auch keine politisch-administrativen Verantwortlichkeiten bestehen, sondern weil es sich ganz generell um ein Thema handelt, für das diskrete und pragmatische Lösungen allemal besser sind als parteipolitische Schaukämpfe.

(C)

Wir müssen in dem Zusammenhang ein bißchen in die Vorgeschichte hineinschauen. Die Leute, die sich mit dem Thema befaßt haben, wissen, daß es in den Monaten Februar, März, April zum Teil sehr intensive Bemühungen in Abstimmung zwischen den verschiedenen Justizverwaltungen gegeben hat. Diese leisen Bemühungen sind dann durch den Vorstoß des neuen Regierungschefs in Berlin, Herrn Momper, torpediert worden, indem er vorschlug, daß nunmehr die Bundestagspräsidentin, Frau Süßmuth, sich einschalten müßte. Auf einmal ging es nur noch um die Grundsatzfrage, wie denn der Staat mit inhaftierten terroristischen Straftätern umzugehen habe.

In Bremen stellte sich diese Frage dann aufgrund des Antrags der GRÜNEN. Ich meine, die GRÜNEN wären gut beraten gewesen zu überlegen, ihren Antrag zurückzuziehen. Sie haben es nicht getan, deswegen sind wir gefordert.

Wir haben überlegt, wie wir auf diesen Antrag reagieren sollten. Wir haben zunächst einmal eine Lösung entwickelt, die, zumindest, was die Kürze angeht, dem entsprach, was die SPD hier vorgelegt hat. Wir haben dann aber erfahren, daß es im nordrhein-westfälischen Landtag eine gemeinsame Initiative von SPD, CDU und FDP gegeben hat, die dazu führte, daß diese drei Parteien sich auf einen gemeinsamen Antrag verständigten. Wir waren der Meinung, daß ein Parlament, das von diesen Problemen, wie ich schon gesagt habe, nicht unmittelbar betroffen ist, gut beraten wäre, auf die zu hören, die in ihrem eigenen Land mit diesen Problemen sehr konkret auf der administrativen Ebene und auf der politisch-parlamentarischen Ebene umzugehen haben.

(D)

(Beifall bei der FDP)

Das, meine Damen und Herren, war für uns das Motiv, diesen Antrag wortwörtlich zu übernehmen. Wir wollten damit auch der SPD und der CDU die Chance geben, sich hinter unseren Antrag, hinter den Antrag Nordrhein-Westfalens zu stellen.

(Abg. Klein [CDU]: Euer Gnaden sind heute sehr gnädig!)

Manch einer wird nun sagen, das Wort von der Gemeinsamkeit der Demokraten sei schon häufig strapaziert worden. Das mag richtig sein, und manchmal ist ja dieser Begriff auch lädiert worden, aber wenn

(A) es ein Thema gibt, meine Damen und Herren, bei dem es wirklich angebracht ist, sich auf Gemeinsamkeiten zu besinnen, dann ist es hier dieses Thema.

(Beifall bei der FDP)

Herr Monnerjahn hat für seine Partei noch einmal die Grundsatzposition dargestellt. Wir haben das mit diesem Antrag getan. Ich will es auch noch einmal mit meinen Worten ganz kurz sagen: Auch wir sind der Meinung, daß die Straftäter aus dem terroristischen Bereich keine politischen Gefangenen sind. Sie haben auch keinen Sonderstatus zu beanspruchen. Gleichwohl muß man natürlich konzedieren, daß es sich hier insgesamt um eine politische Frage handelt. Die Behandlung des Themas zwischen den Justizverwaltungen des Bundes und der Länder in den letzten Wochen und Monaten hat ja bewiesen, daß es eine politische Frage war und nach wie vor ist.

Frau Kollegin Schumann, die Art und Weise, wie die Verantwortlichen dieses Thema behandelt haben, rechtfertigt es meines Erachtens nicht, davon zu sprechen, so wie Sie es getan haben, daß es hier um deutsche Prinzipienreiterei gehen soll.

(Beifall bei der FDP)

Hier haben doch Leute aus ganz unterschiedlichen politischen Lagern sich unter Aufgabe eigener Positionen aufeinanderzubewegt. Ich verstehe überhaupt nicht, wie Sie sich in der Bremischen Bürgerschaft hinstellen und das negieren können.

(B)

(Beifall bei der FDP)

Ich finde das in der Tat unerhört, bei allem Verständnis für Sie persönlich!

Ich will auch nicht verhehlen, daß ich der Auffassung bin, daß der Eindruck, der in bestimmten Teilen der Bevölkerung entstanden ist, daß nämlich der Staat mit terroristischen Gewalttätern über die Haftbedingungen verhandele, außerordentlich problematisch ist. Ich persönlich bin davon überzeugt, daß das nur den Extremisten auf dem linken und rechten Rand dienen wird. Ich sage Ihnen voraus: In den nächsten Wochen und Monaten werden die Leute vom rechten Rand versuchen, diesen Staat wieder einmal damit zu desavouieren, daß sie sagen, hier gehe es um einen schlappen Staat, hier gehe es darum, daß dieser Staat mit solchen Straftätern verhandelt. Am anderen politischen Ufer, auf dem linken Spektrum, werden sich Leute nicht entblöden, die Formel zu wiederholen, wonach diese Straftäter eben politische Gefangene seien. Sie haben das dankenswerterweise, das will ich auch sagen, in Ihrem Antrag nicht getan.

Ich will drittens unsere Position so formulieren, daß wir ebenfalls der Meinung sind, daß auch für die Straftäter, um die es hier geht, nur das Strafvollzugsgesetz und seine Inhalte gelten können und sonst gar nichts und daß auch für diese Straftäter die rechts-

staatlichen Prinzipien von Gleichbehandlungsgebot und Resozialisierungschance zu gelten haben. (C)

(Abg. Klein [CDU]: Also ist es keine politische Frage!)

Einräumen, Frau Schumann, kann ich Ihnen nur eines, daß möglicherweise in anfänglichen Zeiten aus einer gewissen staatlichen Überreaktion in der einen Richtung zuviel des Guten getan wurde, aber Sie können doch nicht verleugnen, daß sich die Dinge gravierend verändert haben. In Ihrem Antrag, und das halte ich wirklich für skandalös, erwecken Sie den Eindruck, als gelten für diese Täter in allen Ländern die gleichen Haftbedingungen.

Schauen Sie einmal in Ihren Antrag! Sie erwecken in Ihrem Antrag den Eindruck, indem Sie nämlich formulieren, jetzt muß ich das aber doch einmal vorlesen: „Die Bürgerschaft appelliert an die Bundesregierung“ und so weiter, „die Haftbedingungen der Gefangenen aus der RAF und anderer,“ — wer ist das? — „die sich gegenwärtig in einem Hungerstreik befinden, grundlegend zu verbessern.“ Sie differenzieren nicht!

Jetzt darf ich Ihnen einmal vorhalten, was ein politisch verantwortlicher Justizminister aus unserem politischen Lager, Peter Caesar aus Rheinland-Pfalz, formuliert hat, und zwar unwidersprochen: „Die Haftbedingungen in den einzelnen Bundesländern sind nicht gleich. In einzelnen Bundesländern, wie Nordrhein-Westfalen, Bayern und auch Rheinland-Pfalz, sind diese Straftäter im Normalvollzug untergebracht. Das heißt, sie sind mit anderen Straftätern zusammen, können arbeiten, können Kontakte untereinander pflegen, können an Gemeinschaftsveranstaltungen teilnehmen, können am Umschluß teilnehmen, können am Hofgang teilnehmen, können Zeitungen und Zeitschriften bestellen, Bücher ausleihen, ein Radio benutzen und so weiter.“ Er fährt fort, und das ist auch unsere Position: „Ich sage klar und unmißverständlich, daß ich diese Art Normalvollzug für richtig halte.“

(Beifall bei der FDP)

Zu den Anträgen! Herr Monnerjahn, Sie haben vollkommen richtig erkannt, daß natürlich dieser Antrag, den wir übernommen haben, einen Kompromiß darstellt. Man hätte sich das eine oder andere sicherlich auch noch anders ausformuliert denken können, aber wir haben ja gerade um der Gemeinsamkeit willen diesen Antrag übernommen. Folglich müssen wir auch als FDP mit den Kompromißformeln darin leben.

Wenn ich das richtig interpretiere — und ich sage gleich, wir stimmen Ihrem Antrag auch zu —, unterscheiden wir uns eigentlich nur in einem, allerdings nicht unwesentlichen Punkt: Sie sprechen sich für eine generelle politische Lösung aus, das Schwerkgewicht in unserem Antrag liegt aber auf der individuellen, an den Strafvollzugsplänen orientierten Lö-

(D)

(A) sung. Unbeschadet dieser Unterschiede sage ich, wir stimmen Ihrem Antrag zu.

Dem Antrag der GRÜNEN können wir nicht zustimmen. Wir halten Ihren Antrag in der Tat, gelinde gesagt, für unseriös, und ich meine das auch im Hinblick auf einen zweiten Punkt. Frau Schumann, Sie sprechen im Absatz zwei und auch im Absatz drei von der Haft unter Bedingungen der Isolation. In einer anderen Umschreibung übernehmen Sie damit die Propagandaformel der RAF von der Isolationshaft in deutschen Gefängnissen. Das können wir nicht mittragen, weil wir es schlichtweg für falsch halten. — Ich bedanke mich!

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Teiser.

Abg. **Teiser** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich eine Vorbemerkung machen! Diejenigen, über die wir hier diskutieren, sind keine normalen Straftäter in dem Sinne, wie das allgemein in der Bevölkerung unter Straftätern verstanden wird, die wegen, ich sage einmal, „üblicher Delikte“ verurteilt worden sind, sondern hier handelt es sich um Schwerstkriminelle, um Brandstifter, um Erpresser, um Geiselnnehmer, um Mörder. Ich erinnere hier auch einmal, weil das hier völlig zu kurz gekommen ist, an die Opfer dieser Schwerstkriminellen; an den Generalbundesanwalt Buback, an den Justizhauptwachtmeister Wurster, an den Bankier Ponto, an Hanns-Martin Schleyer, an Polizeibeamte und an andere. Diesen Opfern, meine Damen und Herren, gehört unser Mitgefühl und ihren Angehörigen. Zu den Terroristen kann ich nur sagen, daß vor diesen die Bevölkerung geschützt werden muß.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage hier auch ganz deutlich, obwohl von den GRÜNEN gesagt worden ist, daß so etwas dumm sei: Verhandlungen mit verurteilten Straftätern kann und darf es nicht geben!

(Beifall bei der CDU)

Die Bundesrepublik Deutschland als freiheitlicher Rechtsstaat ist und wird nicht erpreßbar sein, zumindest nicht, solange die CDU in Bonn mitregiert.

(Beifall bei der CDU)

Auch nicht, und das sage ich auch deutlich, durch die Drohung weiterer Terroranschläge! Die Erfahrungen haben gezeigt, insbesondere die Lorenz-Entführung, daß es letztendlich keinen Sinn ergibt, auf Drohungen und Erpressungen von Kriminellen einzugehen.

Meine Damen und Herren, die CDU wird die hier vorliegenden Anträge ablehnen. Mit den Anträgen

der FDP und der SPD werde ich mich ganz zum Schluß kurz beschäftigen. Ich darf allerdings dazu sagen, daß es im Grunde genommen etwas merkwürdig anmutet, wenn hier ein Antrag der GRÜNEN seit sechs Wochen vorliegt, nach sechs Wochen Fraktionen plötzlich Dringlichkeitsanträge stellen, obwohl das Thema ja auf der Tagesordnung war.

Ich glaube, das einzige, was an diesen Anträgen noch dringlich war, war das dringliche Profilierungsbedürfnis der Fraktionen, die diese Anträge gestellt haben!

(Beifall bei der CDU — Abg. **J ä g e r** [FDP]:  
Selbiges haben Sie eben demonstriert, Herr  
Teiser!)

Ich werde mich aus dem Grunde auch hauptsächlich mit dem Antrag der GRÜNEN auseinandersetzen.

Meine Damen und Herren, in Ihrem Antrag gibt es mehrere Dinge, die uns zu der Ablehnung veranlassen. Erstens: Schon daß Sie den Begriff „Gefangene“ in der Öffentlichkeit und hier im Parlament verwenden, impliziert etwas anderes als verurteilte Straftäter. Das soll wohl so etwas für Sie bedeuten wie, da sind zwei gegnerische Kräfte, und die einen haben die anderen gefangen genommen.

(Zuruf der Abg. **Frau Schumann** [DIE  
GRÜNEN])

Es geht gleich weiter! Ich sage hier deutlich, hier sind keine Gefangenen, die irgendwo in einer Auseinandersetzung gefangen genommen worden sind, hier handelt es sich um rechtskräftig verurteilte Schwerverbrecher.

(Beifall bei der CDU — Abg. **T i e f e n b a c h**  
[DIE GRÜNEN]: Im Gefängnis!)

Zweitens: Sie trauen sich nicht einmal hineinzuschreiben, daß Isolationshaft bei diesen Häftlingen besteht, sondern Sie formulieren: „Sie teilen die Auffassung von Amnesty International, daß Haft unter Bedingungen der Isolation eine Gefährdung der körperlichen und geistigen Gesundheit darstellt.“ Da stimme ich Ihnen ausdrücklich zu, nur, diese Isolationshaft gibt es a) in der Bundesrepublik Deutschland nicht, und b) gibt es sie auch bei diesen terroristischen Straftätern nicht. Sie schließen sich dem Begriff Isolationshaft an, weil die RAF von sich behauptet, daß sie so inhaftiert sei.

Die Frage ist nur: Was bedeutet Isolation? Selbstverständlich sind diese verurteilten Straftäter isoliert von ihresgleichen, und ich sage auch, das ist bewußt gemacht und soll auch so bleiben, weil wir nicht wollen, daß sie durch den Kontakt untereinander ihre Gruppe weiterhin geistig am Leben erhalten. Die Haftbedingungen, und das war ja inzwischen überall nachzulesen, meine Damen und Herren, sind teilweise so, daß es mich nicht wundern würde, wenn

(A) irgendwann irgendwo verurteilte „normale Straftäter“ auf die Idee kämen zu klagen, daß sie die gleichen Bedingungen in der Haft erhalten möchten wie verurteilte Terroristen: Einzelzellenunterbringung, Abonnements von acht und zehn Tageszeitungen, hundertfacher Briefempfang und -absendung, Besuchszeiten, die weit über 100 Stunden gehen, das sind Dinge, die nicht allen normalen Straftätern in deutschen Gefängnissen gewährt werden.

(Beifall bei der CDU)

Gestern war draußen eine Demonstration mit Schildern „Ihr Kampf ist unser Kampf, Zusammenlegung jetzt, Freiheit morgen“. Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, dabei waren auch viele Ihrer Sympathisanten, und ich unterstelle Ihnen hier von diesem Pult aus, daß Teile von Ihnen das auch geistig mittragen. Deswegen sage ich Ihnen hier ganz deutlich, wenn Sie die Kommunikation unter terroristischen Straftätern fordern, dann leisten Sie einen Beitrag zum Bestandsschutz und zur Bestandspflege von kriminellen Vereinigungen.

(Beifall bei der CDU — Abg. Frau Schumann [DIE GRÜNEN]: Das sagen Sie einmal Ihrem Verfassungsschutz, der hat das nämlich auch gefordert!)

(B) Gerade die Auflösung der kollektiven Identität, von der Sie immer sprechen, muß auch das Ziel dieser Haft sein. Wenn Sie das Gegenteil wollen, müssen Sie hier deutlich sagen, inwieweit Sie nicht mit den Taten, aber mit den Zielen der RAF-Terroristen übereinstimmen.

Meine Damen und Herren, unter der Mitwirkung der CDU wird es keine Zusammenlegung geben. Wir lehnen insofern den Antrag der SPD ab, wir lehnen den Antrag der GRÜNEN ab, und wir lehnen auch den Antrag der FDP ab, weil die FDP so pffiffig war, beides zu fordern. Sie spricht sich gegen Zusammenlegung aus und fordert uns dann auf, diejenigen zu unterstützen, die für Zusammenlegung in Kleingruppen auftreten. Wir merken so etwas, wenn wir solche Anträge durchlesen, damit können Sie uns nicht aufs Glatteis führen.

(Beifall bei der CDU — Abg. Dr. Monnerjahn [SPD]: Den haben Ihre Freunde in Nordrhein-Westfalen doch mit verabschiedet!)

Wir sind hier nicht in Nordrhein-Westfalen, wir sind hier auch nicht in Bonn, wir sind hier in Bremen!

(Beifall bei der CDU)

Insofern darf ich zusammenfassen, meine Damen und Herren, wir werden keinem der hier vorliegenden Anträge unsere Zustimmung geben. — Ich bedanke mich!

(Beifall bei der CDU)

(C) **Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort Herr Senator Kröning.

**Senator für Justiz und Verfassung und für Sport**

**Kröning:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte nicht die Absicht, das Wort zu ergreifen, weil ich in dieser Angelegenheit als nicht unmittelbar Betroffener, aber natürlich Mitbetroffener, den bisherigen Stil der indirekten Beteiligung des Bundeslandes Bremen an den bis zum gestrigen Tage gegangenen und auch sicherlich in den nächsten Tagen und Wochen weitergehenden Abstimmungsprozessen zwischen Bund und Ländern fortführen möchte.

Gleichwohl will ich, Herr van Nispen, nachdem Sie den Berliner Regierungschef Momper angesprochen haben, eine Antwort geben, die Sie vielleicht für eine indirekte Antwort halten mögen, die jedoch sehr deutlich sein dürfte. Seine Justizsenatorin, Frau Professor Limbach, hat vor wenigen Tagen an die sozialdemokratischen Justizminister und an Herrn Minister Caesar, dessen von Ihnen hier zitierte Position ich vollauf teile, einen Brief geschickt, in dem sie sich für einen Fortgang der Bemühungen, von denen hier die Rede ist, ausgesprochen hat, Bemühungen, die auch einen neuen Höhepunkt in der vorigen Woche erreicht hatten angesichts einer Entwicklung, die bei einem Teil der inhaftierten Häftlinge aus dem terroristischen Bereich auf Entschärfung, aber bei einem anderen Teil leider auch wieder auf Verschärfung der Situation hindeutete. Frau Professor Limbach hat geschrieben, und ich darf das mit Genehmigung des Präsidenten zitieren:

„Trotz der verdienstvollen, intensiven Bemühungen des Staatssekretärs im Bundesministerium der Justiz, Dr. Kinkel, ist es nicht gelungen, alle Bundesländer hinsichtlich des Hungerstreiks zu einem gemeinsamen Handeln zu bewegen. Die von den Staatssekretären erarbeitete Lösung, die Strafgefangenen aus dem Terrorismusbereich in angemessener Zahl im Normalvollzug zusammenzuführen, ist bisher an der unbeweglichen Haltung zweier unionsregierter Länder gescheitert. Dieser Vorschlag „— nämlich der Vorschlag, die Strafgefangenen in angemessener Zahl in den Normalvollzug zu überführen —“ ist nicht nur aus humanitären Gründen geboten, er ist auch politisch verantwortbar und rechtlich zulässig, denn er verletzt nicht, wie vielfach behauptet wird, das Prinzip der Gleichbehandlung. Das im Strafvollzug im Vordergrund stehende Ziel der Resozialisierung fordert individuelle, auf die Tat und den Täter Bedacht nehmende Vollzugspläne.“

Die Modifizierung der Haftbedingungen erscheint uns aber auch aus sicherheitspolitischen Gesichtspunkten geboten, weil im Falle des Todes eines der Gefangenen mit erneuten Gewaltausbrüchen und weiteren Opfern des Terrorismus gerechnet werden muß. Daher bedauere ich es außerordentlich, daß angesichts dieser unheilvollen Situation von einem Teil der politisch Verantwortlichen nur in der Kategorie der Erpressung gedacht wird.“

(D)

(A) Frau Senator Limbach fährt fort, in dem Bemühen, innere Souveränität des Staates zu beweisen, würden die Länder Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Berlin die bei ihnen einsitzenden Gefangenen demnächst in angemessener Zahl in den Normalvollzug zusammenführen. Mit den anderen sozialdemokratisch geführten Bundesländern sei sie nach wie vor um eine gemeinsame bundesweite Lösung bemüht.

Ich kann, meine Damen und Herren, nur mit der Hoffnung schließen, daß diese Bemühungen nicht aus vordergründigen partei- und wahlpolitischen Erwägungen abgebrochen werden.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Als erstes rufe ich den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN mit der Drucksachen-Nummer 12/491 auf.

Wer dem Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN mit der Drucksachen-Nummer 12/491 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür DIE GRÜNEN)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(B)

(Dagegen SPD, CDU und FDP)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum Entschließungsantrag der Fraktion der SPD mit der Drucksachen-Nummer 12/528.

Wer dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD mit der Drucksachen-Nummer 12/528 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, DIE GRÜNEN und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU und Abg. F r e h e [DIE GRÜNEN])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Entschließungsantrag zu.

Nunmehr lasse ich über den Antrag der Fraktion der FDP mit der Drucksachen-Nummer 12/529 abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion der FDP mit der Drucksachen-Nummer 12/529 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(C)

(Dagegen CDU und DIE GRÜNEN)

Stimmenthaltungen?

(Abg. St i e r i n g [SPD])

Auch hier stelle ich fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen vor, daß wir die Sitzung jetzt unterbrechen und in die Mittagspause eintreten.

Ich unterbreche die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) bis 14.30 Uhr. Wir setzen dann die Beratung fort mit dem Tagesordnungspunkt Rentenreform.

(Unterbrechung der Sitzung 12.55 Uhr)

\*

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 14.31 Uhr.

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) wieder und rufe auf:

(D)

### Rentenreform

Große Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN  
vom 22. Februar 1989  
(Drucksache 12/462)

Herr Senatsdirektor Weichsel hat das Wort zur Beantwortung der Großen Anfrage.

**Senatsdirektor Weichsel:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die drei Fragen beantwortet der Senat wie folgt:

Zu Frage eins: Der Senat fühlt sich mit den Bundestagsfraktionen verantwortlich für die Verlässlichkeit, Dauerhaftigkeit und soziale Ausgewogenheit der Alterssicherung und unterstützt daher eine parteiübergreifende Lösung. Wenn auch der Kompromiß zwischen der Verhandlungskommission der SPD-Bundestagsfraktion und der Bundesregierung zur Rentenreform weder einen Einstieg in die soziale Grundsicherung noch Elemente eines Wertschöpfungsbeitrags enthält, so ist es der SPD-Verhandlungsdelegation doch gelungen, das ursprüngliche Rentenkonzept der Koalition erheblich zu verbessern.

Das gilt insbesondere für folgende Punkte: Die Rente nach Mindesteinkommen, die bisher nur für Pflichtbeitragszeiten bis 1972 galt, wird bis ein-

(A) schließlich 1991 fortgeschrieben. Durch diese Regelung werden langjährig Versicherte so gestellt, als hätten sie 75 Prozent des Durchschnittseinkommens verdient. Das bedeutet Verbesserungen für eine Million Rentnerinnen und 160 000 Rentner.

Die ursprünglich ab 1995 vorgesehene schrittweise Heraufsetzung der Altersgrenze für den Bezug einer Rente konnte mit Rücksicht auf die Arbeitsmarktsituation verhindert und über das Jahr 2000 hinausgeschoben werden. Zudem muß ab 1997 jährlich im Parlament darüber berichtet werden, wie sich die im Jahr 2001 beginnende Anhebung der Altersgrenzen auf die Arbeitsmarktlage, auf die Finanzlage der Rentenversicherung und auf die öffentlichen Haushalte auswirken wird. Sollte sich die Arbeitsmarktlage bis dahin nicht positiv verändern, wird die Regelung zu korrigieren sein. Damit ist sichergestellt, daß die Erhöhung der Lebensarbeitszeit erst dann wirksam wird, wenn voraussichtlich keine schädlichen Folgen für den Arbeitsmarkt zu befürchten sind.

Die von der Bundesregierung 1984 vorgenommene Kürzung der Rentenversicherungsbeiträge für Schwerbehinderte in Werkstätten wird teilweise zurückgenommen. Künftig werden die Beiträge und damit die Rentenansprüche auf dem gleichen Niveau liegen wie die Rente nach Mindesteinkommen und das Kindererziehungsjahr. Es wurde vereinbart — und dies war eine unverzichtbare Voraussetzung für den Kompromiß —, ein gleichwertiges Maßnahmenbündel für die Beamtenversorgung gleichzeitig in Kraft zu setzen.

(B)

Der Senat bedauert, daß zwar gravierende Benachteiligungen für Frauen verhindert, aber keine Verbesserungen erreicht wurden. Das vom Bundesarbeitsminister für Arbeit und Sozialordnung konzipierte sogenannte Gesamtleistungsmodell zur Reform der beitragslosen und beitragsgeminderten Zeiten konnte so verändert werden, daß die ursprünglich darin enthaltenen massiven Verschlechterungen für Frauen praktisch beseitigt sind.

Zu Frage zwei: Der Senat bedauert es außerordentlich, daß der Kompromiß keine Elemente für eine Grundsicherung zur Beseitigung der Altersarmut enthält. In Anbetracht der von der SPD-Bundestagsfraktion erreichten Verbesserungen für die Frauen und die geringer verdienenden Beschäftigten mußte diese Forderung gegenwärtig zurückgestellt werden. Damit ist sie aber keineswegs von der Tagesordnung gestrichen. Der Senat hält vielmehr — wie auch die SPD — an der Forderung nach einer sozialen Grundsicherung fest. Im Alter, bei Invalidität und bei Arbeitslosigkeit muß durch eine steuerfinanzierte soziale Grundsicherung in jedem Fall das Existenzminimum ohne ergänzende Zahlung von Sozialhilfe sichergestellt werden.

(Beifall bei der SPD)

Zu Frage drei: Nach Auffassung des Senats kann der ausgehandelte Kompromiß geeignet sein, die

Rentenfinanzierung auf eine tragfähige Grundlage zu stellen. Langfristig wird eine dauerhafte Sicherung der Rentenfinanzen nur erreicht werden können, wenn es gelingt, die Altersversorgung gegenüber den Risiken der technischen Entwicklung dauerhaft zu sichern. Um die Unternehmen entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zur Finanzierung der sozialen Sicherung heranzuziehen und die einseitige Belastung des Faktors Arbeit durch die Kosten der sozialen Sicherung zu vermeiden, bleibt die Einführung eines Wertschöpfungsbeitrags für den Senat eine wesentliche Forderung. (C)

(Beifall bei der SPD)

Der Senat ist der Auffassung, daß die Lasten zwischen Beitragszahlern, Rentnern und der öffentlichen Hand einigermaßen ausgewogen verteilt worden sind. Das ist insbesondere durch die Einführung der nettolohnbezogenen Rentenanpassungsformel, die Anhebung des Bundeszuschusses sowie die neue Dynamisierungsformel für den Bundeszuschuß und die Einführung des automatischen Regelmechanismus zwischen Rentenanpassung, Beitragsatz und Bundeszuschuß erreicht worden.

Nach den Vorstellungen des Senats hätte zwar der Anteil des Bundes an der Finanzierung höher ausfallen müssen. Da aber die Aufwendungen für Kindererziehungszeiten ab 1992 in den pauschalen Bundeszuschuß übernommen werden und der Bundeszuschuß nach der neuen Dynamisierungsklausel schneller steigt als die tatsächlichen Aufwendungen für die Kindererziehung, erzielt die Rentenversicherung infolgedessen nicht unerhebliche Mehreinnahmen. Unter Berücksichtigung des Gesamtergebnisses kann daher der Kompromiß hingenommen werden. — Ich danke Ihnen! (D)

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Vielen Dank, Herr Senatsdirektor Weichsel, für die Antwort! Das war eine parlamentarische Jungmannrede eines Senatsdirektors.

(Abg. Wilhelm [SPD]: Stimmt gar nicht!)

Ich korrigiere mich, das war sie nicht!

Auf die Antwort des Senats auf Große Anfragen folgt eine Aussprache, wenn dies Mitglieder der Bürgerschaft in Fraktionsstärke verlangen.

Ich frage, wollen wir in eine Aussprache eintreten? — Das ist der Fall.

Dann hat als erster das Wort der Abgeordnete Frehe.

Abg. Frehe (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Daß die Rentenversicherung reformbedürftig ist, steht außer Frage und ist über alle Parteigrenzen hinweg unbestritten. Aber in welche Richtung diese Reform geht, ist sehr umstritten, das wurde auch durch den Beifall deut-

(A) lich. Der Beifall von Ihrer SPD-Fraktion kam ja gerade an Stellen, die nicht realisiert worden sind. Darin wird deutlich, daß das Ziel einer solchen Rentenreform durchaus umstritten ist.

Wir haben dieses Thema hier in die Diskussion gebracht, weil wir der Auffassung sind, daß dieser Rentenkompromiß entgegen der Darstellung des Senats in der Tat keine geeignete Grundlage sein kann für eine langfristige Konsolidierung und Reform des Rentensystems. Eine wirkliche Rentenreform muß unseres Erachtens zwei Zielrichtungen haben, und auch das ist, zumindest zwischen GRÜNEN und SPD, unumstritten. Die eine besteht darin, daß das gegenwärtige Rentensystem keinen ausreichenden Schutz vor Armut mehr bietet. Immer mehr Leute können von den Rentenleistungen, die sie erhalten, nicht leben, beziehungsweise diese Rentenleistungen reichen nicht aus, um sie vor Armut zu schützen.

Das zweite ist die Finanzierungsfrage. Es ist unbestritten, daß wir spätestens Anfang des nächsten Jahrtausends in gewaltige Schwierigkeiten kommen werden, die künftigen Renten zu finanzieren.

Worin besteht nun das Bremer Interesse, diesen Tagesordnungspunkt zu diskutieren? In zweifacher Hinsicht ist Bremen an dieser Diskussion beteiligt. Einmal, Bremen zahlt einen erheblichen Teil von Sozialhilfenaufwendungen als ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt, weil die Renten nicht ausreichend sind.

(B) Zum zweiten ist der Bürgermeister Scherf sowohl als Mitglied des Bundesvorstands der SPD als auch als Mitglied der Landesregierung mit dieser Diskussion befaßt. Er hat sich selbst zu dieser Frage sehr engagiert geäußert, und darauf will ich gleich noch einmal eingehen. Er hat sich zum Beispiel in diesem Buch — in dem programmatische Vorstellungen der SPD zur Weiterentwicklung des Sozialstaats auf dem Wege in das Jahr 2000 zusammengefaßt sind — zu dieser Frage geäußert. Ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten:

„Im gegliederten System der sozialen Sicherung, wie es gegenwärtig besteht, wird ein sozialer, nicht zu demontierender Sockel geschaffen, der ein breites, tragfähiges Fundament für den Sozialstaat wird. Die einzelnen Teilbereiche des Gesamtsystems zur sozialen Sicherung bleiben erhalten, etwa die Rentenversicherung oder die Arbeitslosenversicherung und so weiter. Ihre Struktur wird durch das Einziehen von bedarfsbezogenen und bedarfsgeprüften Standards ergänzt, harmonisiert und zugleich auf ein neues Fundament gestellt.“ — So Senator Scherf in diesem Buch! Er hat das dann noch einmal konkretisiert in einem Zeitungsinterview, das ich auch kurz zitieren möchte mit Genehmigung des Präsidenten:

„Unabhängig von früheren Versicherungszeiten soll jedermann ab 60 oder 65 Jahren einen Anspruch darauf haben, auf eine Grundsicherung. Gedacht ist diese Konzeption als eigenständige Leistung des Bundes für alte und berufs- und erwerbsunfähige Menschen, denen damit der notwendige Lebensbe-

darf gesichert werde, ohne daß die Sozialhilfe einspringen müsse. Scherf erklärt, daß für Alleinstehende 660 DM, für Verheiratete 1150 DM monatlich angepeilt würden, wobei die Wohnungskosten in voller Höhe durch Wohngeld abgedeckt werden. Der Sozialsenator: „Dann ist Schluß mit 500-DM-Kleinstrenten von Witwen.“

Wie wurde nun diese Vorstellung tatsächlich umgesetzt? Kurz nachdem der Rentenkompromiß zustande gekommen war, stellte er sich der Presse und beurteilte diesen zustande gekommenen Kompromiß, ich möchte das auch kurz zitieren: „Bremens Bürgermeister und Sozialsenator Henning Scherf hat dem SPD-Delegationsleiter, Rudolf Dressler, vorgeworfen, er habe sich bei den Verhandlungen mit der christlich-liberalen Koalition bei der Rentenreform über den Tisch ziehen lassen.“

(Vizepräsident Frau L e i n e m a n n übernimmt den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren, genau das ist es, was hier passiert ist. In der Tat sind die Sozialdemokraten in der Verblendung ihrer Einflußmöglichkeiten hier über den Tisch gezogen worden. Man kann es auch mit den Worten von Frau Janz ausdrücken, sie sagt: „Dieser Rentenkompromiß ist nur durch entschiedene Nachbesserung tragbar.“ Das ist in der Tat auch unsere Position. Ein solcher Kompromiß, der unter Ausschluß der GRÜNEN zustande gekommen ist, ist für uns nicht nur untragbar, sondern wir halten ihn dringend für nachbesserungsbedürftig.

Wie steht nun die Landesregierung zu diesen sehr kritischen Äußerungen des Bürgermeisters und Mitglieds der Landesregierung? Die Senatorin für Bundesangelegenheiten, Frau Rüdiger, hat sich im Bundesrat dazu verhalten, und sie schildert in einer Pressemitteilung: „Der Bundesrat“ — und mit ihrer Stimme — „begrüßt mit Nachdruck die Einigung der Bundestagsfraktionen CDU/CSU, FDP und SPD auf einen gemeinsamen Gesetzentwurf zur Rentenreform.“

Etwas später sagt sie, daß dies alles auch mit den Stimmen Bremens zustande gekommen sei. In etwa in die gleiche Richtung geht ja auch die Antwort des Senats eben. Das heißt, Bremen hat nicht nur diesem Rentenkompromiß zugestimmt, trotz der Kritik von Senator Henning Scherf und Frau Janz. Die Landesregierung läßt sich also, um es mit den Worten von Henning Scherf zu sagen, ebenso über den Tisch ziehen wie die SPD-Bundestagsfraktion.

Ich halte es für einen Skandal, daß die Kürzungen, die für Arbeitslose in diesem Rentenkompromiß vorgesehen sind, daß für alle diejenigen, die eine unterbrochene Erwerbsbiographie haben, diese Schlechterstellung als tragbarer Kompromiß von der SPD-Landesregierung akzeptiert wird!

Welches alternative Konzept der Rentenreform hätte man anstreben können? Ich möchte das mit ein paar kurzen Bemerkungen darstellen:

(Abg. T e p p e r w i e n [SPD]: Und dafür eine Mehrheit bekommen!)

(C)

(D)

(A) Die erste Frage ist die Finanzierungskrise. Herr Tepperwien, Sie sagen: „Dafür eine Mehrheit bekommen!“ Die Frage ist doch wirklich, ob Sie sich ohne Not jetzt zu diesem Zeitpunkt auf solch einen faulen Kompromiß einlassen — natürlich ist es ein fauler Kompromiß! — oder ob Sie überlegen, durch eine konkrete und sehr klare Kritik an dieser Konzeption der Bundesregierung versuchen, sich Mehrheiten dafür zu beschaffen, daß eine andere Rentenreform möglich wird.

(Abg. Tepperwien [SPD]: Das ist Traumtänzerlei!)

Ich will Ihnen ein paar Beispiele nennen, welche Punkte wir sehen, erstens, die Finanzierung der Renten sicherzustellen, und zwar nicht nur kurzfristig, sondern dauerhaft, und zweitens, wo wir die Schwerpunkte der Verbesserung von Leistungen sehen. Das erste ist, der Bundeszuschuß — das wird als großer Fortschritt gefeiert — soll auf 20 Prozent angehoben werden. Bedarfsdeckend wären aber 30 Prozent. Die gesamten versicherungsfremden Leistungen sind entschieden höher als die 20 Prozent, die den Bundeszuschuß ausmachen. Das wird auch eingestanden in der Antwort des Senats.

Das zweite ist ein Programmpunkt, der uns besonders wichtig ist, die Arbeitsverhältnisse, die unter die Geringfügigkeitsklausel fallen, die daher nicht versicherungspflichtig sind. Wir haben gestern bei der Debatte festgestellt, daß verstärkt mit diesem Instrumentarium, zum Beispiel im Werftenbereich, gearbeitet wird. Ich möchte nur einen Bereich nennen, den ganzen Bereich der Nachbarschaftshilfe. Dort werden überwiegend Arbeitsverhältnisse unsicherer Art und ohne Sozialversicherungsbeiträge organisiert.

Ein weiterer Bereich, um die Rentenfinanzierung sicherzustellen, wäre der Wegfall oder zumindest die deutliche Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen. Ein weiterer Punkt, den wir auch für sehr wichtig halten, ist die Ausdehnung der gesetzlichen Rentenversicherung, der Versicherungspflicht, auf die Selbständigen, Freiberufler und Hausfrauen. Das hat den doppelten Effekt, daß sie einerseits Leistungsberechtigte werden, andererseits aber auch die Finanzierung der Rentenversicherung dadurch gesichert wird.

Ein Fünftes ist die Forderung nach Integration der Arbeiter- und Angestelltenrentenversicherung und des Beamtenversicherungssystems. Ein Punkt wird sehr stark von der SPD in die Debatte geworfen, der Wertschöpfungsbeitrag. Er könnte langfristig dazu beitragen, daß gerade dort — das wurde ja auch in der Antwort dargestellt —, wo Arbeit durch Kapital ersetzt wird, ein Finanzierungsbeitrag den Unternehmen abgefordert werden kann. Eine solche Diskussion wird bei uns auch geführt. Wir halten es für einen möglichen Weg, auch wenn wir das nicht für einen Königsweg halten.

Wie müßte die Leistungsverbesserung aussehen? Wir fordern, daß ein Grundbetrag im Rentensystem von mindestens 1200 DM für die Einzelperson sichergestellt werden muß.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Grundsicherung müssen wir vor allem deswegen haben, weil es zunehmend Personen mit unterbrochener Erwerbskarriere gibt. Ich glaube, ich brauche es nicht zu sagen in diesem Haus, daß es auch darum geht, die Frauen besserzustellen, die gegenwärtig in keiner Weise an die Renten herankommen, die männliche Erwerbspersonen erzielen, eben weil sie durch Kindererziehung und Kinderaufzucht unterbrochene Lebensarbeitszeiten haben. Deswegen müssen die Kindererziehungszeiten auch in der Rentenversicherung anders berücksichtigt werden, nämlich als Arbeitnehmerzeiten. Es muß ein gleitender Übergang durch Teilrenten ohne versicherungstechnischen Abschlag durch Teilarbeit ermöglicht werden.

Ich sehe das rote Licht, ich will mich deswegen noch etwas kürzer fassen. Wenn man diese Punkte, die ich eben genannt habe, vergleicht mit dem, was programmatisch von der SPD vertreten wird, so kann ich in weiten Bereichen dort Übereinstimmung sehen. Sieben Punkte von dem, was ich hier vorgetragen habe, sind identisch mit den Positionen der GRÜNEN, deswegen ist überhaupt nicht verständlich, warum keine dieser Forderungen zur wirklichen Sanierung des Rentensystems umgesetzt worden ist. Statt dessen wird in dem Brief des verantwortlichen Delegationsleiters Dressler der Verhandlungskommission behauptet:

„Gleichwohl sei diese Reform, die im Konsens mit der Regierung verabschiedet sei, auch für uns ein politischer Erfolg. Er besteht darin, daß wir aus der Opposition heraus faktisch mitgestalten und mitregieren.“

Was ist das für ein Mitgestalten und Mitregieren, bei dem man sich über den Tisch ziehen läßt! Das Mitregieren führt hier zur Mitbeteiligung am Sozialabbau. Die Interessen vor allem der armen Rentnerinnen sind ohne Not verkauft worden. Wir erwarten vom Senat, daß er im Bundesrat gegen diese Initiative auftritt und nicht, wie bis jetzt angekündigt, diesen faulen Rentenkompromiß weiter stützt. — Danke schön!

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Frau Leinemann:** Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Pautzke.

Abg. Frau **Pautzke** (FDP\*): Frau Präsidentin, meine Herren und Damen! Die FDP-Fraktion begrüßt ganz außerordentlich den in Offenheit und Fairneß

\*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) zwischen den Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP gefundenen Rentenkonsens, der durch SPD-interne Störungsmanöver nicht zu einem DisSENS führen konnte. Wir sind froh über dieses Ergebnis gemeinsamer Verantwortung zur langfristigen Sicherung der Renten, wobei uns bewußt ist, welche engen Grenzen durch unterschiedliche Parteiprogramme zu überwinden waren. Daß dabei ein guter Kompromiß herausgekommen ist, heißt nicht, daß noch manche Wünsche offengeblieben sind.

(Abg. **W e n k e** [SPD]: Ein mangelhafter Kompromiß!)

Handlungsbedarf war geboten für die Reform der gesetzlichen Rentenversicherung und auch anderer Altersvorsorgesysteme, weil bereits in diesem Jahr die Rücklagen für die gesetzliche Rentenversicherung abnehmen und je nach wirtschaftlicher Entwicklung die Mindestschwankungsreserve von einer Monatsausgabe 1991 oder spätestens 1992 deutlich unterschritten wird. Ich verrate Ihnen sicherlich kein Geheimnis, wenn ich auf die demographische Entwicklung hinweise, die aufgrund der erfreulicherweise höheren Lebenserwartung und des zurückgehenden Anteils von Kindern so aussieht, daß der Anteil von älteren Mitbürgern deutlich zunimmt, während sich die Zahl der Erwerbstätigen zwischen 20 und 60 Jahren deutlich verringern wird.

(B) Die FDP hat sich bei den Beratungen dafür eingesetzt, daß das Prinzip von Leistung und Gegenleistung in der gesetzlichen Rentenversicherung gestärkt wird, mehr Wahlfreiheit beim Übergang vom Arbeitsleben in den Ruhestand geschaffen wird und Familienleistungen angemessen berücksichtigt werden. Hierzu waren Korrekturen beim Beitragssatz, bei dem Bundeszuschuß und der Rentenanpassung erforderlich.

Die FDP hat sich schon seit 1957 dafür eingesetzt, die Renten nicht mehr wie bisher entsprechend dem Bruttoanstieg der Arbeitsentgelte anzupassen, da aufgrund von Abgaben und Steuern die verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer geringer als die Renten steigen und eine Fortsetzung dieser Anpassungspraxis zu zusätzlichen Beitragserhöhungen geführt hätte. Die Rentenreform sieht deshalb die gleichgewichtige Entwicklung von Renten und verfügbaren Arbeitsverdiensten vor.

Insbesondere begrüßen wir die familienbezogenen Elemente in der Rentenversicherung durch Anerkennung der Kindererziehung durch zwei weitere Kindererziehungsjahre, durch die Berücksichtigung der Kindererziehung bis zum zehnten Lebensjahr eines Kindes sowie der Pflege eines Schwerpflegebedürftigen durch die Verbesserung der Bedingung zur Entrichtung von Beiträgen für ehrenamtliche Pflegepersonen und die befristete Möglichkeit der Nachzahlung der wegen Heirat erstatteten Beiträge auch

für Frauen, die keine pflichtversicherte Beschäftigung ausüben. (C)

(Beifall bei der FDP)

Wir sind der Auffassung, daß durch diese Rentenreform die zukünftigen Anforderungen besser bewältigt werden können. — Ich danke Ihnen!

**Vizepräsident Frau Leinemann:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete **Wilhelmi**.

Abg. **Wilhelmi** (SPD): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ausgangspunkt der Rentenreformdiskussion ist ja wohl das Finanzierungsproblem. Auch wenn die Rentenkassen einsteilen für zwei oder drei Jahre noch zahlungsfähig sind, wird sich die Situation wegen der Auswirkungen des Geburtenrückgangs und der anhaltend ungünstigen Arbeitsmarktsituation langfristig dramatisch entwickeln! Heute kommen auf 100 Beitragszahler etwa 59 Renten. Im Jahre 2010 werden es etwa 90 sein.

In dem offiziellen Zahlenwerk der Bundesregierung, dem neuen Rentenanpassungsbericht 1988, summieren sich diese Zahlen zu unfaßbaren Größenordnungen. In der Fünfzehnjahresrechnung, so rechnet man unter Fachleuten in der Rentenversicherung, fehlen bis zum Jahre 2002 nach günstiger Variante 345 Milliarden DM und rund 470 Milliarden DM im ungünstigsten Fall. Diese Zahlen muß man sich vor Augen führen bei den Überlegungen, wie eine Finanzierung erreicht werden soll! (D)

Es ist damit zu rechnen, daß, wenn nichts geschieht, der Rentenversicherungsbeitrag im Jahre 2000 auf annähernd 23 Prozent und im Jahre 2010 auf über 25 Prozent steigen wird. Zum Vergleich! Im letzten Rentenanpassungsbericht der Regierung Schmidt im April 1982 sahen die Zahlen wie folgt aus: Bei der günstigsten Variante ergab sich ein Überschuß von 106 Milliarden DM und bei der ungünstigen Variante ein Fehlbetrag von 145 Milliarden DM.

Aber nicht allein in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten gibt es solche Probleme, die anderen Alterssicherungssysteme sind ebenfalls betroffen, auch wenn es kaum Statistiken über diese Systeme und erst recht keine regierungsamtlichen Prognosen gibt. Nach den Berechnungen des Prognos-Instituts werden die Beamtenpensionen im Jahre 2015 mehr als 55 Prozent der Sozialleistungen der Gebietskörperschaften beanspruchen, im Jahre 2030 gar annähernd 70 Prozent.

Noch eine Zahl zur Illustration der Probleme! Würde die Beamtenversorgung finanziert wie die Rentenversicherung mit Beiträgen und einem Staatszuschuß von etwas über 17 Prozent, dann müßte es heute einen Beamtenbeitrag von etwas über 32 Prozent geben, rund 16 Prozent für die Beamten selbst und 16 Prozent für den Dienstherrn. Bis zum Jahr

- (A) 2000 müßte dieser Prozentsatz auf über 39 Prozent steigen.

Langfristig werden sich also die Finanzierungsprobleme der Altersversorgung so zuspitzen, daß die Systemfrage gestellt ist. Das hat Herr Biedenkopf richtig analysiert, wenn er sagt, daß mit ein paar kleinen Reparaturen die weitere Existenz der lohn- und beitragsbezogenen Lebensstandardsicherung über die Jahrtausendwende hinaus nicht zu erhalten ist und daß darüber hinaus auch das Problem der Altersarmut völlig ungelöst bleibt.

(Abg. G a s s d o r f [CDU]: Bis dahin ist die SPD wieder an der Regierung, die löst das dann!)

Sehr richtig, sehr richtig, so wird es kommen, ich komme gleich noch darauf! Unrecht hat er allerdings, wenn er daraus den Schluß zieht, die Rentenversicherung sei nicht mehr reformierbar, sondern müsse durch ein völlig neues Einheitsrentensystem auf Existenzminimumniveau ersetzt werden.

(Abg. K l e i n [CDU]: Siehste, habe ich mir doch gedacht!)

Die Auffassung der Sozialdemokraten ist insofern zu der von Herrn Biedenkopf völlig konträr. Die beitrags- und lohnbezogene Lebensstandardsicherung kann auch in Zukunft funktionieren. Aber das setzt wirkliche Reformen voraus, die die Strukturen auch tatsächlich verändern.

- (B)

Nun, meine Damen und Herren, erinnern wir uns an die Zeit im Dezember 1988! Der Kanzler hatte eine Erklärung abgegeben, diesen Reformentwurf, den sogenannten Referentenentwurf, noch im Dezember im Kabinett durchzupeitschen. Sozialdemokraten waren allerdings im Wort, daran entscheidend mitzuwirken. Man konnte es gar nicht glauben, zumindest habe ich im Dezember daran nicht mehr geglaubt, daß überhaupt noch irgendein Kompromiß zustande käme. Es ist ja einmal so, wenn ein Konsens zustande kommt, ist das ein Kompromiß, und bei Kompromissen werden nicht alle Wünsche und Forderungen erfüllt. Das ist nun einmal so!

(Abg. G a s s d o r f [CDU]: Ja, recht hat er!)

Ich möchte nur noch ein paar Zahlen in Erinnerung rufen, die als Angebote zur Finanzierungsfrage im Referentenentwurf seinerzeit von der Koalition vorgestellt wurden: Bundesfinanzminister Stoltenberg hat 0,3 Milliarden DM zugestanden, 0,3 Milliarden DM! Erinnern Sie sich, die Zahlen, die ich vorhin nannte, stehen in keinem Verhältnis! Und auf Druck der SPD ist es zustande gekommen, daß 2,3 Milliarden DM aus der Kasse des Finanzministers zur Verfügung gestellt werden, dazu kommen die 4,9 Milliarden DM für die Kindererziehungszeiten, insgesamt 7,1 Milliarden DM beträgt die Summe, die den Bundeszuschuß zur Zeit auf über 20 Prozent bringt.

Natürlich müssen wir hier weitere Anforderungen stellen. Ich erinnere nur — auch von der Koalition vorgestellt —, 1957 lag der Bundeszuschuß sogar bei 31,9 Prozent, Arbeiterrenten- und Angestelltenversicherung! Wir müssen noch einmal in Erinnerung rufen: 1957, in den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland, gab es ja auch besondere Schwierigkeiten aufgrund der Kriegsereignisse, diese Renten durch die Versicherten überhaupt zu finanzieren. Heute haben wir andere Schwierigkeiten: Massenarbeitslosigkeit! Hätten wir mehr Versicherte in Arbeit, hätten wir vielleicht keine Probleme, die Rentenkasse anders zu finanzieren.

(Abg. K u d e l l a [CDU]: Wir haben aber eine Million mehr als bei euch!)

Darauf kommen wir noch! Koalitionsangebot: Keinerlei Verbesserungen für Rentnerinnen und Rentner mit niedrigen Renten! Wir müssen doch hier eindeutig feststellen, daß auf Druck der Sozialdemokraten eine Million Versichertenrenten für Frauen und zirka 200 000 Witwenrenten und 163 000 Versichertenrenten an Männer durch die Einführung der Rente nach Mindesteinkommen, die heute nur für Beitragszeiten bis 1973 gilt, auf Beitragszeiten bis einschließlich 1991 verlängert werden. Dies ist doch ein echter Beitrag, zwar ist das nicht der große Wunsch, aber es ist ein großer Schritt, für Frauen und für diese Betroffenen etwas herauszuholen!

- (D)

Massive Verschlechterungen für Frauen durch neue Regelungen der beitragslosen Zeiten, zum Beispiel Ausbildung, Arbeitslosigkeit und Krankheit! Diese Verschlechterungen, von der Koalition damals vorgestellt, wurden weitestgehend beseitigt. Die SPD hat durchgesetzt, daß die Rentenversicherungsbeiträge der Bundesanstalt für Arbeit für Arbeitslose ab 1995 von 75 Prozent, so die Koalition, auf 80 Prozent gesteigert werden, was wieder vier Milliarden DM Mehreinnahmen für die Rentenversicherung bedeutet. Aber dieses Thema hatten wir ja schon einmal. Es gab schon einmal eine Zeit, in der CDU und FDP dies abgeschafft haben, und jetzt ist hier ein Kompromiß gefunden, dies wieder einzuführen.

Es gibt aber auch kritische Punkte, und das muß man hier eindeutig feststellen! Die schrittweise Erhöhung der Altergrenzen ab 1995, dies liegt uns sehr schwer im Magen, ist hinausgeschoben worden. Diese schrittweise Erhöhung soll erst ab dem Jahr 2001 eingeführt werden, so der Kompromiß! Es gab überhaupt keine Bereitschaft bei den Regierungsparteien, einen Konsens herzustellen.

(Präsident D r . K l i n k übernimmt wieder den Vorsitz.)

Es muß doch einmal deutlich die Frage gestellt werden: Liegt hier etwa ein Wirtschaftsversprechen vor? Fragen Sie doch einmal draußen, meine Damen und Herren der CDU und der FDP, wo fünfundvierzigjährige, fünfzigjährige oder gar sechzigjährige Ver-

(A) sicherte noch eingestellt werden! Die haben doch heute überhaupt keine Chance mehr! Fragen Sie doch einmal! Ihre Argumentation, durch die Erhöhung der Altersgrenzen könne der spätere Einstieg der Versicherten in die Versicherungsleistung durch einen anderen Bildungsweg aufgefangen werden, kann doch wohl nicht wahr sein, daß man das ernsthaft glaubt! Hier setzt genau unsere Kritik an.

(Abg. J ä g e r [FDP]: Wie denn sonst, Herr Wilhelmi?)

Hier setzt genau unsere Kritik an, es müssen andere Finanzierungsvorschläge her! Wir Bremer Sozialdemokraten üben harte Kritik, und auch als Gewerkschafter üben wir harte Kritik, hier müssen Nachbesserungen, eindeutige Nachbesserungen erfolgen!

(Beifall bei der SPD — Abg. Kudella [CDU]: Aber nicht der DGB! — Abg. J ä g e r [FDP]: Machen Sie doch einmal Vorschläge!)

Die Vorschläge liegen doch auf dem Tisch!

Ein weiteres Thema! Wir alle haben im Arbeitsleben täglich mit neuen Techniken zu tun, und ich weiß, wovon ich rede, denn ich habe da viele Dinge erlebt, und in anderen Branchen ist das ähnlich so. Die neue Technik schreitet voran, die können wir auch nicht aufhalten, die wollen wir auch nicht aufhalten. Aber wenn wir die Rentenkassen sichern wollen, müssen wir die Finanzierung anders regeln. Das kann ein Wertschöpfungsbeitrag sein, das kann eine Maschinensteuer sein, das kann eine Rationalisierungssonderabgabe sein. Ich sage hier in aller Deutlichkeit, immer weniger Menschen finanzieren immer mehr Rentner, und das ist auf Dauer nicht zu leisten.

(Beifall bei der SPD)

Nicht umsonst übt doch der Verband der Rentenversicherungsträger Deutschlands Kritik. Ich komme gerade von solch einer Fachschulung, die schütteln doch alle mit dem Kopf und sagen, das kann doch wohl wahr sein, daß diese Regierung dies nicht auf den Haken nimmt. Hier müssen Nachbesserungen erfolgen, solange Massenarbeitslosigkeit herrscht! Wir kämpfen für eine Rentenreform, die sozial gerecht ist. Schon 1984 hat die SPD-Bundestagsfraktion einen umfassenden Gesetzentwurf zur Rentenreform im Deutschen Bundestag eingebracht. Diese SPD-Initiative wurde niedergestimmt. Statt dessen hat die Bundesregierung an den Renten herumlaboriert zu Lasten der Rentnerinnen und Rentner.

Meine Damen und Herren, ich denke zum Beispiel an die schweren Einschränkungen für die Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrentner, insbesondere bei den Frauen, die man damals 1984 klammheimlich eingeführt hat. Das ist überhaupt nicht nach draußen gedrungen. Aber Sie erkennen es, wenn Sie täglich

damit zu tun haben. Frauen kommen zum Versichertenältesten und beantragen ihre Rente, und dann sind die Erschwernisse da, die 1984 von der CDU und FDP eingeführt wurden. Die Fachleute schütteln heute den Kopf und sagen, es kann doch wohl nicht wahr sein, daß hier die Milliardenbeträge, die hereingekommen sind für die Hinterbliebenenrentenreform, umgeschauelt wurden.

Abschließend zur Großen Anfrage der GRÜNEN! Ich habe mich eigentlich gefragt, und insofern bin ich auch Herrn Frehe dankbar, daß er hier sehr sachlich dargestellt hat, warum diese Anfrage so formuliert worden ist, ich habe mich aber andererseits auch gefragt, welches politische Verantwortungsbeußtsein das wohl ist, wenn man in Bonn im Bundestag vertreten ist und Einfluß nehmen kann und dazu aufgefordert wird und dann jegliche Bereitschaft ausschließt.

(Abg. F r e h e [DIE GRÜNEN]: Das ist doch nicht der Fall gewesen!)

Ich meine, das ist kein faires Umgehen miteinander, hier dann die Punkte besonders herauszustellen, daß wir das von Bremen aus lösen könnten!

(Beifall bei der SPD)

Zur ersten Frage ist schon gesagt worden, wir begrüßen, daß entscheidende Verbesserungen für viele Millionen Versicherte eingetreten sind. Zur zweiten Frage, zur Kompromißmöglichkeit! Ja, da war eben halt nicht mehr möglich! Es hätte auch schlimmer kommen können.

Ich will abschließend noch einmal deutlich hervorheben: Ich bedaure, daß die soziale Grundsicherung im Alter und in der Invalidität nicht gewährleistet ist, aber ich habe ja vorhin schon deutlich darauf hingewiesen, dies ist ein Konsens, ein Kompromiß, und wir Sozialdemokraten werden weiterhin dafür eintreten und weiterhin dafür kämpfen, daß ein Wertschöpfungsbeitrag oder eine Sonderabgabe eingeführt wird, und wir werden aktiv dafür kämpfen, daß die soziale Grundsicherung erreicht wird. — Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Kudella.

Abg. **Kudella** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst mit einer Vorbemerkung zum Kollegen Wilhelmi beginnen — ich schaue gerade, wo er geblieben ist, doch, da! —: Es ist schon erstaunlich, wie ein Geschäftsführer einer Gewerkschaft gegen den DGB redet, wenn er nur Mitglied einer SPD-Fraktion ist!

(Beifall bei der CDU)

(C)

(D)

(A) Das waren sehr beachtliche Angriffe gegen Ihre eigene Organisation, Herr Kollege Wilhelm!

(Zuruf der Abg. Frau P o p p e n [SPD])

Darauf komme ich bei anderer Gelegenheit noch einmal zurück!

(Abg. T i e d e m a n n [SPD]: Was hat denn sein Beruf zu tun mit seiner Tätigkeit hier?)

Ich stelle das ja nur fest, Herr Kollege Tiedemann, weil ich es interessant finde, wie oft es Gewerkschaftsfunktionären gelingt,

(Abg. K l e i n [CDU]: Bezahle!)

in Parlamenten und SPD-Veranstaltungen anders zu reden als auf Veranstaltungen ihrer Organisation! Das war hier auch der Fall.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich darf für die CDU-Fraktion in diesem Hause sagen, daß wir ausdrücklich den Kompromiß zur Rentenreform begrüßen

(Beifall bei der CDU — Abg. K l e i n [CDU]:  
Gegen Scherf!)

und uns freuen, daß wir zu einer Übereinkunft mit den verschiedenen Gewerkschaften gekommen sind, auch mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund, mit der DAG, mit dem CGB, daß sie alle auf unserer Seite stehen, daß auch die SPD-Bundestagsfraktion diesen Kompromiß mitträgt. Aber ich stelle fest, nur die Bremer SPD

(B)

(Abg. B a r s u h n [SPD]: Die ist standhaft!)

und der SPD-geführte Senat ersticken wieder einmal in ihrem eigenen ideologischen Mief!

(Beifall bei der CDU — Abg. G a s s d o r f [CDU]: Mief ist hier auch!)

Es ist ja noch etwas bezeichnend für diese Debatte, meine Damen und Herren, wenn Sie —.

Es liegt nicht an der Luft hier, Herr Kollege Gassdorf, sondern das ist ein Mief ganz eigener Art, den die Bremer Genossen entwickeln!

(Abg. K l e i n [CDU]: Geistig ideologisch!)

Meine Damen und Herren, und noch etwas ist bezeichnend für diese Debatte! Es gibt zwei oder drei Leute, die man namentlich nennen könnte, die diesen Rentenkompromiß vorrangig kritisiert haben.

(Abg. K l e i n [CDU]: Bundesweit!)

Frau Kollegin Janz hat jetzt wohl schon vor Schreck den Saal verlassen,

(Abg. Frau U h l [SPD]: Nein, gegen Sie hält die das allemal aus!)

(C) sie glänzt heute als Wortführerin und SPD-Landesvorsitzende und als Hauptkritikerin durch Schweigen in diesem Haus, auch das ist bezeichnend! Herr Scherf scheint zum Kaffeepflücken in Nicaragua zu sein, oder ich weiß nicht wo!

(Beifall bei der CDU — Abg. Frau U h l [SPD]: Das ist unverschämt! — Abg. D i t t b r e n n e r [SPD]: Sagen Sie einmal etwas zur Sache!)

Der Kollege Hettling ist auch nicht anwesend, der hat als stellvertretender Landesvorsitzender die Kritik auch mitgetragen.

(Abg. Frau U h l [SPD]: Immer wenn Herr Metz nicht da ist, werden Sie primitiv!)

Frau Kollegin Uhl, warum soll ich mich denn immer von SPD-Genossen so unterscheiden?

(Beifall bei der CDU — Abg. Frau U h l [SPD]: Herr Präsident, das werte ich als eine Unverschämtheit! Er soll das lassen! — Unruhe)

Meine Damen und Herren, wo liegt denn der Grunddissens zwischen der Bremer SPD? Frau Janz wird sich jetzt gleich zu Wort melden, ich sehe das schon kommen!

(Abg. D i t t b r e n n e r [SPD]: Wenn Sie nichts zu sagen haben, dann setzen Sie sich doch hin!)

Aber gut! Wo liegt denn der Grunddissens in der Sache, meine Damen und Herren? Es gibt zwei große Themen, bei denen die Bremer SPD und der SPD-geführte Senat offensichtlich völlig anderer Auffassung sind als die CDU und diejenigen, die den Kompromiß der Bundesregierung mittragen. Der eine Punkt ist der Anspruch auf Grundsicherung durch die Rentenversicherung. Der Senat hat auch in seiner Antwort auf die Große Anfrage deutlich gemacht, daß er für diese Grundsicherung eintritt.

Meine Damen und Herren, die CDU lehnt die Grundsicherung als Element der Rentenversicherung entschieden ab. Wir sind dafür, daß die Rente das bleibt, was sie in hundertjähriger Geschichte geworden ist, nämlich ein leistungsbezogenes Entgelt für diejenigen,

(Abg. F r e h e [DIE GRÜNEN]: Nie leistungsbezogen!)

die Beiträge einbezahlt haben.

(Beifall bei der CDU — Abg. S t e l l j e s [SPD]: Sie haben doch in Ihrem Leben noch nichts in die Rentenversicherung eingezahlt!)

Meine Damen und Herren, was passiert denn mit der Rentenversicherung? Der Arbeitnehmer — Herr

(D)

(A) Kollege Frehe, es wäre jetzt sehr hilfreich, wenn Sie zuhören würden, weil Sie ja auch eine andere Auffassung vertreten! —, der Arbeitnehmer verzichtet während seines Arbeitslebens auf einen Teil des ihm zustehenden Entgelts, das als Beitrag in die Rentenversicherung eingezahlt wird. Wenn er die Altersgrenze erreicht hat, bekommt er eine entsprechende Gegenleistung durch die Rentenversicherungsträger zurück. Wer viel gearbeitet hat, bekommt viel Rente, wer wenig gearbeitet hat, bekommt wenig Rente.

(Abg. B a r s u h n [SPD]: Nein, nein!)

Wer gar nicht gearbeitet hat, bekommt gar keine Rente, und an diesem Prinzip wollen wir festhalten, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen keine Almosen für Arbeitnehmer, die ein Leben lang gearbeitet haben und dann vom Wohlwollen des Staates abhängen,

(Erneuter Beifall bei der CDU)

sondern wer viel gearbeitet hat, wer fleißig gearbeitet hat, hat Anspruch auf eine entsprechende Gegenleistung!

(B) (Abg. B a r s u h n [SPD]: Das ist Quatsch!)

Das ist das Prinzip, das wir nicht durch SPD und GRÜNE kaputt machen lassen!

(Beifall bei der CDU — Abg. T ö p f e r [SPD]: Sie sind doch hier nicht auf dem Kasernenhof!)

Das ist das Prinzip, meine Damen und Herren, und das, was Sie mit Grundsicherung wollen, ist zutiefst arbeitnehmerfeindlich, das will ich Ihnen einmal sagen, denn Sie wollen, das müssen Sie sich wirklich einmal überlegen, und ich bitte, deswegen ist doch auch der DGB auf unserer Linie —.

(Abg. T h o m a s [DIE GRÜNEN]: Was? —  
Abg. W i l h e l m i [SPD]: Sie müssen Zeitung lesen!)

Wir wollen festhalten an den Prinzipien der Leistungsgerechtigkeit, und wir wollen verhindern, daß diejenigen, meine Damen und Herren, die es gar nicht nötig haben, eine Grundsicherung des Staates oder Hilfen des Staates zu erhalten, in den Genuß dieser Zahlung des Staates kommen.

Meine Damen und Herren, muß denn beispielsweise die Frau eines Direktors, der 30 000 oder 100 000 DM verdient, auch dann, wenn sie die Altersgrenze erreicht hat, eine Grundsicherung des Staates bekommen zu Lasten der anderen Rentenbe-

zieher? Ist das denn eine sozial gerechte Politik in den Augen der Sozialdemokraten? (C)

(Unruhe — Glocke)

Das müssen Sie sich doch einmal vor Augen führen! Sie haben doch hier einen Irrweg ohnegleichen beschriftet, von dem Sie sich gefälligst zurückziehen sollten!

(Beifall bei der CDU — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Herr Kudella, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Kahrs entgegenzunehmen?

Abg. **Kudella** (CDU): Ja!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Frau Kahrs!

Abg. Frau **Kahrs** (SPD): Ich möchte Sie fragen, Herr Kudella: Wie wollen Sie eigentlich mit den Millionen Frauen umgehen, die nie eine Chance hatten, eine ausreichende Rente zu erarbeiten? Wollen Sie die alle zur Sozialhilfe schicken, sozusagen, wie wir es formulieren, zu Almosenempfängern machen?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Abg. **Kudella** (CDU): Frau Kahrs, wenn wir Ihre Politik der alten Bundesregierung, SPD-geführt, fortsetzen würden, dann wäre das so, aber falls es Ihnen noch nicht aufgefallen sein sollte, haben wir Kindererziehungszeiten im Rentenrecht eingeführt, und wir werden sie jetzt ausweiten und werden das noch weiter verbessern.

(Beifall bei der CDU — Widerspruch bei der SPD)

Hören Sie doch auf mit solchen Scheingefechten!

(Abg. Frau **U h l** [SPD]: Das sind keine Scheingefechte!)

Sie wollen von der Leistungsbezogenheit im Rentenrecht weg, und das machen wir nicht mit, wir bleiben dabei, und deswegen wird es keinen Weg gemeinsam mit der Bremer SPD in dieser Frage geben!

(Beifall bei der CDU — Abg. Frau **J a n z** [SPD]: Na, Gott sei Dank! — Abg. Frau **U h l** [SPD]: Ein Glück, das ist das Schlimmste, was uns passieren könnte!)

Der zweite Punkt ist die Wertschöpfungsabgabe. Meine Damen und Herren, die Wertschöpfungsabgabe, die hier heute sowohl vom Senat als auch von der SPD beschworen wurde, wird ja verstanden, auch wenn Sie sich die Formulierung des Senats in der Antwort auf die Große Anfrage genau ansehen, als eine Maschinensteuer.

(Abg. Frau **U h l** [SPD]: Richtig!)

(A) Richtig, sagt Frau Uhl, ich danke Ihnen für diesen Zwischenruf, weil noch einmal deutlich wird, daß das genau Ihre Auffassung ist!

(Abg. Frau Uhl [SPD]: Ja, natürlich!)

Ja, was heißt denn Maschinensteuer?

(Abg. Frau Uhl [SPD]: Jawohl, genau!)

Sie wollen verhindern oder zumindest erschweren, daß neue Maschinen in den Betrieben eingeführt werden.

(Widerspruch bei der SPD)

Damit, meine Damen und Herren, legen Sie —. Ja, genauso ist es doch!

(Abg. Frau Uhl [SPD]: Herr Kudella, erst einmal lesen und dann verstehen, was Sie reden!)

Regen Sie sich einmal wieder ab! Sie müssen einmal Ihre eigenen Parteitagsprogramme lesen, zum Beispiel die von Nürnberg, Frau Uhl, da können Sie das nachlesen, dann finden Sie genau das, was ich jetzt hier gesagt habe!

(Abg. Frau Uhl [SPD]: Aber doch nicht neue Maschinen! Sie haben überhaupt nicht kapiert, worum es geht! Setzen Sie sich hin!)

(B)

Dies, meine Damen und Herren, ist eine Politik, die dazu führt, daß mittel- und langfristig die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft in Frage gestellt wird und Arbeitsplätze vernichtet werden. Genau das Gegenteil von dem, was Sie wahrscheinlich wollen, wäre das Ergebnis dieser Politik.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen gibt es auch mit der CDU keine Werterschöpfungsabgabe.

(Abg. Frau Uhl [SPD]: Wie schade!)

Wir werden das bekämpfen, solange wie wir das bekämpfen können.

(Beifall bei der CDU — Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, ich schließe eine letzte Bemerkung an. Wenn Sie über den Standort Bremen für Industrieansiedlung und Wirtschaftsansiedlungen sprechen und wenn Sie immer wieder feststellen, daß das so schwierig ist, dann sind es solche Positionen Ihrer Politik, die Unternehmen daran hindern, nach Bremen zu kommen.

(Beifall bei der CDU — Lachen bei der SPD — Abg. Frau Uhl [SPD]: Soviel Krauses und Mageres habe ich selten erlebt!)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, auf dem Zuhörerrang hat eine Wirtschaftsdelegation aus unserer Partnerstadt Dalian Platz genommen. Ich begrüße die Delegation sehr herzlich!

(C)

(Beifall)

Die Mitglieder dieser Delegation sind aus Anlaß der Hafa hier und werden als Aussteller auf der Hafa auftreten. Wir wünschen Ihnen viel Erfolg und einen angenehmen Aufenthalt in Bremen!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, als nächster hat sich jetzt gemeldet der Abgeordnete Frehe. Es ist noch eine Minute Zeit. Es hat sich dann auch die Abgeordnete Frau Ahrens gemeldet, aber dann ist die Redezeit verbraucht. Es tut mir leid, die Redezeit ist erschöpft!

Abg. Frehe (DIE GRÜNEN): Ich muß ganz kurz noch einmal auf Herrn Kudella antworten. Ich danke Ihnen, Herr Kudella, daß Sie klargemacht haben, daß man mit Ihnen keinen Kompromiß machen darf,

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD — Abg. Frau Uhl [SPD]: Bravo!)

und ich denke, daß auch Sozialdemokraten daraus lernen müssen! Mit solch einer Partei, die sagt, daß Beitragsabhängigkeit Leistungsgerechtigkeit bedeutet und alle Arbeitslosen, die keine Arbeit finden können, damit diskriminiert, alle Frauen diskriminiert, die ihre Leistung zu Hause erbringen, kann man keinen Rentenkompromiß machen.

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD — Abg. Frau Uhl [SPD]: Überhaupt keinen!)

Das macht deutlich, wie groß der Fehler der SPD war, mit Ihnen diesen faulen Kompromiß auszuhandeln, anstatt einen richtigen Einstieg in eine Grundversicherung zu machen, die den Ausgleich sozialer Benachteiligung herstellen könnte.

Ich möchte ein Argument von Frau Janz aufgreifen. Frau Janz hat gesagt,

(Abg. Klein [CDU]: Die schweigt! — Abg. Junglaus [FDP]: Wann denn?)

daß dieser Vorschlag frauenfeindlich sei. Ich finde auch, daß dieser Vorschlag frauenfeindlich ist. Wenn Sie wissen, daß versicherte Arbeiterfrauen 469 DM Rente bekommen gegenüber Männern, die 1230 DM bekommen, wenn Sie wissen, daß bei der Angestelltenversicherung Frauen 767 DM, aber Männer 1684 bekommen, und wenn Sie das noch als leistungsgerecht bezeichnen, dann weiß ich nicht, wo Sie stehen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber ich weiß es, wo Sie stehen!

(A) **Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der mündlichen Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN, Drucksache 12/465, Kenntnis.

(Abg. Klein [CDU]: Hatte sich Frau Janz nicht gemeldet? — Glocke)

Wir haben Redezeiten vorgegeben, wenn die Redezeiten erschöpft sind, dann nützt es auch nichts, wenn man eine hohe Funktion in der Partei hat!

(Heiterkeit und Beifall)

### **Mangelhafte Verkehrsinfrastruktur für das Nieder- vieland und angrenzende Bereiche**

Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 4. April 1989  
(Drucksache 12/490)

Herr Senatsdirektor Osthaus, sind Sie bereit, die Antwort des Senats zu erteilen?

(Abg. Frau Uhl [SPD]: Nein!)

(B) Das Wort zur Geschäftsordnung hat die Abgeordnete Frau Uhl.

Abg. Frau Uhl (SPD): Herr Präsident, meine Herren und Damen! Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, ist interfraktionell, vielleicht ohne Ihr Wissen, vereinbart worden, daß dieser Tagesordnungspunkt ausgesetzt wird bis zur nächsten Landtagssitzung.

**Präsident Dr. Klink:** Wir haben festgestellt, daß der Punkt wegen des Punktes Behindertenpolitik abgesetzt wird.

Abg. Frau Uhl (SPD): Aber dies ist jetzt zusätzlich dazugekommen.

(Abg. Jäger [FDP]: Mit uns nicht vereinbart!)

**Präsident Dr. Klink:** Dem Präsidium ist auch nichts bekannt, aber das liegt natürlich im Benehmen des Plenums. Besteht der Wunsch, daß es heute abgesetzt wird?

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Abgeordnete Klein.

Abg. Klein (CDU): Herr Präsident, wir haben ja schon schon gehört, daß drei Kollegen der SPD am Reden gehindert waren, dazu gehört auch der Kollege Hettling. Er ist auf dem Weg nach Bonn, das ist uns mitgeteilt worden. Er ist also als Redner hier

nicht vorhanden, und wir wollen jetzt nicht diese Schwäche der SPD ausnutzen (C)

(Lachen bei der SPD)

und haben uns deshalb mit der Vertagung informell einverstanden erklärt. Ich habe einen Fehler gemacht, ich habe Herrn Jäger nicht vorher gefragt.

**Präsident Dr. Klink:** Ihr Antrag war so überzeugend, daß wir, glaube ich, das so machen werden.

(Abg. Kudella [CDU]: Aber die Antwort!)

Wer dafür ist, daß wir das heute absetzen, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und DIE GRÜNEN)

Ich stelle fest, dann kommt es auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

### **Bericht über den Erwerb von Gewoba-Anteilen durch bremische Kreditinstitute**

Mitteilung des Senats vom 21. März 1989  
(Drucksache 12/484)

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat Herr Senator Grobecker.

**Senator für Finanzen Grobecker:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! (D)

(Unruhe — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, ich bitte um mehr Aufmerksamkeit! Das Haus hat den Abgeordneten zugehört, jetzt sollten Sie dem Senator auch zuhören!

**Senator Grobecker:** Zumal ich die strikte Absicht habe, mich an Ihre Vereinbarung zu halten, die Redezeit nicht zu überschreiten!

Meine Damen und Herren, am 10. März 1989 hat die Bremer Gesellschaft für Wirtschaft und Arbeit ihre 25,6-prozentigen Anteile am Stammkapital der Gewoba an einen Bankenpool bestehend aus der Bank für Gemeinwirtschaft, der Deutschen Hypothekenbank, der Bremer Landesbank, der Sparkasse in Bremen und der Sparkasse in Bremerhaven verkauft. Der Plan des Senats, nach der Regionalisierung der Neuen Heimat Bremen bremische Kreditinstitute als Gesellschaft der Gewoba zu gewinnen, ist damit voll erfüllt. Nach dem eigenen Engagement zur Rettung des Unternehmens und dem damit erreichten Schutz der Mieter werden die jetzt beteiligten Kreditinstitute Bremen dabei unterstützen, die Gewoba langfristig zu stabilisieren.

Unter anderem hat der im Rahmen der Regionalisierung verabredete Zinsverzicht der Banken, fünf

(A) Millionen DM pro Jahr, das sind insgesamt 25 Millionen DM, die Gewoba spürbar entlastet. Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 1988 mit einem Bilanzgewinn von einer Million DM ab.

Die Gewoba erreicht mittlerweile eine Vollvermietung ihres Wohnungsbestandes, und sie macht weiterhin große Anstrengungen, um ihr Angebot zu verbessern. So hat sie sowohl für 1988 als auch für 1989 ein umfangreiches Instandhaltungs- und Modernisierungsprogramm aufgestellt und bereitet darüber hinaus spezielle Wohnungsangebote für Ältere und Behinderte vor.

Dies alles zu verwirklichen, bedarf es umsichtiger Planung und einer Menge Geld. Es ist deshalb in jedem Fall gut, wenn privatwirtschaftlich geführte Unternehmen bei den Gesellschaften der öffentlichen Hand ihren Sachverstand mit einbringen und Beraterfunktionen übernehmen.

Der Senat war schon zum Zeitpunkt der Regionalisierung der Meinung, das war damals hier sehr strittig, daß sich aus den gemeinnützigkeitsrechtlichen Fragen kein Risiko finanzieller Art ergeben würde. Dies ist inzwischen im Einvernehmen mit dem Rechnungshof auch Realität geworden. Eine Inanspruchnahme des Haushalts aus diesen Imponderabilien findet nicht statt.

Das Ziel der Sicherung der sozialen Bindung des Wohnungsbestandes der Gewoba ist mittlerweile erreicht. Wir bemühen uns jetzt gemeinsam, die Modernisierung voranzutreiben und für eine Verbesserung der Wohnqualität zu sorgen. Ich lege abschließend großen Wert darauf, meine Damen und Herren, dies in einem gemäßigten Ton vorgetragen zu haben, erinnernd an die hitzigen Debatten, die wir hier vor anderthalb Jahren geführt haben. — Danke schön!

(Beifall bei der SPD — Vizepräsident Frau  
L e i n e m a n n übernimmt den Vorsitz.)

**Vizepräsident Frau Leinemann:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Kudella.

Abg. **Kudella** (CDU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es war nicht vorauszusehen, daß diese beiden Tagesordnungspunkte direkt hintereinander kommen, aber ich wollte Sie auf einen Punkt hinweisen. In der Vorlage des Senats heißt es: „Die Übertragung der 25,6 Prozent des Gewoba-Stammkapitals von nominal 20 Millionen DM erfolgt zu 26 Pfennigen. Bremen selbst hatte die Anteile an der Gewoba von nominal 78 Millionen DM für eine DM erworben. Die Banken zahlen den anteiligen Einstandspreis.“ Das heißt, die Banken steigen hier für 26 Pfennig ein, und dieser Anteil ist nun von seiten des Senats gefeiert worden.

So heißt es in einer Pressemitteilung des Senats vom 21. März 1989: „Neben dem eigenen Engagement zur Rettung des Unternehmens und dem damit bezweckten Schutz der Mieter werden die nunmehr

beteiligten Kreditinstitute Bremen dabei unterstützen, die Gewoba langfristig weiter zu stabilisieren.“ Senator Grobecker: „Auch die Kreditwirtschaft hält die Beteiligung an der Gewoba für wirtschaftlich vernünftig. Dadurch wird das bundesweite Ansehen der Gewoba Bremen zusätzlich gestärkt.“

Meine Damen und Herren, was den meisten nicht aufgefallen ist, ist die Ermächtigung im Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen 1989 in Paragraph 8 Absatz 7. Ich zitiere: „Im Rahmen der Veräußerung von Anteilen an der Gewoba, Gemeinnützige Gesellschaft für Wohnungsbau und Wohnungsbewirtschaftung mbH, an ein Bankenkonsortium wird der Senator für Finanzen ermächtigt, diese Banken von Nachteilen freizustellen, die sich aus deren zusätzlicher Stellung als Gesellschafter aufgrund gesetzlicher Bestimmungen und der Rechtsprechung dazu ergeben.“

Meine Damen und Herren, das ist der wirkliche Tatbestand. Die Banken tragen keinerlei Risiko. Der Finanzsenator kann sie von dem Risiko völlig freistellen. Meine Damen und Herren, das ist ja ein schöner Deal, an den Gewinnen werden die Banken beteiligt, von den Verlusten werden sie freigestellt. Auch eine eigene Art sozialdemokratischer Politik in Bremen!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Frau Leinemann:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Frehe.

Abg. **Frehe** (DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben damals der Übernahme der Anteile an der Gewoba durch den Senat zugestimmt und sie begrüßt, weil wir uns davon versprochen, daß die Mietverhältnisse und die Sozialbindungen in diesen Mietverhältnissen gesichert werden und damit die Chance einer kommunalen Wohnbaupolitik ermöglicht wird, die auch eine Demokratisierung der Mietermitbestimmung einschließt, und schließlich, daß neue Formen vielleicht auch genossenschaftlichen Wohnungseigentums vom Senat konzipiert werden können. Nun aber sollen die Banken beteiligt werden!

Wir sind grundsätzlich nicht dagegen, daß die Banken einen Anteil an der Gewoba übernehmen. Allerdings sind wir der Auffassung, daß dies nur geschehen sollte, wenn die Banken auch einen Konsolidierungsbeitrag leisten, also nicht nur nicht von Risiken freigestellt werden sollten, sondern auch noch einen weiteren Konsolidierungsbeitrag leisten. Das könnte zum Beispiel durch die Umwandlung von Forderungen in Eigenkapital geschehen. Als Äquivalent dazu könnte dies auch durch die Vereinbarung zinsgünstiger Darlehen gerade für den jetzt neu stattfindenden Wohnungsbau erfolgen. Solche vertraglichen Vereinbarungen halten wir bei diesem doch für die Banken durchaus interessanten Zugriff, jetzt, wo die Gewoba kurz vor den schwarzen Zahlen steht, für wichtig.

(C)

(D)

(A) Wir fordern daher vor allem die Offenlegung des Vertrages, denn wir können nicht einsehen, welche Risiken, welche sonstigen Vereinbarungen in diesem Vertrag noch enthalten sind! Wir fordern, daß in dem Vertrag mit vereinbart wird, daß eine unbefristete Wohnungsbindung erfolgt! Wir fordern eine schon in der Debatte zur Wohnungsnot angesprochene Erweiterung der Belegungsrechte und daß Neubauplanungen von der Gewoba nicht primär unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten, sondern auch unter dem Gesichtspunkt der Wohnungsnot stattfinden! Wenn dies mit den Banken vereinbart werden kann und die Sperrminorität nicht dazu ausgenutzt wird, eine solche Wohnbaupolitik zu verhindern, dann sind wir damit einverstanden.

Ein Letztes: Ein großes Risiko sehen wir bei der Vereinbarung darin, daß ab 1. 1. 2004 diese Anteile frei veräußert werden können, wie wir der Mitteilung des Senats entnehmen. Was heißt das? Wenn diese Anteile frei veräußert werden können, befürchten wir, daß zu rein spekulativen Zwecken dieses Paket von über 25 Prozent und damit die Sperrminorität an ein anderes Institut weitergegeben werden kann und damit ganz andere Formen von Politik betrieben werden, als dies ein kommunales Wohnungsbaunehmen tun sollte. Deswegen fordern wir, daß über diese Bedingungen der Beteiligung weiter verhandelt wird, aber wir zunächst einmal, um das auch beurteilen zu können, was das bedeutet, den Vertrag offengelegt bekommen. — Danke schön!

(B)

**Vizepräsident Frau Leinemann:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Klatt.

**Abg. Klatt (SPD):** Frau Präsident, meine Damen und Herren! Kollege Kudella, Sie können hier natürlich alles vermiesen. 1987 sah es mit der Neuen Heimat, jetzt Gewoba, sehr schlecht aus, so daß praktisch niemand mehr ein Stück Brot für sie gegeben hätte, die Mieter unruhig waren und keiner wußte, was mit diesem Riesenkonzern passiert. Als der Senat, an der Spitze Bürgermeister Wedemeier, den Mut hatte, zusammen mit dem Finanzsenator ein Konzept zu entwickeln, da haben Sie alles nur mies gemacht. Nachdem endlich alles gelaufen ist, suchen Sie immer noch ein paar Punkte zum kritisieren. Ich meine, Sie sollten den Mut haben anzuerkennen, daß diese schwierige Sache positiv gelöst ist im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern.

(Beifall bei der SPD — Abg. Kudella  
[CDU]: Sagten Sie, gelöst ist?)

Kramen Sie doch nicht an diesen 26 Pfennig herum, indem Sie sagen, das sei ein Anteil! Das ist doch ein symbolischer Wert. Natürlich sind die Banken dabei, und die übernehmen auch ein Risiko, das ist doch völlig klar. Erzählen Sie doch nicht solche Sachen! Die Banken steigen doch nur ein, wo sie auch verdienen und wo natürlich auch ein gewisses Risiko

da ist. Also, Sie sollten das nicht so mies machen, das ist meine Bitte. Sie verstehen von der Sache viel mehr, um hier so argumentieren zu müssen. Sie sollten daher auch den Mut haben und sagen: Okay, damals hatte ich eine andere Meinung, jetzt ist es aber gut gelaufen, jetzt stehe ich dazu, und das ist wirklich im Interesse der Mieter. Aber den Mut haben Sie ja nicht, schade eigentlich!

(C)

(Beifall bei der SPD)

Die Mitteilung des Senats vom 21. 3. 1989 ist nicht nur eine fiskalische, in der gesagt wird, wie hoch der Anteil der Banken ist, sondern sie beinhaltet viel mehr. Die Übernahme von 25,6 Prozent der Gewoba-Anteile, die bisher im Besitz der Bremer Gesellschaft für Wirtschaft und Arbeit waren, ist die konsequente Weiterverfolgung des Ziels, privatwirtschaftlich geführte Unternehmen als Mitgesellschafter für die Gewoba zu gewinnen. Die Banken, und zwar in diesem Fall die Bank für Gemeinwirtschaft, die Deutsche Hypothekenbank, die Bremer Landesbank, die Sparkasse in Bremen und die Sparkasse Bremerhaven, übernehmen nicht nur eine Beteiligung an der Gewoba, sie übernehmen auch eine Sozialverantwortung für die Mieter, für 40 000 Wohnungen und für 100 000 Menschen mit ihren Familien.

Man sollte den Banken allerdings auch sagen, daß jetzt nicht nur buchhalterisch verdient werden soll, sondern eine Sozialverantwortung hier übernommen wird. Es ist außerdem so, daß von den acht Mandaten in dem Aufsichtsrat zwei an die Banken abgetreten werden, das ist juristisch einwandfrei, dann haben die Banken natürlich auch die Verpflichtung, an der Geschäftspolitik mitzuwirken.

(D)

Ich will das jetzt nicht ummünzen, weil wir wissen, daß die Banken oft ohne Risiko Geld verdienen wollen. Da fällt mir der Spruch von Mark Twain ein: „Ein Bankier ist ein Mensch, der Ihnen bei schönem Wetter einen Regenschirm leiht und ihn zurückverlangt, sobald es regnet.“ Ich hoffe nicht, daß die Banken nach diesem Grundsatz verfahren werden. Aber wir werden das ja auch beobachten, parlamentarisch begleiten, daß die Banken auch in diesem Fall eine Sozialverantwortung mit übernehmen wollen.

1987 hat der jetzige Fraktionsvorsitzende der FDP, Herr Jäger, gesagt, ob die Regionalisierung als gutes Geschäft zu bewerten sei, hänge davon ab, ob sich die Banken tatsächlich zu einem Viertel beteiligen würden. Das haben Sie damals gesagt, nachzulesen auch in der Presse. Dies ist jetzt vollzogen worden, Kollege Jäger. Sie haben sich schon gemeldet, Sie werden dies sicher begrüßen, daß es jetzt so vollzogen wurde.

(Abg. Jäger [FDP]: Ich bin sehr dankbar für das Stichwort!)

Deshalb bedanke ich mich auch beim Senat, auch wenn der das nicht für so wichtig zu erachten scheint. Doch, der Senator sitzt da! Herr Senator

(A) Grobecker, ich sehe natürlich immer erst nach rechts, um den Senat zu entdecken, ich wußte nicht, daß Sie dort sitzen. Ich bedanke mich also beim Senat, insbesondere auch beim Finanzsenator. Sie wissen, ich habe eine kritische Distanz zum Senat, aber wenn es erforderlich ist, werde ich mich auch bedanken. Der Senat hat das Problem Neue Heimat gut gelöst.

(Beifall bei der SPD)

Ich meine, daß Wohnung keine Ware sein darf, und ein Dach über dem Kopf, eine Wohnung zu besitzen, ist auch ein Teil Menschenwürde. Der Artikel 14 der Bremischen Landesverfassung lautet wie folgt: „Jeder Bewohner der Freien Hansestadt Bremen hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung. Es ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden, die Verwirklichung dieses Anspruchs zu fördern.“ Die bisherige Entwicklung seit der Regionalisierung der Gewoba hat gezeigt, daß der 1987 eingeschlagene Weg — begleitet von vielen kritischen Stimmen, an deren Spitze auch eine Bremer Tageszeitung — der richtige Weg war.

Die Wohnungspolitik ist damit aber nicht beendet. Was wir brauchen, sind neue Wohnungen, schnellere Bearbeitung der Bauanträge durch die Baubehörden und schnellere Genehmigungen. Wir brauchen keine neuen Erhebungen, keine neuen Gutachten oder Analysen, die nur bestätigen können, was wir bereits wissen, daß wir zu wenig Wohnungen haben. Wir brauchen weniger Bürokratie. Es gibt Fälle, da sträuben sich einem die Haare, wie lange die Baubehörde braucht, um Bauanträge zu genehmigen, da befürchtet man, das sei keine Betreuung, sondern eine Verhinderungstaktik. Wir brauchen weniger Bürokratie, und wir brauchen nur den Verfassungsauftrag, daß jeder einen Anspruch auf eine Wohnung hat, da dies ein Teil der Menschenwürde ist, und deshalb meine ich, ist dies der erste Weg.

Aber der Weg darf nicht beendet sein, wir müssen weiter. Wir brauchen neue Wohnungen. Bernd Meyer, der ehemalige Senator, jetzt Abgeordneter, hat das gestern auch dargelegt. Ich meine, daß dieses Verfahren auch in den Behörden ein bißchen beschleunigt werden muß. Ich wollte diese Debatte zum Anlaß nehmen, um darauf hinzuweisen, daß dies in Zukunft ein bißchen besser und schneller geht als in der Vergangenheit, weil dahinter Familien stehen. Unser Wählerauftrag darf sich nicht darin erschöpfen, daß wir gute Reden halten, sondern wir sollten dann auch sehen, daß unsere Beschlüsse in der Verwaltung umgesetzt werden. — Vielen Dank!

**Vizepräsident Frau Leinemann:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Jäger.

Abg. **Jäger (FDP):** Frau Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Klatt, ich

bin Ihnen dankbar für das Stichwort, das Sie mir gegeben haben. (C)

(Abg. Meyer [SPD]: Man muß auch einmal ein bißchen Glück haben!)

Wir haben in der Tat 1987 gesagt, daß wir dieser Regionalisierung sehr viel mehr abgewinnen könnten, wenn sich wirklich Banken beteiligen würden. Der Inhalt des damaligen Konzeptes war die Aussicht, daß Banken ohne jede Risikoübernahme hineinkommen. Daß jetzt vollzogen wird, was wir damals schon für sinnvoll gehalten haben, Herr Klatt und Herr Grobecker, führt selbstverständlich für uns zu einer Zustimmung zu der hier vorgelegten Vorlage.

Aber ich will auch noch zwei Sätze zu der allgemeinen Frage der Gewoba sagen. Ich bekenne hier, wir haben hinsichtlich der Erwartungen des Risikos der Übernahme in unserer Prognose nicht richtig gelegen, aber nicht nur wir, sondern Sie alle haben nicht richtig gelegen, denn daß die Gewoba jetzt keine Leerstände hat, sondern Nachfrage besteht, wußte — das räumen Sie sicher ein — vor zwei Jahren niemand. Insofern ist es mittelbar die Politik dieser Bundesregierung, wenn Sie mir das einmal eben gestatten,

(Abg. Hoyer [SPD]: Nein! — Abg. Wenke [SPD]: Das mußte kommen!)

die dazu führt. (D)

Aber ja, natürlich mußte das kommen! Ja, Sie können nicht nur die eine Seite haben, Sie müssen beide nehmen. Die Politik der Bundesregierung hat dazu geführt, daß massiv Nachfrage nach Wohnungen entsteht, insbesondere durch Aus- und Umsiedler,

(Abg. Wenke [SPD]: Das glaubt Ihnen doch keiner!)

und ich kann mir vorstellen, Herr Grobecker, daß der ehemalige Senatsdirektor Eberhard Kulenkampff mit Dankbarkeit auf diese Entwicklung sieht und sich freut, daß die Leerstände der Gewoba zurückgeführt worden sind.

(Abg. Kudella [CDU]: Wo er recht hat, hat er recht!)

Also, wir waren damals der Meinung, die Banken sollten sich beteiligen, sie tun es jetzt, und daß sie es tun, meine Damen und Herren, ist natürlich Ausdruck einer veränderten Einschätzung der geschäftlichen Entwicklung, das ist doch klar! Die Banken erhalten das relativ preiswert. Es gibt im übrigen, Herr Grobecker, Sie haben darauf hingewiesen, auch ein Problem bei der Risikoübernahme, wenn die Banken Kreditgeber sind. Das ist nämlich rechtlich problematisch, aber es hätte selbstverständlich rechtliche Konstruktionen gegeben, mit denen man dies hätte umgehen können.

(A) Daß die Banken sich jetzt beteiligen, ist Ausdruck einer gewissen Zuversicht, mit der diese Gesellschaft gesehen wird, und ich sage hier auch ganz deutlich: Wir freuen uns, daß diese Gesellschaft, die ja immer noch ein Instrument staatlichen und damit auch irgendwo parteipolitischen Handelns ist, herausgeholt wird aus diesem Dunstkreis und in die Mitverantwortung von Banken gerät, von denen wir, was ihren wirtschaftlichen Sachverstand, was ihren Umgang mit Geld angeht, allemal mehr halten als von einer rein staatlichen Gesellschaft.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Frau Leinemann:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

#### Förderung der plattdeutschen Sprache

Antrag der Fraktion der FDP  
vom 4. April 1989  
(Drucksache 12/498)

Die Beratung ist eröffnet.

Dazu begrüße ich vom Senat Herrn Senator Grobecker.

(B)

(Abg. **Dittbrenner** [SPD]: Der redet platt?)

Herr Senator Grobecker ist in der plattdeutschen Sprache perfekt, habe ich eben gehört, und wird sicher die richtige Antwort geben.

(Heiterkeit)

Das Wort hat der Abgeordnete Neujahr, in plattdeutsch natürlich!

Abg. **Neujahr** (FDP): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir zunächst auszugsweise einige kurze Zeilen aus einem Ihnen allen wohl bekannten plattdeutschen Gedicht und Lied im übrigen!

„Oolt Petrus seet an'n Himmelsdoor, so miesepetrig, he harr den Snuppen, he weer verkeuhlt, dat Door weer nich recht dicht. Uns Herrgott keem, seeg em dat an, verschreev em Medizin un seggt: Mien Jung, so nimm du man 'n poor düchtige dor von in.

Un nu wüllt wi mal eben hören, as dat up hochdütsch klingen deit: Der alte Petrus saß an der Himmelspforte, ihm war nicht gut zu Mute. Er hatte Schnupfen, er hatte sich erkältet, weil die Pforte nicht völlig geschlossen war. Da kam der Herrgott, er erkannte, daß Petrus erkältet war. Er verschrieb

ihm eine Medizin und sagte zu ihm: Petrus, nun nimm einmal eine große Portion davon ein! (C)

(Abg. **Werner Fischer** [CDU]: Dat klingt nich so good!)

Se maakt sülben den Verscheel. Veel, wat up Platt fein seggt ward, dat klingt up Hoch lachhaft, as keem dat von hoch boben upsett un up Stöckerbeen darher or as weer dat von boben upproppt. Wat dat Plattdütsche egen ist, dat is de eenfache, drastische Utdruck, das sünd de Biller in de Spraak, dat is kort un knapp seggt un liekers vull von Klang un Melodie.

(Abg. **Dr. Koring** [SPD]: Der hat aber ein Manuskript!)

Dat is recht, ik heff en Manuskript. Na mien Menen gifft dat keen anner Spraak in de Welt, wo ik allens, wat ik föhl un wat mi bewegen deit, so klaar un eenfach seggen kann as in Platt un wat de anner mi toglööv't un wo ik em mit övertügen kann. Plattdütsch is en Spraak, de vun dat Woort her leevt un de heel lebennig is.

Un jüst dorum dröff dit Spraak nich verloren gahn. Noch is dat so, dat vele ole Lüüd platt snacken köönt, un up de Warften un in'n Haben kann een Platt noch hören. Dar gifft avers vele Lüüd bi us un unner us, de köönt all meist gor keen Platt mehr, köönt dat am Enn gor nich mehr verstahn. Kickt een avers genau hen, denn warrt he wies, dat vele Minschen upmarksaam tohöört, wenn platt snackt warrt, un dat disse Spraak up jung un oold un sünnerlich ok up Schoolkinner enen deepen Indruck maakt. (D)

Spraaklosigkeit up de een Siet un Spraakintensität up de anner Siet, dat steiht kunträär to enanner. Na Menen von us Partei von de FDP is dat wichtig, dat disse kunträär Gegensatz ut de Welt kummt. Dat ole hier wussen un noch lebennig Plattdütsch un de eenfache un klare Seggwies dröffen nich verloren gahn. De Verlust is avers blots denn uptoholen, wenn die plattdütsch Spraak in dat ganze Land pleegt un fördert warrt. Hier mutt de Senat, de ja de Landesvadder is tohopen, de Landeskinner Hölp anbeden.

Wi sünd von den Senat verlangen, he schall en Programm upstellen un utarbeiten laten, na dat dit ole Kulturgood plattdütsch Spraak fördert warrn kann un wo Gefahr für Plattdütsch mit afwendt warrn kann.

Wat ik noch seggen will, un dat mut ik noch eenmal seggen: Wenn mien Platt hier noch nich so recht schier un glatt weer, as dat egens na de ole Aart harr sien müßt, denn hett dat sienen Grund: Vun 'n Senat heff ik noch keen Hölp kregen, dat ik dat so heel und deel richtig maken kunn. — Ik bedank mi düchtig für dat Tohöörn!

(Beifall)

**Vizepräsident Frau Leinemann:** De nächste is nu de Abgeordnete Fru Bohling.

(A) Abg. Frau **Bohling** (CDU): Fru Präsident, miene Damen, miene Herren! Velen Dank, Fru Präsident, dat wi hier vondaag up plattdüütsch snacken drööv. Ik segg glieks darbie, aver blot hüüt dit eene Mal. För de Protokollführers heff ik dat ok up plattdüütsch upschreven. Ik harr mi dacht, dat is dann eenfacher to schrieven.

(Beifall)

Is mööglich, dat dar Fehlers in sünd, plattdüütsch schrieven do ik nich jeden Dag. Dit schall denn hüüt use Hochachtung vor de plattdüütsche Spraak wesen und vor all de Lüüd, de se noch snacken doot.

Ik will för de CDU-Bürgerschaftsfrakschoon to den Andrag mit de Drucksaken-Nummer 12/498 von de FDP-Frakschoon dat Woort nehm. De Senaat warrt beeden, bit ton 30. September dit Johr us mittodelen, as he dat Plattdüütsche in Bremen vorandrievell will. Ik segg glieks vorweg, dat de CDU-Bürgerschaftsfrakschoon dissen Andrag tostimmt, aver wi dröfft kene leeren Verspreken maken.

(Beifall bei der CDU — Abg. Werner Fischer [CDU]: De Senaat mutt mit Geld röverkamen!)

Weeßt Bescheed!

(B) Den Andrag vörutgahn is en Schriftwessel twischen dat plattdüütsche Seminaar in dem Fachberiek twölf ane Universität Bremen un dem Präsidenten von de Bremische Bürgerschaft. Ik meen, nu mööt ji nich glieks Puhee schreen, wenn ji dat hören doot, eerst mal nadenken, denn nu is disse Andrag just so richtig maatschniedert för den Herrn Senator Franke. Nu kann Herr Senator Franke fein vertellen, wat in Bremen allens för de plattdüütsche Spraak maakt waart, un dat will ik jo glieks beter sülben verklaren. De Senator hett jo all genug noch vörtostellen.

Also, dar giff dat dat plattdüütsche Seminar ane Uni, dat heff ik all seggt. Dat Ernst-Waldau-Theater warrt unnerstützt, kannst in'n Huushalt nalesen. In Bremerhaven warrt de Nederdüütsche Bühne Woterkant von dat Stadttheater Bremerhaven unnerstützt. Ok en Institut für nedderdüütsche Spraak giff dat in Bremen. In dem Lehrplan för de Scholen in Bremen giff dat ok Unnerrichtsdele för Plattdüütsch, alerdings mit dem Tosatz, dat de Lehrers ok darto in'n Laag wesen mööt. Ja, un wenn dat nu nich so is?

(Abg. G a s s d o r f [CDU]: Dann Latein reden!)

Ik glööv, dar mutt woll noch een beten mehr up acht warrn, Herr Senator Franke!

Bi'n Rundfunk kunn dat Plattdüütsche ruhig een beten mehr tonehmen. Dar sünd de plattdüütschen Hörspelen trüchgahn.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei der FDP)

Ik men ok, dat oole plattdüütsche Wöör, de man nich mehr kennt, naforscht un henschrievn warrn mööt. Anners gaht se verloren, oder deit dat all dat Institut för nedderdüütsche Spraak?

Dennso mutt ik noch wat seggen: Wenn ik hier up platt snacken do, denn is dat keen Jokus, ganz gewiß nich. Plattdüütsch is nämlich use oole Kulturspraak, Plattdüütsch is en egenständig Spraak un keen Mundaart un keen Dialekt. Dat is wissenschaftlich faststellt warrn.

(Beifall)

Dat hett ok nix to doon mit bilingual.

(Heiterkeit und Beifall)

Vele von us sünd nu bilingual upwussen, nu könnt Se all an mi sehn, dat dat nix to doon hett mit Elite

(Heiterkeit und Beifall)

un ok nich mit utsorteern.

De plattdüütsche Spraak hett en egen Entwicklung un en egen Grammatik. Hochdüütsch is en künstliche Spraak. Von Martin Luther, wenn he de Bibel schreven hett, kummt dat Schriftdüütsch. He wull gliekermaten to de dree hilligen Spraaken Hebräisch, Griechisch un Latein de düütsche Hochsprak setten.

(D) Darmals hett dat einfach en Befehl geven, eine Verordnung, un all Lüüd hier in'n nedderdüütschen Sprachruum müssen hochdüütsch lernen un hochdüütsch snacken un hochdüütsch schrieven. All de lütten Staaten kunn sik so beter verstahn. Aber so wat kannst nu nich mehr maken, einfach befehlen. Nu warrt dat umgekehrt, nu warrt wedder plattdüütsch snackt un schrieven.

Ok Senator Franke kunn dat nich so einfach umstöten. So einfach is dat nich.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei der FDP)

Use Plicht is, dat Plattdüütsch to plegen, plattdüütsch to Huus to snacken mit de Kinner, mit de Grootkinner, plattdüütsch to singen un plattdüütsch to lesen. Jeder mutt bi sik sülben anfangen, wenn dar wat verännert warrn schull. He weet jo sonst gar nich, wovon he snackt. Herr Senator kann dar woll nich veel mehr bi doon, as dat nu all doon warrt.

Noch wat to Plattdüütsch in 'n Parlament: Hochdüütsch wär darmals en Fremdspraak. Nu is dat use Kultur-, nu is dat use Umgangs- un Schriftsprak. Darum könnt wi ok im Parlament nich plattdüütsch snacken. Wenn mien Hart ok för disse Spraak sleit, denn so hebbt wi doch as Parlamentariers de Plicht, darför to sorgen, dat us alle Lüüd verstaht, ok in de annern Bundesländer. In de annern Parlamente könnt se ja Dialekt snacken, dat kannst ja noch verstahn, bi us giff dat blot de Alternative Plattdüütsch oder Hochdüütsch, un wi dröfft ok nich all de velen

(A) Lüüd Gewalt andoon un se nödigen, de keen platt-düütsch verstaht, de hier bi us gar nich to de Welt kamen sünd.

Wi möt ene klare Trennung maken twischen de Spraak, de dat Volk snackt, un de Amtsspraak, de alle Lüüd verstaht. Um sik to verständigen, mutt man den lüttsten gemenen Nenner söken. Wenn en Spanier un en Japaner sik ünnerholen wüllt, snackt se englich, un verstahn mööt wi us ja, wenn wi ok ener Menen nicht jümmer sünd.

(Beifall)

**Vizepräsident Frau Leinemann:** Nu is de nächste, de nu snackt, de Abgeordnete Fluß.

Abg. **Fluß** (SPD): Leve Präsidentin, mien Deern Anneliese, miene Damens un Herren! Ok wenn use Plattsackers von de Deputaschoon Wissenschaft un Kunst, dat is de Herbert Brückner ut Schwarme, vondaag nich dar is, schall ik woll seggen, dat wi dat mitmaakt, wat de FDP vorgelagen deit. So, dat is all allens, wat ik seggen wull.

(Heiterkeit und Beifall)

**Vizepräsident Frau Leinemann:** Von de Grönen snackt nu de Abgeordnete Fru Ahrens. Dat is woll so'ne Jungferrede.

(B) Abg. Frau **Ahrens** (DIE GRÜNEN): Ik heff aver glieks ene Fraag, ob Se mi all verstaht up Platt. — Danke!

Fru Präsidentin, verehrte Herren und Damen! Ik begrüße, miene Frakschoon un ik, utdrücklich, wat die FDP hier beandragt hett. Ik meen, dat dat ok ganz wichtig is bi ene Kultur, de so in't Utstarven begriffen is, dat wi de wirklich am Leben erholen schüllt un dat wi se pleegt. Mi dücht ok, dat sik manche Dinge up plattdüütsch veel netter seggen doot als up hochdüütsch.

(Beifall)

Mi dücht, un dat kann ik ut egener Erfahrung seggen, ik bün plattdüütsch un hochdüütsch upwussen, un ik heff dat noch nich erleevt, wat in den lesten Jahren verschiedene Kinner, vor allem Buurnkinner, erlevt hebbt, nämlich dat de Ollern sik jümmer schaamt hebbt, dat eere Kinner blot plattdüütsch snacken schüllt. Vondaag is dat ja nu en beten anners worrn, nu is dat woll ganz schick un „gesellschaftsfähig“, un ik finn, dat schüllt wi doch „begröten“.

(Senator **Grobecker**: Schick!)

Wi schüllt ok de Gelegenheit wirklich wahrnehmen, unner us, wenn Bedarf is, platt to snacken. Ik beed ok en Spraakurs an för Lüüd, de

(Heiterkeit und Beifall)

Interesse daran hebbt.

(C)

(Zuruf von Senator **Grobecker**)

Nee, dumm Tüüg will ik nich snacken, dat överlaat ik manche anner, de sik dafür beropen föhlt!

(Beifall)

Ik wör mi freien, wenn Senator Horst-Werner Franke disse Anregung ok wirklich upgriepen dee, un vor allen Dingen ok, wenn sik genoog Lehrkräfte finnen wörrn, dat dat mal an die Scholen wirklich to'n Lehrfach wurd. Dat wär mien Anliegen, un insofern möcht ik mi nu ok för de Upmerksamkeit bedanken, un ik hoop, dat use Anregungen un Appelle ok Früchte dreegt. — Danke schön!

(Beifall)

**Vizepräsident Frau Leinemann:** Nu wüllt wi mal hören, wat us Senator Franke darto seggt!

**Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst Franke:** Fru Präsidentin, Hohet Huus, leeve Lüüd! Ik mutt bekennen, dat ik nich richtig platt snacken kann, ik bün Flüchtling.

(Heiterkeit und Beifall)

Use Platt-Senator, dat is use Clausemann, de Grobecker, un ut dissen Grund schall he nu in'n Namen von de Senaat en paar Wöör seggen.

(D)

(Heiterkeit und Beifall)

Mi dücht, he is för de Saak von de plattdüütsche Spraak de richtige Kierl, he sülden is en Tagenbaren, un he harr dat Geld.

(Heiterkeit und Beifall)

**Vizepräsident Frau Leinemann:** Ja, Senator Grobecker, nu komm man ran!

**Senator für Finanzen Grobecker:** So hebbt wi us nich verstahn, dat will ik seggen! Also, Kollegs, ik will jo nich so lang dartwischenquaken, wi vertellt dat allens noch eenmal in'nen Senaat, drückt dat onnich dör. Soveel will ik nu all seggen: Veel Geld draff dat nich kösten.

(Abg. Frau **Steinhöfel** [SPD]: Dat kennt wi all!)

Un darna koomt wi hier wedder her un vertellt jo, wo dat geiht. Jedenfalls, dat steiht fest: So ene Initiative as von de Freen Demokraten, de harrn wi ok beter sülden maken köönt.

(Heiterkeit und Beifall)

**Vizepräsident Frau Leinemann:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

- (A) Die Beratung ist geschlossen.  
Wir kommen zur Abstimmung.  
Wer dem Antrag der Fraktion der FDP mit der Drucksachen-Nummer 12/498 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!  
Ich bitte um die Gegenprobe!  
Stimmhaltungen?  
Einstimmig angenommen!

**Gesetz zur Änderung des Vergnügungssteuergesetzes**

Mitteilung des Senats vom 11. April 1989  
(Drucksache 12/501)  
1. Lesung

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Grobecker.

Wir kommen zur ersten Lesung.  
Die Beratung ist eröffnet.  
Das Wort hat Herr Senator Grobecker.

**Senator für Finanzen Grobecker:** Frau Präsidentin, es ist vereinbart worden, daß die erste Lesung ohne Debatte stattfinden soll!

(Abg. Klein [CDU]: Nein, nein, wir wollen das jetzt debattieren, ganz kurz!)

- (B) Wenn Sie erlauben, werde ich in kurzen Worten meine Einbringungen im Text sagen, ja?

(Abg. Klein [CDU]: Aber ohne Vergnügungssteuer, Herr Senator!)

Verehrter Herr Klein, da müßte ich ja ständig Vergnügungssteuer bezahlen, weil Sie mir dauernd so ein Vergnügen bereiten!

Frau Präsident, meine Damen und Herren! Der Senat bittet Sie, das Vergnügungssteuergesetz in vier Punkten zu ändern: erstens, den Steuergegenstand der Spiel- und Unterhaltungsautomaten neu zu fassen, zweitens, den Entgeltbegriff neu zu definieren, drittens, eine Rechtsgrundlage für Mitteilungen der Ordnungsbehörden an die Steuerverwaltung zu schaffen, und — das ist der eigentliche Kern und der wichtigste Punkt — den Steuersatz für Geldspielgeräte in Spielhallen zu erhöhen sowie einen besonderen Steuersatz für Kriegsspielgeräte einzuführen.

Für diese Änderung gibt es reichlich Anlaß. Erstens, Spielgeräteaufsteller wenden sich verstärkt gegen die Erfassung von Billard- und Tischfußballgeräten. Hierbei berufen sie sich auf ein Urteil des Verwaltungsgerichts Darmstadt vom 27. März 1979. Das Gericht ist der Auffassung gewesen, daß es sich bei den Billard- und Tischfußballgeräten nicht um Automaten handelt. Nach dem Zweck des Vergnügungssteuergesetzes jedoch sind diese Geräte zu erfassen und bisher auch erfaßt worden, die Neufassung stellt also lediglich eine Klarstellung dar.

Zweitens, meine Damen und Herren, Tanzveranstaltungen werden immer seltener besteuert, weil die Veranstalter keinen Eintrittspreis erheben, an den die Vergnügungssteuer anknüpft. Statt dessen werden höhere Preise für Speisen und Getränke verlangt oder Verzehr Gutscheine ausgegeben. Der neue in diesem Gesetz enthaltene Entgeltbegriff ermöglicht die steuerliche Erfassung.

Drittens, Genehmigungen für Spielhallen und andere steuerpflichtige Veranstaltungen dürfen aus Gründen des Datenschutzes ohne eine besondere Rechtsgrundlage nicht der Steuerverwaltung mitgeteilt werden.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

Um für die ordnungsgemäße Besteuerung zu sorgen und Aufwendungen für sonst notwendige eigene Ermittlungen und Feststellungen zu sparen, ist es erforderlich, daß personenbezogene Daten aus dem Gewerbe- und Ordnungsrecht für Zwecke der Vergnügungssteuer mitgeteilt werden dürfen. Die Neufassung des Gesetzes schafft die entsprechende Rechtsgrundlage dafür.

Schließlich zum wesentlichen Kernpunkt dieses Gesetzes, der Erhöhung des Steuersatzes für Geldspielgeräte in Spielhallen und zum besonderen Steuersatz für Kriegsspielgeräte! Bremen hat als erste Großstadt die Vergnügungssteuer für Spielautomaten nach Aufstellungsarten unterschieden. Der Steuersatz für Geldspielgeräte in Spielhallen wurde dabei auf 100 DM je Gerät und Monat festgesetzt. Für diese Maßnahme gab es zwei Gründe: Einmal war es rein steuerrechtlich unter dem Gesichtspunkt der Einnahmeerzielung angemessen, die intensiver betriebenen Geräte in den Spielhallen auch höher zu besteuern als anderswo.

Zum anderen ist Ihnen allen die Diskussion über die erheblichen Gefahren einer ungebremst sich ausbreitenden Flut von Spielhallen in den Städten bekannt. Zuviel Spielhallen bedeuten allgemeine und insbesondere sozialpolitische Gefahren und laufen dem Ziel zuwider, wohnliche Städte zu schaffen. Das bestehende Baurecht bietet nur wenig Handhabe, der Ausweitung von Spielhallen zu begegnen. In Bremen wurden aber immerhin 32 Bebauungspläne rechtsverbindlich beschlossen, die unter anderem der Verhinderung von Spielhallen dienen. Weitere 21 Planverfahren mit derselben Zielrichtung befinden sich in Vorbereitung.

Inzwischen hat sich gezeigt, daß andere Großstädte bei der Verfolgung dieser Zielsetzung erheblich höhere Steuerbeträge angesetzt haben. Dem liegt die Erfahrung zugrunde, daß ein Steuersatz in Höhe von etwa 100 DM, also der bisherige Steuersatz in Bremen, offensichtlich nicht ausreicht, die Ausbreitung der Spielhallen im erforderlichen Umfang einzudämmen. Der Senat sieht sich daher veranlaßt, der Bürgerschaft eine sachgerechte Erhöhung des

(C)

(D)

- (A) Steuersatzes auf 200 DM je Gerät und Monat vorzuschlagen.

Hinzu kommt, daß die Haushaltslage in Bremen es nicht zuläßt, auf mögliche Einnahmequellen zu verzichten, die auf immerhin 2,5 Millionen DM für Bremen und Bremerhaven zu beziffern sind. Die Zukunft muß erweisen, ob der jetzt angestrebte Steuersatz derjenige ist, der den Verhältnissen gerecht wird, oder ob weitere Erhöhungen zu erfolgen haben.

Ganz wesentliche Bedeutung mißt der Senat einer neuen Komponente des Gesetzes zu, nämlich unabhängig vom Aufstellungsort, ob in Gastwirtschaften oder in Spielhallen, Geräte mit einem besonderen Steuersatz von 300 DM pro Monat und Gerät zu verlegen, die Krieg und Gewalt verherrlichen oder verharmlosen. Eine entsprechende Regelung findet man bereits in niedersächsischen Städten. Sie ist an den Paragraphen 131 des Strafgesetzbuches angelehnt, der Schriften und Darstellungen in Radio und Fernsehen mit entsprechendem Inhalt unter Strafe stellt.

Der Senat erwartet, daß die Regelung zu einer deutlichen Einschränkung derartiger Spielprogramme führen wird. Er hält es für wichtig, weil eine, wenn nicht sogar die zentrale Frage für Politik damit angesprochen ist, ein Zusammenleben der Menschen in Frieden und gegenseitiger Achtung zu gewährleisten. Damit ist nicht vereinbar, wenn öffentlich zugängliche Spielprogramme Krieg und Gewalt verharmlosen oder sogar mit der Vorstellung von spielerischer Faszination verbinden. Dem gilt es nachdrücklich entgegenzuwirken!

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Insgesamt, meine Damen und Herren, richtet der Senat die dringende Bitte an die Bremische Bürgerschaft, ihn bei der Bewältigung dieser wichtigen sozialpolitischen Frage zu unterstützen und dem eingebrachten Gesetzentwurf zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Erfurth.

Abg. **Erfurth** (CDU \*) : Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Debatten laufen so rasch hier heute nachmittag ab, daß ich kein Spielverderber sein möchte. Damit will ich zum Ausdruck bringen: Ich werde keine langatmigen Ausführungen machen. Das erscheint mir auch nicht erforderlich, nachdem Herr Senator Grobecker eben doch relativ lang und ausführlich den Gesetzentwurf vorgetragen hat. Ich will Ihnen aber trotzdem kurz das Abstimmungsverhalten der CDU darstellen.

Die Änderungen in Paragraph 1, in Paragraph 6 und in Paragraph 13 finden die Zustimmung der CDU. Ich will kurz einmal andeuten, worum es geht. Im Paragraphen 1 ging es um die Klarstellung, daß

zukünftig auch Spielgeräte wie Poolbillard und Tischfußball in das Gesetz mit aufgenommen werden. Nach Paragraph 6 bildeten in der Vergangenheit die Eintrittspreise, die auf den Karten angegeben wurden, die Grundlage für die Besteuerung. Zukünftig soll die Möglichkeit bestehen, daß hier zusätzliche Dinge, die hineingenommen worden sind, wie zum Beispiel die Kosten für Verzehr, herausgerechnet werden können.

Dann zum Paragraphen 13! Auch das ist gesagt worden: In Zukunft sollen Spielgeräte mit Gewinnmöglichkeit eine Kostenerhöhung bei der Steuer erfahren. Bisher wurden 100 DM dafür veranschlagt, künftig sollen es 200 DM sein. Geräte, die Gewalttätigkeiten gegen Menschen oder eine Verherrlichung oder Verharmlosung des Krieges darstellen, sollen künftig mit 300 DM besteuert werden. All das findet unsere Zustimmung. Ich verweise in diesem Zusammenhang aber auch auf die Ausführungen von Herrn Senator Grobecker, der im einzelnen erläutert hat, warum es erstrebenswert ist, diese Geräte möglichst aus Spielhallen herauszunehmen.

Ich darf in diesem Zusammenhang noch auf die Debatte im Jahr 1987 verweisen. Damals ist das Vergnügungssteuergesetz zuletzt geändert worden, beziehungsweise es sind entsprechende Erhöhungen beschlossen worden; Sprecher des Bau- und Innenressorts haben hier gestanden. Ein Änderungsgrund war, daß man vermutete, durch eine wesentliche Steuererhöhung die Eindämmung der Spielhallenflut zu erreichen. Daß das nicht gelungen ist, ist eben aus den Ausführungen von Herrn Senator Grobecker deutlich geworden.

Jetzt hat man festgestellt, daß die Geschäfte in diesen Einrichtungen doch relativ einträglich laufen, und von daher erscheint es angebracht, hier eine zusätzliche Steuereinnahme zu veranschlagen. Im übrigen bleibt nach wie vor die Hoffnung, daß man durch diese zusätzliche Steuererhöhung künftig tatsächlich erreicht, daß weniger Spielhallen errichtet werden.

Bleibt ein letzter Punkt, meine Damen und Herren, der Paragraph 15! Er wird neu aufgenommen, er lautet: „Wird für Veranstaltungen nach Paragraph 1 Absatz 1 von Gemeinde- oder Landesbehörden in der Freien Hansestadt Bremen in einer gewerbe- oder ordnungsrechtlichen Angelegenheit eine Erlaubnisbestätigung oder Gestattung erteilt, so hat die erteilende Behörde hiervon eine Ausfertigung in der Stadtgemeinde Bremen dem Finanzamt Bremen-Mitte und in der Stadtgemeinde Bremerhaven dem Magistrat, Kämmerei und Steueramt mitzuteilen. Die mitteilungspflichtige Behörde hat den Betroffenen hierüber zu unterrichten.“

Diese Art der Mitteilung soll es angeblich in der Vergangenheit schon gegeben haben, widerrechtlich, müßte man sagen, denn diese Mitteilungsart steht den Datenschutzbestimmungen entgegen.

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(Beifall bei der CDU)

(A) Wir, meine Damen und Herren, lehnen deshalb diesen Paragraphen beziehungsweise diese vorgesehene Änderung ab.

Im übrigen ist diese Art der Mitteilung für Sozialdemokraten nicht untypisch. Ich darf daran erinnern, daß die Sozialdemokraten auch bei der damals von den Sozialdemokraten vorgesehenen Quellensteuer die namentliche Kontrollmeldung vorgesehen hatten, die unmittelbar an die Finanzämter gehen sollte. Wie gesagt, meine Damen und Herren, wir von der CDU lehnen dies aus grundsätzlichen Überlegungen und aus Datenschutzgründen ab.

Jetzt noch einmal, Herr Präsident, zum Abstimmungsverhalten! Ich möchte Sie bitten, die Punkte unter Artikel eins bis drei und den Punkt vier gesondert aufzurufen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

In Artikel eins haben wir ja die Punkte erstens, zweitens, drittens, dahinter verbergen sich die Paragraphen 1, 6 und 13, wenn Sie das bitte getrennt aufrufen würden!

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Jäger.

Abg. **Jäger (FDP):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir diskutieren heute erneut über ein Steuergesetz, das eingesetzt werden soll, um ein bestimmtes Verhalten der Bevölkerung zu beeinflussen. Beim letzten Mal geschah es, um das Umweltverhalten zu beeinflussen, heute geht es darum, bestimmte Negativerrscheinungen der Spiel Leidenschaft und des Spieltriebes zu besteuern.

(B) Ich glaube, wir müssen uns bei dieser Diskussion vor Augen führen, daß wir hier nicht ganz ehrlich sind, daß wir beispielsweise keine Probleme haben, auch gerade als Stadtgemeinde Bremen, den Spieltrieb der „Großen“, wenn er sich im Besuch des Casinos niederschlägt, nicht nur nicht zu beeinträchtigen, sondern sogar noch zu unterstützen, weil wir der Bevölkerung in der Stadt vorführen, was man mit diesem Geld alles über die Stiftung „Wohnliche Stadt“ finanziert. Bei dem Automaten Spiel, ich sage jetzt einmal, dem Spiel des „kleinen Mannes“, greifen wir in gravierender Weise ein. Ganz ehrlich, wenn wir das einmal grundsätzlich sehen, glaube ich, ist das nicht!

Ich verhehle aber nicht, daß die Erscheinungsformen der Spielhallen, insbesondere auch der Inhalt der Spiele, die dort angeboten werden, in einer Weise zu gesellschaftlich negativen Entwicklungen führt, daß mir eine solche Besteuerung noch vertretbar erscheint. Ich glaube auch, daß die Höhe der Besteuerung, die dadurch begrenzt wird, daß sie keine Erdrosselung sein darf, niemand darf in seinem Gewerbebetrieb in einer Weise besteuert werden, daß die Steuer praktisch die Betätigung ausschließt und sie zu einer Erdrosselung führt, vor dem Hintergrund des Vergleichs mit anderen Großstädten auch noch vertretbar ist.

(C) Aber eine grundsätzliche Bemerkung noch zu dem Gesetzentwurf betreffend die Vergnügungssteuer! Mir scheint, meine Damen und Herren, daß die Besteuerung der Tatsache, daß Bürger sich gewisse Vergnügen leisten und sei es, daß sie zum Tanzen gehen, daß sie irgendwelche Veranstaltungen besuchen, irgendwo ein Relikt aus einer Zeit ist, das eigentlich in die heutige Gesellschaft nicht mehr paßt.

(Beifall bei der FDP)

Ich glaube, wir müssen das einmal wirklich durchdenken. Wir beklagen, daß die Leute zuviel mit sich selbst beschäftigt sind, daß sie zuwenig Kontakt suchen, zuwenig zwischenmenschliche Beziehungen vorhanden sind, und die wenigen Veranstaltungen, die stattfinden, auf denen man sich einmal trifft, sind Veranstaltungen, bei denen der Staat dann noch die Hand in Form der Vergnügungssteuer aufhält. Herr Senator Grobecker, darüber sollte man einmal grundsätzlich nachdenken.

Auch vom Aufkommen her, glaube ich, ist die Vergnügungssteuer eine Steuer, die allemal bei einer Steuerreform mit abgeschafft werden könnte. Dann müßte man sich überlegen, auf welche andere Weise man unerwünschte Erscheinungen, die sich hier durch die Automatenleidenschaft niederschlagen, beeinflussen kann. Es ist richtig, diese Frage würde sich stellen, aber einmal unabhängig davon, daß man das bescheidene Tanzvergnügen besteuert, das paßt eigentlich nicht mehr in die Zeit!

(D) Herr Senator Grobecker, meine Damen und Herren, mit diesen Anmerkungen, die dazu dienen sollten, darüber einmal nachzudenken, ob überhaupt dieses Instrument Vergnügungssteuer angemessen ist, werden wir dieser Gesetzesnovellierung gleichwohl zustimmen, weil wir meinen, daß auf der Grundlage bestehender Gesetze das, was hier beabsichtigt ist, noch vertretbar ist, und weil wir meinen, daß wir durch die Erfahrung, die wir sammeln können, nachdem wir dies einmal ein oder zwei Jahre sich haben praktisch erweisen lassen, dann neu die Frage diskutieren können, ob es überhaupt des Instruments einer solchen Steuer noch bedarf. — Ich bedanke mich!

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Klatt.

Abg. **Klatt (SPD):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion stimmt dem Vergnügungssteuergesetz zu. Wir werden dadurch rund 2,4 Millionen DM mehr in der Kasse haben. Nun kann man darüber nachdenken, ob es glücklich ist, daß wir an diesen Automaten Geld verdienen, oder ob es nicht einfacher wäre, sie zu verbieten. Aber eine rechtliche Handhabe, sie zu verbieten, gibt es zur Zeit noch nicht, leider, und ich muß auch sagen —

(A) ich komme gleich noch zum Inhalt des Gesetzes —, daß Automaten, die den Krieg verharmlosen und die Gewalt verherrlichen, eigentlich verboten werden müßten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es gibt eine Möglichkeit, nach Paragraph 131 des Strafgesetzbuches ist die Verherrlichung, die Darstellung von Verherrlichung von Gewalt und die Verharmlosung des Krieges in Rundfunk und Fernsehen verboten. Ich meine, der Senat müßte einfach einmal im Bundesrat initiativ werden, damit dies dann auch für Automaten gilt.

Ich bin nun kein Moralapostel, aber ich meine, daß diese Herren, die diese Automaten aufstellen und Jugendlichen dafür noch Geld abverlangen, damit sie die Verharmlosung des Krieges sehen und auch die Gewaltverherrlichung, daß diese Herren die Bezeichnung „Verbrecher“ verdienen. Zu solchen Menschen, die Geräte aufstellen und Jugendliche damit verführen und sie auf die Verharmlosung des Krieges vorbereiten, nehme ich mir hier heraus zu sagen, das sind Verbrecher! Ich bitte darum, daß der Senat sich Gedanken darüber macht, ob eine Verbotsmöglichkeit für diese Automaten besteht.

Ich habe zwei Punkte, und zwar, Kollege Erfurth hat es bereits angesprochen, den Tischfußball und das Billardspiel! Ich kündige im Namen der SPD-Fraktion an, daß wir zur zweiten Lesung in der Juni-Sitzung einen Änderungsantrag zu diesem Gesetz vorlegen werden, mit dem wir das Billardspiel und den Tischfußball aus diesem Gesetz herausnehmen wollen.

(B)

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Ich meine, für diese Spiele sollte man kein Geld nehmen. Wir kündigen an, daß wir diesen Änderungsantrag stellen. Wir werden ihn für Juni vorbereiten und bitten dann auch hier um Zustimmung.

Zur zweiten Lesung, sie ist im Juni, zum Strafgesetzbuch habe ich schon Anmerkungen gemacht, überlegen wir uns, ob wir auch hier vielleicht einen Änderungsantrag einbringen, und ich hoffe, daß Sie dann auch in den anderen Fraktionen diesem folgen können.

Ich bitte um Zustimmung und will die Debatte nicht unnötig verlängern, weil es ja ein Vergnügenssteuergesetz ist und weil es für Sie kein Vergnügen ist, den langen Ausführungen dann zuzuhören.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Frehe.

Abg. Frehe (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich will es genauso kurz machen, weil uns nur ein Aspekt wichtig ist. Es ist

vorhin schon darauf hingewiesen worden, sowohl von Herrn Klatt als auch von Herrn Jäger, daß es problematisch ist, sozialpolitische Ziele mit einer solchen Steuer umzusetzen. Wir finden es richtig, daß bei diesen Spielautomaten eine Abschöpfung erfolgt, und eine solche Funktion hat ja die Steuer. Insofern können wir dem zustimmen. Ich persönlich muß den Äußerungen von Herrn Klatt zur Frage der Automaten zustimmen, die Gewalt verherrlichen. Ich denke auch, daß der Weg, sie mit 300 DM zu besteuern, außerordentlich problematisch ist. Es zeigt sich, daß man selbst in eine Doppelmoral als Gesetzgeber gerät, wenn man dies nicht auf diesem Weg angeht, sondern sie noch höher besteuert. Vielmehr bin ich der Überzeugung, daß das Problem möglicherweise auch auf einem anderen gesetzgeberischen Weg angegangen werden sollte.

(C)

Spielsucht und Spielabhängigkeit können zumindest in den sozialen Folgen dadurch gemildert werden, daß man die Attraktivität solcher Automaten reduziert. Man könnte zum Beispiel die wirtschaftliche Attraktivität dadurch reduzieren, daß man die Spieldauer verlängert, die Gewinnwahrscheinlichkeit erhöht und gleichzeitig die Gewinnhöhe reduziert sowie den Einsatz senkt.

Das sind zugegebenermaßen Regelungen und Einflußmöglichkeiten, die nicht dem Landesgesetzgeber zustehen, aber wenn man das sozialpolitische Ziel, das offensichtlich hinter dieser Änderung des Vergnügenssteuergesetzes steht, erreichen will, wären diese Schritte meines Erachtens zumindest erfolgversprechendere Wege. — Danke schön!

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, es wurde angekündigt, daß in der zweiten Lesung Änderungsanträge zu erwarten sind. Wir werden heute über die vorgelegte Form abstimmen. Es ist beantragt worden, daß wir im Artikel 1 die Ziffern 1 bis 3 in einem Abstimmungsverfahren und die Ziffer 4 in einem weiteren Abstimmungsverfahren aufrufen. Ich rufe also auf aus dem Artikel 1 die Ziffern 1 bis 3.

Wer diesem Teil des Gesetzentwurfs seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, dieser Teil ist angenommen.

(Einstimmig)

Dann rufe ich auf die Ziffer 4.

Wer der Ziffer 4 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, DIE GRÜNEN und FDP)

(A) Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU)

Stimmenthaltungen?

Auch die Ziffer 4 hat dann die Mehrheit gefunden.

Über den Artikel 2 müßten wir jetzt auch noch einmal gesondert abstimmen lassen, weil wir zuerst die Teile des Artikels 1 abgestimmt haben. Artikel 2 betrifft nur die Inkraftsetzungsfrist.

Wer dem Artikel 2 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle einstimmige Annahme fest.

Dann ist das Gesetz in der vorgelegten Fassung in der ersten Lesung verabschiedet.

### Gesetz zur Änderung der Bremischen Kostenordnung

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 17. April 1989  
(Drucksache 12/511)  
1. Lesung

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet.

(B)

Das Wort hat der Abgeordnete Wilhelms.

Abg. **Wilhelms** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie Sie sich vielleicht erinnern, insbesondere die Kollegen, die in den Wirtschaftsförderungsausschüssen der Finanzdeputation und der Fischereihafendeputation sitzen, gehören die Firmen Flamingo-Fisch, die Schottke-Gruppe und die Nordsee zu den Hauptinvestoren, die dazu beitragen wollen, den Seefischmarkt Bremerhaven nicht nur zu stabilisieren, sondern auch auszubauen und damit wettbewerbsfähig zu machen für den europäischen Binnenmarkt.

Dies ist möglich, nachdem nach mehrfachem Drängen der CDU-Bürgerschaftsfraktion und mehreren Debatten hier Sie, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, Ihre ideologischen Scheuklappen abgelegt und dem Wunsch der Firmen endlich entsprochen haben, diese Grundstücke nicht nach Erbbau-recht zur Verfügung gestellt zu bekommen, sondern sie zu kaufen. Das war die eine Grundvoraussetzung, die wir hier mehrfach diskutiert haben.

Die zweite Voraussetzung sind die Fördermittel der Bundesregierung und aus Brüssel und die dritte natürlich, daß sich das für die Beteiligten am Standort Bremerhaven wirtschaftlich rechnet.

Die eine Firma hat nunmehr mit den Investitionen in einem erheblichen Umfang und mit mehreren neuen Arbeitsplätzen, die geschaffen werden, begonnen. Ich sage einmal, um die tausend werden da-

mit gesichert werden in anderen Bereichen des Fischereihafens. Aufgrund der Bremischen Kostenordnung haben wir es nun mit folgendem Vorgang zu tun:

(C)

Die Firma Flamingo, und das gleiche wird bei der Schottke-Gruppe und auch bei der Nordsee passieren, war in der Lage, die Gebäude günstiger zu errichten als nach dem bundesdeutschen Kostenindex, der geschätzt wurde, mit der Folge, daß das Bauordnungsamt Bremerhaven jetzt die geschätzten Kosten zugrunde legt, also höhere als die tatsächlich entstandenen, und danach die Gebühren berechnet. Dagegen hat jetzt ein Unternehmen eine Klage führen müssen. Ich halte es für eine sehr wirtschaftsunfreundliche Politik, daß Betriebe, die hier im Lande so investieren und Arbeitsplätze schaffen, sich nun wegen der Gebühren mit Gerichten herumschlagen müssen!

(Beifall bei der CDU — Unruhe bei der SPD)

Ich kann mir vorstellen, daß Sie das stört, es ist aber so! Ich begründe hier weiter nichts als den Antrag, dem brauchen Sie nur zuzustimmen, dann ist der Vorgang beendet, und dann kann weiter investiert werden. Bei der mündlichen Verhandlung ist dabei herausgekommen, daß wir praktisch das Gesetz ändern müssen, sonst wird nicht nur diese Firma die höheren Gebühren bezahlen müssen, sondern die anderen auch, und ich weiß zumindest von einer, daß sie sich dann die Investition wieder überlegt. Aber lassen Sie mich noch eine Bemerkung machen, bevor ich einen Kommentar zitiere!

(D)

Es kann doch wohl nicht angehen, daß Subventionen zur Umstrukturierung des Fischereihafens und der Werften und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und neuer Wirtschaftsstrukturen aus Brüssel kommen und Mittel vom Bund hierher fließen, auch um die Arbeitslosenzahl zu reduzieren, und daran das Bauordnungsamt, weil es so in der Landesbauordnung geregelt ist, in Bremerhaven höhere Gebühren verdienen kann! Das kann doch wohl nicht der Sinn dieser Fördermittel sein!

(Beifall bei der CDU)

Nun lassen Sie mich mit Genehmigung des Präsidenten in freier Rede aus der „Nordsee-Zeitung“ vom 13. April einen Kommentar zitieren, dem sich die CDU-Fraktion nur anschließen kann, und deswegen haben wir hier den Antrag eingebracht!

Zwischen dem Kommentar steht in großen Balken: „Amt hätte gut nach Schilda gepaßt! Den Bau des Rathauses von Schilda brauchte das Bauordnungsamt Bremerhaven nicht zu genehmigen. Wie man weiß, war das besonders billig erstellt, da die Bürger auf die Fenster verzichteten und das Licht mit Säcken hineinragen wollten. Das Bauordnungsamt Bremerhaven hätte den Schildbürgern durch die Bremische Gebühren- und Kostenordnung von 1979 in der geänderten Fassung von 1987 schon gezeigt, wie

(A) ein Unterschreiten der durchschnittlichen Baukosten durch erhöhte Gebühren wieder ausgeglichen werden könnte, von daher wäre das Wirken des Bauordnungsamtes in Schilda vielleicht segensreich gewesen. Doch Bremerhaven liegt nicht in Schilda.

Deshalb sollte die Bremische Bürgerschaft (Landtag) ihre vor zwei Jahren revidierte Gebührenordnung wieder in den alten Zustand versetzen, der das Bauordnungsamt nicht zwingt, unsinnig hohe Gebühren für Industriebauten zu nehmen, denn diese Bauten sollten ja eigentlich die Wirtschaftsstruktur dieser Stadt so verbessern, daß aus dem vermehrten Steueraufkommen auch die Beamten bezahlt werden können, die eine Gebührenordnung noch ungebührlich engstirnig auslegen müssen." — Ende des Zitats!

Um diesem abzuweichen, bitte ich Sie, dem Antrag zuzustimmen! — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Klatt.

Abg. **Klatt** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist richtig, daß es wegen dieses Passus in der Verordnung immer Probleme gegeben hat mit der gewerblichen Wirtschaft. Aber daß Sie auf die Probleme erst aufmerksam gemacht wurden durch einen Artikel der Bremerhavener Tageszeitung, spricht natürlich nicht unbedingt für Ihre Qualifikation!

(B)

(Abg. **Klein** [CDU]: Aber, aber, Herr Klatt!)

Sie haben dies in der Finanzdeputation nicht ange-regt.

(Abg. **Klein** [CDU]: Es ist ein Haufen von Zeug, diese Kostenordnung!)

Herr Kollege, Herr Kollege!

(Abg. **Klein** [CDU]: Aber Sie haben es ja auch nicht gemerkt!)

Ich finde, Ihr Kollege aus Bremerhaven ist Manns genug, darauf reagieren zu können, Sie brauchen ihm nicht zu helfen! Das muß er doch können, das muß er doch abkönnen!

(Abg. **Klein** [CDU]: In derselben Deputa-tion haben Sie es auch nicht gemerkt!)

Nein, wir waren ja auch nicht der Meinung, daß wir es ändern sollten, Sie wollten es ändern! Der Punkt ist, daß das in der Deputation nicht angesprochen wurde. Wir haben das Gesetz zur Kostenord-nung so verändert und hier in der Bürgerschaft be-schlossen. Das war vor wenigen Monaten, vor zwei Monaten, insofern muß man sich die Frage stellen,

ob wir es jetzt kurzfristig wieder ändern. Aber die Politik ist ja nicht statisch, sondern veränderbar!

(C)

(Zuruf des Abg. **Klein** [CDU])

Völlig richtig! Wenn wir Probleme erkennen, wäre es natürlich schwierig, den falschen Weg weiterzu-gehen, sondern wir müssen auch die Chance haben, die Richtung zu ändern! Deshalb kündige ich hier an, daß wir der Initiative der CDU nicht negativ gegen-überstehen. Ich stelle den Antrag, daß wir dieses Problem in die Finanzdeputation überweisen. Wenn es dann in die Bürgerschaft zurückkommt, werden wir dem eventuell sogar positiv gegenüberstehen und zustimmen. Es ist nur ein zeitliches Problem, deshalb bitte ich um Verständnis dafür, daß wir es heute nicht akzeptieren können!

Es sind vor dem Verwaltungsgericht zwei Verfah-ren anhängig, und während dieser Verfahren ein Ge-setz zu ändern wäre sehr ungewöhnlich. Das wäre auch nicht richtig, weil man der Bauverwaltung kei-nen Vorwurf machen kann, sie darf nur nach Gesetz und Verordnung handeln, die Schuldigen sind wir selbst. Also, Ihre Kritik in Richtung Bauverwaltung ist nicht fair, sondern die müßte an uns selbst gehen, weil die Bauverwaltung natürlich die Gesetze nicht auslegen kann, wie sie möchte, sondern rein nach dem, was wir beschlossen haben, verfahren muß. Insofern bitte ich um Verständnis!

Heute machen wir nicht mit, wir warten die Ver-fahren vor dem Gericht ab; wir kündigen aber an, daß wir das in der Deputation positiv behandeln und dann hier in der Bürgerschaft wieder beraten wer-den. Das wird sicher kurzfristig sein, wahrscheinlich Juni oder Juli. Ich bitte um Überweisung in die Finanzdeputation!

(D)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Tiedemann.

Abg. **Tiedemann** (SPD): Herr Präsident, meine Da-men und Herren! Ich finde es angemessen und rich-tig, daß hier in der Weise reagiert wird, wie mein Kollege, der Sprecher der Finanzdeputation, eben gesagt hat. Aber ich will auch noch einmal ein Wort zu der Größenordnung dieser Angelegenheit sagen.

In der Tat ist es so, das haben alle Bremerhavener erfreut zur Kenntnis genommen, daß mehrere große Unternehmen, darunter die Nordsee, zum Unilever-Konzern gehörend, und die Schottke-Gruppe, die Sie hier genannt haben, mit einem dazugehörigen Im-port-/Exportunternehmen Millionenbeträge in Bre-merhaven investieren, so bei der einen Gruppe, bei der zuletzt genannten, um die 50 Millionen DM.

Sie wissen, Herr Wilhelms, daß es sich bei den För-dermaßnahmen um Mittel handelt, die im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrar-struktur und des Küstenschutzes gewährt werden oder im Rahmen der Maßnahme Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur. Daran ist Bremen natürlich, was die Zuschußgewährung an diese Fir-

(A) men betrifft, auch beteiligt. Bei dem Umfang der Investitionen, die die beiden größeren Unternehmen hier vornehmen, sind die Förderbeträge natürlich entsprechend hoch, es handelt sich um Millionenbeträge.

Ich wollte das noch einmal etwas geraderücken. Natürlich muß man, wenn Leute, die in den Firmen einen Bauantrag stellen, merken, daß die Gebühren nach ihrer Ansicht zu hoch sind, und in Verwaltungsgerichtsverfahren einsteigen, Verständnis dafür haben, daß das bei den Firmen so ist. Aber die Größenordnung dieses Problems, die Sie hier versucht haben, in einer ganz besonderen Weise darzustellen, vermag ich nicht zu erkennen. Nach Gesprächen, die ich geführt habe, werden diese Firmen natürlich ihr Recht wahrnehmen, und wir werden zu prüfen haben, ob nicht vernünftige Anregungen dabei sind. Aber mit ihrer Investitionsentscheidung hat das nichts zu tun!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Wilhelms.

Abg. **Wilhelms** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion ist mit der Überweisung in die Finanzdeputation einverstanden. Nur, Herr Kollege Klatt, der gehöre ich nicht laufend an, deswegen konnte ich es da auch nicht ansprechen. — Vielen Dank!

(B) **Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, es ist beantragt worden, diesen Antrag zur weiteren Beratung an die Finanzdeputation zu überweisen.

(Abg. **Klein** [CDU]: Und Bericht-  
erstattung!)

Natürlich, das ist doch selbstverständlich!

(Abg. **Klein** [CDU]: Ich bin da besonders  
sorgfältig!)

Aber das kann auch ein Berichtsantrag sein, das dauert dann eben lange!

Wer mit der Überweisung plus Berichterstattung einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Überweisung zu.

(Einstimmig)

**31. Internationale Fachtagung Militärgeschichte in Bremerhaven während der Gedenkwoche an den Überfall der Deutschen Wehrmacht auf Polen vor 50 Jahren** (C)

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN  
vom 25. April 1989  
(Drucksache 12/518)

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Sygusch.

Abg. **Sygusch** (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Worum geht es in unserem Antrag? Das Militärgeschichtliche Forschungsamt in Freiburg, eine Dienststelle des Bundesministeriums für Verteidigung, führt vom 4. bis 8. September 1989 in Bremerhaven die einunddreißigste internationale Fachtagung Militärgeschichte durch. Sie steht unter dem Gesamthema „Militär und Technik, Wechselbeziehung zwischen Staat, Gesellschaft und Industrie im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert“.

Das MGFA will diese Fachtagung ausgerechnet in einem Zeitraum durchführen, in dem in aller Welt des Überfalls der deutschen Wehrmacht auf Polen vor 50 Jahren gedacht wird. Seitdem wir diesen Tatbestand Mitte April öffentlich gemacht haben, gab es in der Bremerhavener Presse, in der „Nordsee-Zeitung“, eine kontroverse Diskussion darüber, ob diese Fachtagung stattfinden sollte. Ich möchte Ihnen jetzt erst einmal drei kritische Stimmen zur Fachtagung vorstellen. Alle drei von Leuten, die sicher nicht in dem Verdacht stehen, Mitglieder der GRÜNEN zu sein, es sind alle drei zufällig Sozialdemokraten!

Die erste ist eine Stimme von dem SPD-Unterbezirksdelegierten Reinhard Janz. Die „Nordsee-Zeitung“ gibt das so wieder: „Heftige Kritik gab es an der geplanten Fachtagung Militärgeschichte Anfang September. Diese internationale Tagung, in der Vertreter des Militärs sowie Wissenschaftler Themen wie Panzerfertigung im Zweiten Weltkrieg oder Rüstungstechnik und Industrie im Deutschen Reich unter anderem im Schifffahrtsmuseum diskutieren wollen, fällt in die Zeit, in der weltweit des Überfalls der deutschen Wehrmacht auf Polen gedacht wird.“

Der Delegierte Reinhard Janz kritisierte besonders, daß der sozialdemokratisch majorisierte Magistrat auch noch einen Empfang für die Teilnehmer im Nordsee-Hotel Naber plant. Das ist ein Unding! Nach seiner Auffassung widerspricht das allen Parteibeschlüssen zu Frieden und Abrüstung. Das ist das eine!

Die zweite Stimme stammt von dem sozialdemokratischen Kulturdezernenten in Bremerhaven, Stadtrat Horst von Hassel, wieder „Nordsee-Zeitung“: „Herr von Hassel fand, daß das für uns nicht zusammenpaßt, nämlich die Beschlüsse zu Frieden und Abrüstung und die Durchführung dieser Militärtagung.“

(D)

(A) Die dritte Stimme — und dann höre ich auch schon auf mit dem Zitieren hier — stammt von dem DGB-Kreisvorsitzenden Jonny Lüdemann. Das ist eine Wiedergabe seiner Redepassage vom 1. Mai von der Kundgebung vor über 2 000 Menschen in Bremerhaven. Die „Nordsee-Zeitung“ schreibt dazu:

„Noch schärfer rechnete Lüdemann mit Oberbürgermeister Karl Willms und Stadtrat Werner Lenz ab, nachdem der Magistrat den Vorstoß der GRÜNEN und des DGB-Kreisvorstandes abgelehnt hatte, die Tagung der Militärgeschichtler Anfang September um vier Tage zu verschieben, weil sie mit dem fünfzigsten Jahrestag des Überfalls auf Polen kollidiere.“

Lüdemann erläuterte den 2 000 Zuhörern, die sich zur Demonstration für mehr Arbeit auf dem Theodor-Heuss-Platz eingefunden hatten, daß der DGB zu der Bremerhavener Friedenswoche polnische Gewerkschafter eingeladen habe, mit denen über Aussöhnung und Abrüstung diskutiert werden solle. Nun unterstütze der Magistrat die Tagung, auf der zur gleichen Zeit über eine Rüstungsproduktion gesprochen werden solle, mit deren Panzern die Wehrmacht auch nach Polen eingefallen sei.“

(B) Diese drei Stimmen einmal vorab! Ich möchte mich jetzt mit ein paar Vorurteilen und auch mit ein paar Einwänden gegen unseren Ansatz, die Militärtagung nicht zu diesem Termin durchzuführen, auseinandersetzen, auch mit Verdächtigungen, weil in der „Nordsee-Zeitung“ so als Konterstrategie des Magistrats und derer, die sich jetzt hier, wie ich denke, zu Recht kritisiert und angegriffen fühlen, einige Verdächtigungen kamen, die nicht haltbar sind.

Worum geht es in unserem Antrag nicht? In unserem Antrag geht es nicht um eine grundsätzliche Militärkritik an Nato oder Bundeswehr. Es geht auch nicht um eine allgemeine Kritik an dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt. Es geht noch viel weniger um irgendeine Polemik gegen Soldaten an sich, so wie das Herr Lenz unterstellt.

Ich war natürlich nicht bei der Unterbezirksdelegiertenkonferenz der SPD dabei, ich weiß nicht, welche Worte dort gefallen sind, so daß Herr Lenz zu der Äußerung kommt, er möchte nicht, daß hier Soldaten in die Nähe von Neofaschisten gerückt würden. Ich weiß nicht, wie er zu dieser Vermutung kommt. Von mir werden Sie solche Töne nicht hören. Auch unsere Pressemitteilung, die alles auslösende, vom 11. April enthält solche Äußerungen überhaupt nicht. Von daher weiß ich nicht, aufgrund welcher Äußerungen Herr Lenz zu solchen Tönen und Vermutungen kommt.

Worum geht es uns also in diesem Antrag? Bremen hat seit Jahren eine Partnerschaft zu Gdansk. Bremerhaven hat über die deutsch-polnische Gesellschaft seit Jahren gute Kontakte zu Stettin. Wir haben noch keine offizielle Partnerschaft, aber gerade vor wenigen Tagen war in der „Nordsee-Zeitung“ zu lesen, daß vom 18. bis 25. Juni vier Magistratsmitglieder und eine, wie ich meine, relativ große und bedeutende Delegation nach Stettin fahren wird, um

(C) den Partnerschaftsabschluß auch offiziell vorzubereiten. Ich schätze diese Entwicklung eigentlich so ein, daß es 1989 zum Abschluß einer Partnerschaft kommen wird.

Andererseits, und das habe ich schon am Anfang gesagt, erinnern wir uns Anfang September an den Überfall der deutschen Wehrmacht unter Hitler auf Polen. Sicher spielt auch die Rote Armee unter Stalin eine Rolle, das wird ja auch in der Sowjetunion heute anders gesehen. Aber wir befinden uns hier in der Bundesrepublik als Deutsche, und wir wollen jetzt einmal den Schwerpunkt auf diese Diskussion legen!

Ich hoffe, wir alle wissen, dieser Krieg und die Besetzung Polens von 1939 bis 1944/45 waren letztlich ein rassistischer Ausrottungsfeldzug gegen die polnische Bevölkerung. Die damaligen Vorkommandos, besonders von der SS und den Sonderkommandos, sind nach meiner Meinung etwas in der Weltgeschichte nicht Vergleichbares. Es gibt in der Weltgeschichte nichts Vergleichbares, was damals auf dem Territorium Polens stattgefunden hat.

Ich habe deshalb auch relativ kurz nach meiner Pressemitteilung an den polnischen Botschafter in Bonn geschrieben. Ich habe ihm aber nicht nur unsere Darstellung geschickt, sondern alles, was es damals schon veröffentlicht gab, also auch die Stellungnahmen von Herrn Brandt in der „Tageszeitung“, die damals da war, und von Herrn Dr. Ellmers und auch die offizielle Einladung. Der polnische Botschafter hat mir jetzt geantwortet mit dem Poststempel von gestern, es ist also heute erst eingegangen, ich habe aber dieses Schreiben kopiert und den anderen Fraktionen gegeben. Der polnische Botschafter schreibt mit Post von gestern:

„Sehr geehrter Herr Sygusch! Mit Interesse habe ich Ihren Brief vom 15. April des Jahres zur Kenntnis genommen. Die in Ihrem Brief ausgedrückte Meinung teile ich. Ich bin auch der Auffassung, daß es unsere moralische Verpflichtung ist entgegenzuwirken, daß die fünfzigste Wiederkehr des Überfalls des Hitler-Deutschland auf Polen und des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs nicht durch Ereignisse gestört werden sollen, die mit den tragischen Gedächtnistagen nicht zu vereinbaren sind und die sie verneinen. Nochmals danke ich Ihnen für den Brief und für Ihre Haltung in den Sachen, die auch mir nah am Herzen liegen. Mit freundlichen Grüßen, Dr. Rysat Karski.“

Daneben hat mir der Oberbürgermeister, Herr Willms, am 28. 4. 1989 einen persönlichen Brief geschrieben, in dem er versucht, die Haltung des Magistrats durch eine sehr sachbezogene Stellungnahme zu untermauern, die Haltung nämlich, an dieser Militärtagung festzuhalten, und zwar schreibt Herr Willms:

„Der Magistrat geht davon aus, daß die Veranstaltungsreihe sich dem komplexen Thema in streng wissenschaftlicher Form mit der erforderlichen differenzierten Betrachtung widmet.“

Insofern muß es jetzt doch gestattet sein, vielleicht noch zwei Minuten etwas über das Militärgeschicht-

(A) liche Forschungsamt zu sagen. Welche Aufgaben nimmt dieses Militärgeschichtliche Forschungsamt wahr? Einmal betreibt es wissenschaftliche Forschung zu verschiedenen Themen der Militärgeschichte, es führt Ausstellungen durch. Bekanntgeworden sind die nationalen Ausstellungen „Deutsche jüdische Soldaten 1914 bis 1945“ — ich habe mich jetzt extra im Zusammenhang mit diesem Antrag noch einmal mit dieser Ausstellung beschäftigt —, und ich denke, ich schätze die so ein, daß sie von der Anlage her und von der Art, wie sie dargestellt ist, eine sehr problematische Ausstellung ist. Zum anderen wurde die Ausstellung „Aufstand des Gewissens, militärischer Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime von 1933 bis 1945“ vorgestellt.

Bezeichnend ist aber für das MGFA, daß solche Ausstellungen erst Mitte der achtziger Jahre entwickelt wurden, obwohl das Institut schon 1955 gegründet wurde. So kann man sagen, 30 Jahre lang haben die Leute etwas anderes gemacht, zum Beispiel Unterrichtsmappen mit kriegsgeschichtlichen Beispielen zu Gefechtsarten wie Verteidigung, Angriff, Verzögerung. Es wird auch heute noch in einer offiziellen Schrift dieses Instituts bedauert — die ist letztes Jahr erschienen, und für die zeichnet General Dr. Günter Rothe verantwortlich —, daß das operative Denken in der Truppe nachgelassen habe.

(B) Es wird in dieser Schrift ausgeführt, nicht ohne unterschwelligem Stolz, daß die deutsche Fallschirmtruppe seit dem Zweiten Weltkrieg ein besonderer Nimbus umgebe. Es wird dort von den zeitlosen Qualitäten und Tugenden des Soldatentums geschrieben, von den zeitlosen Erkenntnissen der Militärtaktik. Allein mit diesem zeitlosen Ansatz habe ich schon ganz große Probleme, wenn dieses Institut nämlich auf der anderen Seite glaubhaft machen will, es würde sich kritisch mit diesen Sachen auseinandersetzen, dann ist so ein positivistischer Ansatz, von zeitlosen Sachen zu sprechen, doch höchst problematisch.

Aber ich verkenne nicht, und ich denke, das ist uns allen bewußt geworden, wenn wir das Programm gelesen haben und gesehen haben, welche Hochschullehrer eingeladen sind, daß auch kritische Hochschullehrer eingeladen sind, zum Beispiel Professor Dr. Salewski aus Kiel oder auch Frau Dr. Kugler sind ausgewiesene Wissenschaftler, die sich kritisch mit der NS-Zeit auseinandergesetzt haben — Frau Dr. Kugler gerade mit der Rolle der Fremdarbeiter bei Mercedes-Benz —, und solchen Wissenschaftlern würde ich niemals unterstellen, daß sie sich unkritisch mit diesem Thema auseinandersetzen. Aber einerseits ist der Zeitpunkt politisch geschmacklos, politisch instinktiv gerade im Hinblick auf die polnischen Partnerstädte, und dann ist der ganze Charakter dieser Tagung nicht passend zu diesem Zeitpunkt.

Diese Tagung beginnt mit einem geselligen Beisammensein im Offiziersheim der Marineortungsschule. Es findet dann weiter eine Unterweserfahrt zu den Seehundbänken mit lustigem Umtrunk an

Bord des BVV-Sealiners „Mecki“ statt. All das wäre nichts Unnatürliches, wenn diese Tagung vielleicht zu einem anderen Zeitpunkt stattfinden würde. Aber es paßt in keiner Weise zu diesem Zeitpunkt, an dem in aller Welt an den Überfall der Deutschen Wehrmacht auf Polen vor 50 Jahren gedacht wird. Von daher, denke ich, ist es ein Unding, wenn zur gleichen Zeit während der gewerkschaftlichen Friedenswoche vom 1. bis 8. September 1989 polnische Gewerkschafter aktiv an dieser Gedenkwoche teilnehmen, daß dann in Bremerhaven so etwas stattfinden soll.

Ich bitte deshalb besonders noch einmal die sozialdemokratische Fraktion, sich zu überlegen, ob sie nicht unseren Antrag mittragen kann und in dieser Frage wirklich einen Schnitt macht und dem Magistrat sagt, so geht es nicht, ihr habt euch da auf etwas eingelassen, das können wir als Sozialdemokraten nicht mittragen aus der historischen Sicht heraus, auch gegenüber unseren Partnerstädten! Hier müssen wir euch im Regen stehen lassen. Diese Fachtagung wollen wir nicht durchführen. — Danke schön!

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Bergen.

**Abg. Bergen (CDU):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Sygusch, Ihr Antrag und Ihre Rede klaffen meiner Ansicht nach sehr weit auseinander. So, wie ich den Antrag verstehe, gehen Sie ohne Rücksicht auf die Hintergründe davon aus, daß das militärische Forschungsamt, das Schifffahrtsmuseum oder auch die Bundeswehr Kriegstreiberie betrieben.

(Abg. Sygusch [DIE GRÜNEN]: Nein!)

Ihre Rede war anders als Ihr Antrag. Aber ich glaube, Sie merken gar nicht, daß Sie mit diesem Antrag dem Land Bremen wieder einmal schaden, ganz besonders der Seestadt Bremerhaven. Leider stößt auch der DGB-Vorsitzende Lüdemann in das gleiche Horn wie Sie. Sie können doch wirklich nicht abstreiten, daß es wichtig ist, die Geschichte zu kennen, auch die Militärgeschichte. Das ist genauso wichtig wie die Geschichte!

(Abg. Sygusch [DIE GRÜNEN]: Das ist unbestritten!)

Es ist doch ganz wichtig, die Geschichte aufzuarbeiten. Sie wissen doch genau, daß nur der, der die Vergangenheit kennt, der aus der Vergangenheit lernt und der die Vergangenheit begreift, Fehler vermeiden kann. Deswegen muß auch die Militärgeschichte aufgearbeitet werden.

(Beifall bei der CDU)

Meiner Ansicht nach können wir dankbar sein, daß wir ganz offen über unsere Geschichte reden

(A) können, unsere Geschichte in aller Öffentlichkeit aufarbeiten können. Es gibt genügend Ostblockstaaten, die nicht diese Möglichkeit, ihre Geschichte öffentlich darzustellen, haben. Wenn Sie einmal an Polen denken mit Katyn oder die Sowjetunion mit der Stalin-Ära, dann werden sie ganz bestimmt merken, daß es wichtig und auch nicht schädlich ist, die Geschichte aufzuarbeiten, wenn wir daraus lernen.

(Abg. Sygusch [DIE GRÜNEN]: Das ist unbestritten!)

Seit Jahren kritisieren wir, daß andere Länder eben nicht die Möglichkeit haben, in der Öffentlichkeit offen und ehrlich zuzugeben, was in der Geschichte passiert ist.

(Abg. Sygusch [DIE GRÜNEN]: Es geht darum, wann!)

Es ist doch wichtig für die Menschen, daß sie selbstkritisch die Vergangenheit aufarbeiten und damit fertig werden. In der letzten Zeit ist festzustellen, daß der DGB in Bremerhaven eine Position einnimmt, die nicht einmal der SPD-Magistrat in Bremerhaven vertritt. Der Magistrat in Bremerhaven unterstützt die internationale militärische Tagung — das wissen Sie auch — über die Aufarbeitung der Militärgeschichte, die CDU-Fraktion allerdings auch. Wir sind froh darüber, daß die Tagung in Bremerhaven stattfindet. Die Bremerhavener Hoteliers sind darüber auch nicht unglücklich.

(B) Wir schließen uns den Worten des Stadtrats Lenz an, der sagt: „Es ist ganz schlimm, wenn die Militärgeschichtler in der öffentlichen Diskussion wie Neofaschisten behandelt werden.“

(Abg. Sygusch [DIE GRÜNEN]: Wer hat das getan?)

Die CDU lehnt deswegen Ihren Antrag ab!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Jungclaus.

Abg. **Jungclaus** (FDP \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Sygusch, ich habe das Gefühl, Sie haben sich thematisch wieder einmal sehr festgebissen.

(Abg. Sygusch [DIE GRÜNEN]: Das muß nicht falsch sein!)

Meine Damen und Herren, zum einunddreißigsten Mal veranstaltet das Militärgeschichtliche Forschungsamt seine internationale Tagung für Militärgeschichte. Aufgabe dieses Forschungsamtes ist es,

(C) die internationale Militärgeschichte wissenschaftlich zu untersuchen. Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit, daß auch — Herr Bergen hat das schon betont — die Militärgeschichte ein Teil der Geschichte aller Nationen ist, die der Aufarbeitung bedarf.

(Beifall bei der FDP)

Herr Sygusch, es darf doch nicht wahr sein, daß dieser Teil der internationalen Geschichte ausgespart wird. Dieses Geschichtsverständnis können wir nicht teilen, und wir betrachten dies als einen Eingriff in die Freiheit der Wissenschaft.

(Abg. Sygusch [DIE GRÜNEN]: Das haben wir doch gar nicht! — Zurufe — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Jetzt hat das Wort der Abgeordnete Jungclaus!

Abg. **Jungclaus** (FDP): Auch der Senat darf nicht in den Bereich der Wissenschaften in der von Ihnen gewollten Weise eingreifen, das steht ausdrücklich in Ihrem Antrag. Die Auswahl des Deutschen Schiffahrtsmuseums, meine Damen und Herren, in Bremerhaven als Partner wird von uns begrüßt, kennzeichnet es doch die Bedeutung dieses Museums in seiner wissenschaftlichen Kompetenz. Wir lehnen den Antrag in all seinen Punkten ab, möchten aber betonen, daß wir den gewählten Termin nicht als Affront gegenüber den polnischen Partnerstädten sehen, sondern als Gelegenheit, gerade den Angriffskrieg gegen Polen geschichtlich aufzuarbeiten in dieser Zeit.

(D)

(Beifall bei der FDP)

Ihre Betrachtungsweise — zusammenfassend — erscheint uns ideologisch einseitig und aus einem verengten Gesichtsfeld vorgetragen.

(Beifall bei der FDP — Abg. Jäger [FDP]: So ist es!)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Tiedemann.

Abg. **Tiedemann** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man zu diesem Thema spricht, wenn man zu diesem Thema Anträge stellt, muß man sich meines Erachtens auch genau überlegen, welche Behauptungen man aufstellt. Ich habe bei Ihnen einige Defizite bedauerlicherweise gesehen, die sich in mehreren Fällen dokumentieren.

Sie zitieren den Oberbürgermeister der Stadt Bremerhaven mit einem Satz, der Ihnen gut paßt für Ihre Argumentation, und Sie „vergessen“, den weiteren Satz des Oberbürgermeisters von Bremerhaven zu zitieren, und dadurch wird natürlich ein völlig ande-

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) rer Eindruck erweckt, als er sich beim Lesen des gesamten Schreibens ergibt.

Der Oberbürgermeister hat Ihnen geschrieben, Herr Sygusch, der Magistrat gehe davon aus, daß die Veranstaltungsreihe, die unter dem Generaltitel „Militär und Technik, Wechselbeziehungen zwischen Staat, Gesellschaft und Industrie im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert“ steht — insofern auch eine Richtigestellung der Themenauswahl, die Sie in Ihrem Antrag getroffen haben —, sich dem komplexen Thema in streng wissenschaftlicher Form mit der erforderlichen differenzierten Betrachtung widmet.

Herr Präsident, mit Ihrer Genehmigung möchte ich nun vollständig zitieren, nämlich den weiteren Satz: „Dabei geht der Magistrat davon aus, daß die angekündigten qualifizierten Wissenschaftler sich nicht etwa,“ dann schreibt er, „wie von Ihnen wohl unterstellt,

(Abg. Sygusch [DIE GRÜNEN]: Ist aber nicht zutreffend!)

in kriegsverherrlichender Weise den Themen nähern, sondern mit dem nötigen politischen Finger-spitzengefühl um die Bewältigung unerledigter historischer Kapitel bemühen werden.“ Und dann setzt er den Brief noch mit einigen anderen Sätzen fort.

(B) Sie sagen, Sie hätten das auch nicht behauptet. Es ist richtig, es steht nicht wortwörtlich in Ihrem Antrag, aber wenn Sie diesen Zusammenhang herstellen, auch in terminlicher Hinsicht, dann muß es doch wohl so sein, daß Sie die Befürchtung hegen, daß nur wenige Tage nach dem fünfzigsten Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen deutsche Historiker nichts Besseres zu tun hätten, als die Schrittmacherfunktion der Rüstung für die Gesamtwirtschaft „zu bejubeln“ und das ausgerechnet auch noch an Beispielen aus dem Dritten Reich zu exemplifizieren, wie Dr. Ellmers Ihnen geschrieben hat.

Sie sagen nein, und ich nehme das erfreut zur Kenntnis, daß Sie genau dies nicht gemeint haben, denn ich habe mir natürlich, als ich Ihren Antrag las und vorher das Schreiben, das Sie an meine Fraktion gerichtet haben, gesagt, Donnerwetter, wenn diese Themen da so behandelt werden in der Weise, wie Sie das in Ihrem Schreiben auch formuliert haben, dann wäre das ja nicht nur in terminlicher Hinsicht ein Fauxpas, dann wäre das insbesondere auch in inhaltlicher Hinsicht eine Sache, zu der ich meine Stimme nicht hergeben würde.

Deswegen habe ich mich natürlich beim Deutschen Schiffahrtsmuseum genau erkundigt, wer der Veranstalter dieser Tagung ist, wer sie mitträgt, wie die Inhalte dieser Veranstaltung sind, welche militärischen und zivilen Historiker an dieser Tagung mitwirken und mit welcher Zielsetzung diese Tagung stattfindet.

Herr Sygusch, Sie haben bedauerlicherweise auch in einem anderen Punkt nicht präzise genug formu-

liert, und schon in Ihrem Schreiben liegt die Tendenz, die den Beantworter dann notwendigerweise leicht bewegen kann, in Ihrem Sinne etwas ganz Bestimmtes zu antworten. Ich gebe zu, Sie haben dem polnischen Botschafter eine ganze Reihe von Unterlagen geschickt, aber ich finde, eines war nicht geschickt, nämlich Ihre Formulierung im Eingangssatz. Mancher unterstellt Ihnen, daß die mangelnde Präzision darauf zurückzuführen sei, daß Sie mit Absicht einen bestimmten Eindruck erwecken wollten.

Ich sage nicht, daß ich Ihnen das auch unterstelle, aber ich sage, daß Sie dadurch in die Gefahr geraten, daß Sie in der Weise interpretiert werden, wie das bereits zum Teil öffentlich geschehen ist in einem Artikel in der „Nordsee-Zeitung“ in Bremerhaven mit der Überschrift „GRÜNE nicht informiert“ und wie Ihnen das auch von anderen vorgehalten worden ist.

Jetzt will ich diesen Satz zitieren, den Sie an den polnischen Botschafter geschrieben haben: „Als Mitglied der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) und als Sprecher der Fraktion DIE GRÜNEN bin ich bestürzt darüber, daß der Bürgermeister Bremerhavens und das Deutsche Schiffahrtsmuseum ausgerechnet Anfang September in meiner Heimatstadt Bremerhaven eine Militärtagung durchführen wollen.“

(D) Nun, meine Damen und Herren, man kann natürlich sagen, das hätten Sie vereinfacht dargestellt, aber ich erwarte in der Tat, wenn Sie als Sprecher auftreten und sich dieses Thema zur Hand nehmen, daß Sie dann nicht nur hinreichend präzise arbeiten, sondern daß Sie geradezu ausschließen, daß bestimmte Interpretationen möglich werden.

Meine Damen und Herren, ich will das Deutsche Schiffahrtsmuseum zitieren, weil daraus deutlich wird, wie die Veranstalter — und das ist einmal das Institut, das Sie genannt haben, und zum anderen das Deutsche Schiffahrtsmuseum — sich in Wirklichkeit die Tagung vorstellen, nämlich nicht so, wie Sie das hier dargestellt haben, sondern genau umgekehrt. Mit Genehmigung des Herrn Präsidenten darf ich zitieren. Im Vorspann wird dargestellt, was wohl die GRÜNEN zu ihrer Interpretation bewogen haben mag. Das lasse ich jetzt weg, weil es hinreichend deutlich gemacht worden ist.

Das Deutsche Schiffahrtsmuseum sagt: „Das Deutsche Schiffahrtsmuseum erwartet dagegen von einem internationalen wissenschaftlichen Kongreß von Fachhistorikern eine äußerst kritische Durchleuchtung des jeweiligen Generalthemas. Die schonungslose Offenlegung der vielfältigen Wechselbeziehungen zwischen Staat, Gesellschaft und Industrie im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert im Hinblick auf Militär und Technik vor den Augen der internationalen Fachhistoriker soll denn nicht nur nicht verhindert, sondern kräftig unterstützt werden.“

Dann kommt der entscheidende Satz, Kollege Sygusch: „Denn nicht durch Verschweigen von Geschichte, sondern nur durch rückhaltlose Aufklä-

(C)

(D)

- (A) rung der Hintergründe, auch des Zweiten Weltkrieges, können wir Deutschen 50 Jahre nach dem Beginn dieses von Deutschland verursachten Krieges einen Beitrag zur Aufarbeitung dieser unserer schrecklichen Vergangenheit und ihrer noch fort-dauernden Folgen leisten."

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, in bezug auf den fünfzigsten Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen wird das Militärgeschichtliche Forschungsamt in Freiburg direkt am 1. 9. dort eine Veranstaltung machen zum Gedenken an den Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen. Diese Gesellschaft wird zum gleichen Zeitpunkt einen Buchband vorlegen, der sich inhaltlich genau mit diesem Thema auseinandersetzt, und zwar natürlich in der notwendigen, kritischen Weise, das wird dort der Öffentlichkeit vorgestellt.

Meine Damen und Herren, ich denke, daß dies auch bei der militärhistorischen Fachtagung in Bremerhaven deutlich gemacht werden muß. Ich stelle mir vor, daß auch in Bremerhaven dieses Buch vorgestellt werden muß und daß dort dieselben Plakate verwendet werden, die für Freiburg vorgesehen sind. Im übrigen muß deutlich werden, daß keineswegs — auch nicht andeutungsweise — beabsichtigt ist, die in Bremerhaven durchgeführte Friedenswoche zu dem von Ihnen genannten Thema zu stören.

- (B) Die SPD-Bürgerschaftsfraktion geht davon aus, daß diese Tagung dazu beiträgt, ein dunkles Kapitel der deutschen Geschichte aufzuarbeiten,

(Beifall bei der SPD)

und daß in geeigneter, und ich sage, auch in angemessener Weise anlässlich des fünfzigsten Jahrestages des Überfalls der deutschen Wehrmacht auf Polen gedacht wird. Das, denke ich, sind allerdings Bedingungen, die wir Sozialdemokraten aufzustellen haben, und ich weiß, daß Senator Franke mit dem zuständigen Direktor des Deutschen Schiffahrtsmuseums gerade wegen dieser Fragen Kontakt aufgenommen und ziemlich eindeutig formuliert hat, was der Senat in dieser Beziehung vom Direktorium des Deutschen Schiffahrtsmuseums erwartet. Die SPD-Fraktion steht hinter dieser Forderung.

(Beifall bei der SPD)

Herr Präsident, lassen Sie mich meinen Beitrag beenden, indem ich folgendes gemeinsam mit Professor Dr. Ellmers feststelle! Nicht durch Verschweigen der Geschichte, sondern nur durch rückhaltlose Aufklärung der Hintergründe des Zweiten Weltkrieges können wir Deutschen 50 Jahre nach dem Beginn des von Deutschland verursachten Krieges einen Beitrag zur Aufarbeitung unserer eigenen schrecklichen Vergangenheit und ihrer noch andauernden Folgen leisten. — Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

- Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort Herr Senator Franke. (C)

**Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst Franke:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN heißt es im ersten Absatz am Ende: „Ein Thema wie“ — und jetzt zitiere ich — „Rüstungstechnik und Industrie im Deutschen Reich 1939 bis 1945“ verstößt eklatant gegen das Anliegen einer Gedenkwoche, die mahnd an die Greuel des Zweiten Weltkrieges erinnern will.“

Meine Damen und Herren, das Gegenteil ist der Fall. Ein Thema „Rüstungstechnik und Industrie im Deutschen Reich 1939 bis 1945“ verstößt keineswegs gegen das Anliegen einer solchen Gedenkwoche, wenn nämlich die Wahrheit zu Tage gefördert wird, daß die Kriegsmaschine des Dritten Reiches, die zur Zerstörung Polens geführt hat, auf dem Bündnis zwischen Industrie und Militär aufbaute. Der Versuch der Nazis, die Hegemonie in Europa zu erringen, baute ja gerade auf der Überzeugung auf, mit der Überlegenheit der deutschen Waffentechnik die Völker Europas zu unterjochen. Es gibt hier ein Wechselspiel zwischen Industrie und Militär, und dieses Wechselspiel zu enthüllen ist Aufgabe der Wissenschaft.

Die gigantische deutsche Rüstungsindustrie hatte zur Voraussetzung eine moderne Sklavenwirtschaft in Form der sogenannten Fremdarbeiter. Auch dies muß Thema der Tagung sein. Es sind nicht zuletzt die sogenannten polnischen Ostarbeiter gewesen, die in den deutschen Rüstungskonzernen versklavt wurden und die Voraussetzungen dafür schaffen sollten, die Überlegenheit der deutschen Kriegstechnik zu garantieren. Auch diese Aufarbeitung gehört zum Gedenken an den 1. September 1939!

(D)

(Beifall bei der SPD)

Die Wahl der Referenten, Sie haben sie selbst erwähnt, garantiert, daß diese Themen, so wie von mir hier gefordert, auch aufgearbeitet werden. Herr Dr. Ellmers hat mir in der Darstellung über den Ablauf dieser Woche noch einmal erklärt, daß er dringend daran interessiert sei, diese Themen, so wie von mir eben dargestellt, auch aus der Sicht von Historikern dargestellt zu bekommen, die aus Polen, aus der UdSSR stammen, also aus der Sicht von Historikern aus Völkern, die gerade unter dieser Kriegsmaschine, unter dieser Kriegstechnik zu leiden hatten.

Ich habe Herrn Dr. Ellmers dringend aufgefordert, doch dafür Sorge zu tragen, daß osteuropäische Wissenschaftler ihren Blick auf das Bündnis zwischen deutscher Industrie und Militär in diese Tagung einbeziehen.

(Beifall bei der SPD und bei der FDP)

Dies ist die Absicht der Leitung des Schiffahrtsmuseums. Ich vermag überhaupt nicht zu erkennen,

(A) was an einer solchen Veranstaltung diskreditierend sein soll.

(Abg. **Thomas** [DIE GRÜNEN]: Ob das Datum vernünftig gewählt ist, Herr Senator Franke, das darf man doch wohl fragen!)

Herr Abgeordneter Thomas, ich kann Ihnen nur eines sagen: Entweder die Tagung wird vernünftig durchgeführt, und dann ist das Datum auch richtig, oder die Tagung wird nicht vernünftig durchgeführt, und dann ist sie zu jedem anderen beliebigen Datum auch falsch!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei der FDP)

Es ist doch ein Witz zu sagen, wir könnten eine solche Tagung akzeptieren, wenn sie an einem anderen Datum stattfände! Eine Tagung, die nicht das perfide Bündnis zwischen der deutschen Rüstungsindustrie und dem Militär enthüllt, eine Tagung, die das nicht enthüllt, ist eine falsche Tagung, ganz gleich zu welchem Datum!

(Beifall bei der SPD)

Da diese Enthüllung aber Voraussetzung, das ist auch die Auskunft, die ich vom Museum erhalten habe, für den wissenschaftlichen Ernst dieser Tagung ist und da dies auch aus den Erkenntnissen osteuropäischer Wissenschaftlicher gespeist werden soll, gerade deswegen, denke ich, ist es richtig und wichtig, daß wir hier nicht eine vordergründige Argumentation vom Thema her aufbauen, sondern daß wir unsere Argumentation von den Inhalten her aufbauen. Die Inhalte sind eine Abrechnung mit dem Rüstungswahnsinn der Deutschen.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Jetzt erhält nach Paragraph 42 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung der Abgeordnete Sygusch die Gelegenheit zu einer persönlichen Erklärung.

Abg. **Sygusch** (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich muß zu dieser persönlichen Erklärung greifen, weil die Redezeit abgelaufen ist.

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Zur Sache bitte nicht!

Abg. **Sygusch** (DIE GRÜNEN): Nein, nicht zur Sache! Ich begrüße die differenzierte Auseinandersetzung zu dem Thema. Auslöser unseres Antrags war ja die Tatsache, daß die Tagung bisher im Verborgenen geplant, nicht öffentlich war, und auch

viele Erkenntnisse, die jetzt gerade durch den Beitrag — —.

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Herr Abgeordneter Sygusch, eine Sekunde! Es heißt: „Zur Abwehr persönlicher Angriffe oder zur Berichtigung eigener Ausführungen wird das Wort nach Schluß der Aussprache vor der Abstimmung erteilt.“ Also, entweder persönliche Angriffe abwehren oder eigene Ausführungen berichtigen! Zur Sache sprechen geht nicht! Das ist kein Ersatz für eine zu kurz gekommene Redezeit!

Abg. **Sygusch** (DIE GRÜNEN): Da mir eine so differenzierte Stellungnahme zur Sache dann nicht mehr möglich ist, möchte ich aufgrund des Diskussionsstands den Antrag hier zurückziehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, damit entfällt eine Abstimmung.

#### **Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über Zahlungen aus öffentlichen Kassen**

Mitteilung des Senats vom 25. April 1989  
(Drucksache 12/521)  
1. Lesung

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über Zahlungen aus öffentlichen Kassen in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

(Senator **Großbecker**: Einstimmig!)

Einstimmig, das ist ein Hinweis auch für den Finanzsenator, daß das Parlament geschlossen hinter der Finanz steht!

#### **Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Untersuchungsausschusses „Geiseldrama“**

Die vorschlagsberechtigte Fraktion der SPD schlägt anstelle des aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Heinz-Hermann Schaper den Abgeordneten Günter Linde als Mitglied sowie die Abgeordnete Barbara Klöpffer als stellvertretendes Mitglied vor.

(C)

(D)

(A) Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, es hat sich gelohnt, daß wir Redezeitbegrenzungen gemacht haben. Wir sind gut vorangekommen, obwohl wir einige Punkte zurückgestellt haben. Aber ich glaube, wir haben das Ziel, das wir uns gesetzt haben im Landtag, erreicht. Ich bedanke mich für die gute Kooperation bei Ihnen allen und schließe die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag). Ich wünsche Ihnen allen einen guten direkten Heimweg!

(C)

(Schluß der Sitzung 17.20 Uhr)

(B)

(D)





